Europäische Geschichte
im 20. Jahrhundert

herausgegeben von
Ulrich Herbert

Dietmar Neutatz

Träume und Alpträume

Eine Geschichte Russlands
im 20. Jahrhundert

Verlag C.H.Beck

Mit 5 Karten
(S. 684–687, Peter Palm, Berlin, S. 688, Lutz Linke)

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2013
Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
Umschlagabbildung: Revolutionsfeierlichkeiten in Moskau, 1988 © Carl de Keyzer/Magnum Photos/Agentur Focus
Satz: Fotosatz Amann, Aichstetten
Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)
Printed in Germany
ISBN 978 3 406 64714 7

www.chbeck.de

Inhalt

Vorwort 7
Einleitung 11

ERSTER TEIL

Unterwegs in die Moderne 1890–1917

1. Russland um 1900 21
2. Neue Herausforderungen 1890–1905 88
3. Politisierung und Polarisierung 1905–1917 110

ZWEITER TEIL

Utopie und Kompromisse 1917–1928

4. Richtungswechsel und Katastrophe 1917–1921 152
5. Umgestaltung mit Kompromissen 1921–1928 170
6. Die Sowjetunion um 1926 193

DRITTER TEIL

Kriegszustand 1928–1953

7. Der große Umbruch 1928–1941 221
8. Existenzkampf 1941–1945 284
9. Die Sowjetunion um 1942 301
10. Neufundierung und Ernüchterung 1945–1953 321

VIERTER TEIL

Konkurrenz mit dem Westen 1953–1982

11. Höhenflüge und Rückschläge 1953–1964 358
12. Stabilisierung und Reformversuche 1964–1971 408
13. Die Sowjetunion um 1966 424
14. Wohlstand und Ende der Dynamik 1971–1982 462

FÜNFTER TEIL

Scheitern und Neubeginn 1982–1999

15. Umbauversuche und Zusammenbruch 1982–1991 498
16. Neubeginn mit Schwierigkeiten 1991–1999 532
17. Russland um 1995 557

Bilanz und Ausblick 584

ANHANG

Anmerkungen 598
Zitierte Literatur und Quellen 654
Hinweise zu Aussprache und Datumsangaben 678
Register 679
Karten 684

Vorwort

Europa ist unsere Gegenwart, aber unsere Geschichte bleibt im Nationalen verwurzelt. Das hat seinen guten Grund, denn persönliche Erfahrungen und gesellschaftliche Traditionen, politische Optionen, kulturelle Orientierung und Alltagsvertrautheit beziehen sich in allen europäischen Ländern, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, nach wie vor zuerst auf das Land, aus dem man kommt und in dem man lebt.

Aber offenkundig reicht der nationale Rahmen nicht aus, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verstehen, denn wichtige Entwicklungen erweisen sich schon beim zweiten Hinsehen nicht als national spezifische, sondern als gesamteuropäische Phänomene. Wie soll man regionenübergreifende historische Erscheinungen – vom Imperialismus bis zur Europäischen Union, von den großen Diktaturen bis zur Ausbreitung des europäischen Modells der sozialen Demokratie, von den Klassenkonflikten der 1920er bis zur Jugendrebellion der 1960er Jahre und von den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bis zum Wirtschaftswunder der 1950er und zum Ölpreisschock der 1970er Jahre – in den Kategorien des Nationalstaats erklären können, wo es sich doch offenkundig eher um gemeinsame Grundprozesse und deren Varianten handelt?

Und doch dominiert in Europa nach wie vor eine Sichtweise, die den Nationalstaat als den vermeintlich natürlichen Aggregatzustand der historischen Entwicklung begreift und sich darum bemüht, nationale Differenzierungen und Sonderwege, Kontingenz und Divergenz als primäre, Konvergenz und Vereinheitlichungen hingegen eher als nachgeordnete Prozesse zu begreifen.

Europa im 20. Jahrhundert hingegen a priori als Einheit zu betrachten und seine Geschichte auch so zu erzählen, ist nicht weniger problematisch. Denn dies transponierte die Vision einer gemeinsamen europäischen Gesellschaft gewissermaßen nach rückwärts, als sei der Nationalstaat lediglich eine Verirrung der vergangenen 150 Jahre gegenüber einer ansonsten im Wesentlichen gemeineuropäischen Erfahrung gewesen. Das vernachlässigte nicht allein die national so extrem unterschiedlichen Entwicklungen, wenn man nur an Jahre wie 1917, 1933 oder 1989 denkt. Es negierte auch die daraus erwachsenen Erfahrungsdifferenzen, die sich nicht nur nach den

Der Sowjetstaat funktionierte nicht nach den Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und geregelten Verfahren. Die Bolschewiki kamen aus dem Untergrund und waren es gewohnt, konspirativ und gestützt auf persönliches Vertrauen zu agieren. Als sie an die Macht gelangten, mochten sie sich nicht auf die alte zarische Bürokratie verlassen, waren aber auch nicht in der Lage, sie durch neues Personal zu ersetzen. Folglich errichteten sie eine Parallelstruktur aus eigenen Leuten, denen zwar die fachliche Kompetenz fehlte, die aber eine Atmosphäre der Kontrolle erzeugten, um die Loyalität der Administration zu gewährleisten. Die neue Partei- und Sowjetstruktur beruhte daher in hohem Maße auf Vertrauensnetzwerken. Die Parteiführer holten ihre Schwestern, Brüder, Ehefrauen, Schwäger und alten Freunde in die Apparate.[84] Unter den Bedingungen des Zusammenbruchs der alten Autoritäten unmittelbar nach der Revolution konnten starke Persönlichkeiten, die Autorität und Charisma ausstrahlten, Orientierung und Sicherheit geben.[85] Informelle Netzwerke substituierten in der Anfangszeit die noch schwachen offiziellen administrativen und politischen Infrastrukturen. Die Netzwerke beruhten auf Gefolgschaftsbeziehungen, die während des Bürgerkriegs entstanden waren.[86]

Mitte der 1920er Jahre hatte der Sowjetstaat bereits ein neues Institutionengefüge, aber die persönlichen Loyalitätsbeziehungen spielten weiterhin eine wichtige Rolle. Da die Bolschewiki ein Land übernommen hatten, das sie als rückständig betrachteten und von Grund auf transformieren wollten, fühlten sie sich – in Fortsetzung dessen, wie sie vor 1917 im Untergrund agieren mussten – in einem beständigen Kampf gegen Feinde und nahmen ihre Macht als prekär wahr. Wer dem eigenen Netzwerk nicht angehörte, war ein potenzieller Feind, gegenüber dem man wachsam sein musste. Und diese Feinde saßen überall: in den noch nicht hinreichend von eigenen Leuten durchdrungenen Institutionen, in den Betrieben, in den Dörfern, ja selbst im Politbüro, wie man es im Laufe der 1920er Jahre vorgeführt bekam. Die Loyalität musste daher ständig aufs Neue bewiesen werden. Unterfüttert war sie einerseits mit Privilegien, andererseits mit einer latenten Gewaltandrohung. Wer seine Loyalität unter Beweis stellte, profitierte selbst davon, bei wem es Zweifel an der Loyalität gab, der riskierte, als Feind und Saboteur aus der Gefolgschaft ausgeschlossen und gegebenenfalls umgebracht zu werden. In dieser Wahrnehmungswelt waren die 1920er und 1930er Jahre keine Friedenszeit, sondern nur die zeitweilige Abwesenheit eines offenen Kampfes. Mental dauerte der Kriegszustand an und ging nahtlos in den Zweiten Weltkrieg über. Erst nach dessen siegreicher Beendigung konnte eine Demobilisierung stattfinden.

DRITTER TEIL

Kriegszustand 1928–1953

7. Der große Umbruch 1928–1941

Stalins Revolution von oben

Zehn Jahre nach der Oktoberrevolution befand sich die bolschewistische Führung an einem krisenhaften Wendepunkt. Gravierende Probleme bei der Getreidebeschaffung machten ihr im Winter 1927/28 einmal mehr bewusst, dass die angestrebte Industrialisierung in hohem Maße vom Marktverhalten der Bauern abhängig war und sich der wirtschaftliche Abstand zu den führenden Industrieländern gegenüber 1917 nicht verkleinert, sondern vergrößert hatte.[1] Außerdem empfanden viele Bolschewiki die Neue Ökonomische Politik längst als unerträglich. Die Zurückdrängung der privatwirtschaftlichen Elemente hatte zwar schon begonnen, aber wichtige Bereiche der Wirtschaft entzogen sich immer noch dem Zugriff. Das galt vor allem für das Dorf, aber auch in den Städten herrschten Verhältnisse, die vielen Kommunisten zuwider waren.

Die Krise mündete 1928/29 in eine Radikalisierung der Innenpolitik. Der Gegensatz zwischen den «linken» und den «rechten» Ideologen spielte dabei gar nicht die zentrale Rolle, denn im Grunde waren sich alle über das Ziel der schnellen Industrialisierung einig. Auch den «Rechten» um Bucharin ging es nicht bloß um eine Bewahrung der Neuen Ökonomischen Politik. Während der Auseinandersetzungen um den richtigen Weg hatte keine der beiden Gruppierungen eine realistische Vorstellung von der praktischen Umsetzung und den volkswirtschaftlichen Folgen der jeweils propagierten Politik. Ihre simplifizierenden Modelle beruhten mehr auf ideologischen Vorannahmen als auf ökonomischem Sachverstand. Stalin benutzte die Gegensätze, um seine Konkurrenten im Politbüro gegeneinander auszuspielen und nacheinander zu entmachten. Dass ihm die Inhalte der Diskussion gar nicht wichtig waren, zeigt sich daran, dass er nach der Ausschaltung der «Linken» wesentliche Elemente aus deren Konzepten übernahm und das Land mit Brachialgewalt in die Kollektivierung der Landwirtschaft und die beschleunigte Industrialisierung hetzte. Diese Politik hatte zum Ziel, möglichst schnell und unter Anwendung von Methoden aus dem

Bürgerkrieg Rückständigkeit zu überwinden, die Gesellschaft irreversibel zu verändern und gleichzeitig eindeutige Machtverhältnisse herzustellen.[2] Sie entfernte sich in ihrer Radikalität von dem, was die Wirtschaftsfachleute an Plänen ausgearbeitet hatten. Folgerichtig wurden die Volkskommissariate und Wirtschaftsbehörden von den in rationalen Kategorien denkenden Experten «gesäubert». Die international renommierten Ökonomen Nikolaj Kondrat'ev und Aleksandr Čajanov etwa wurden im Zuge dieser Politik 1928 als «schädliche Elemente» diffamiert, 1930 verhaftet, 1932 zu Gefängnisstrafen verurteilt und 1937 erschossen.[3]

Die Radikalität der Politik begründete Stalin mit der Rückständigkeit der Sowjetunion, die er als existenzbedrohend hinstellte, zumal die Führung seit 1927 wieder verstärkt die Gefahr einer Einkreisung durch die kapitalistischen Mächte und eines imperialistischen Krieges am Horizont aufziehen sah:[4] «Wir sind in einem Lande zur Macht gelangt, dessen Technik furchtbar rückständig ist», erklärte Stalin im November 1928 vor dem Zentralkomitee und leitete daraus die Notwendigkeit ab, «daß wir die fortgeschrittene Technik der entwickelten kapitalistischen Länder einholen und überholen.»[5] Obwohl sich bereits 1930/31 abzeichnete, dass der «große Umbruch» (Stalin) massive ökonomische und soziale Verwerfungen verursachte, hielt Stalin am Prinzip des forcierten Tempos fest. In einer Rede vor Industriemanagern am 4. Februar 1931 wiederholte er seine Warnung vor der Rückständigkeit mit noch eindringlicheren Worten:

«Zuweilen wird die Frage gestellt, ob man nicht das Tempo etwas verlangsamen, die Bewegung zurückhalten könnte. Nein, das kann man nicht, Genossen! Das Tempo darf nicht herabgesetzt werden! Im Gegenteil, es muß nach Kräften und Möglichkeiten gesteigert werden. [...] Das Tempo verlangsamen, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht! Die Geschichte des alten Rußland bestand unter anderem darin, daß es wegen seiner Rückständigkeit geschlagen wurde. [...] Wegen seiner militärischen Rückständigkeit, seiner kulturellen Rückständigkeit, seiner staatlichen Rückständigkeit, seiner industriellen Rückständigkeit, seiner landwirtschaftlichen Rückständigkeit. [...] Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande, oder wir werden zermalmt.»[6]

Eine Vorentscheidung in Richtung auf den beschleunigten Ausbau der Schwerindustrie war schon im Dezember 1927 getroffen worden. Die politischen Vorgaben an den Fünfjahresplan wurden im Laufe des Jahres 1928 immer höher geschraubt, bis man im April 1929 den Plan in einer

völlig übersteigerten Fassung für verbindlich erklärte. Parallel dazu verschärfte sich die Bauernpolitik, denn die forcierte Industrialisierung erforderte die Bereitstellung von genügend Lebensmitteln, Arbeitskräften und vor allem Kapital, das nur über Agrarexporte aufgebracht werden konnte. Die unbefriedigenden Getreidekampagnen von 1928 und 1929 zeigten der Führung, dass sie sich nicht auf das Markt- und Produktionsverhalten der Bauern verlassen konnte und bestärkten sie darin, durchzugreifen. Die Getreidebeschaffungskampagne des Jahres 1928 mündete bereits in eine Welle von Gewalt gegen die Bauern, und als die staatliche Getreidebeschaffung im Herbst 1929 abermals enttäuschend verlief, beschloss das Politbüro im November 1929 die durchgängige Zwangskollektivierung der Landwirtschaft. Die Überwindung der kleinbäuerlichen Struktur zugunsten von größeren Wirtschaftseinheiten sollte die Modernisierung der Landwirtschaft erleichtern, ihre Produktivität steigern und endlich die vollständige Kontrolle über das Dorf und die Agrarproduktion herstellen, um über Getreideexporte die Industrialisierung finanzieren zu können.[7] Gleichzeitig brachen die Bolschewiki mit der Beseitigung des Bauerntums und seiner Umwandlung in eine Klasse von Landarbeitern die gewachsenen Verhältnisse auf dem Dorf auf, die der Implementierung der sozialistischen Gesellschaft im Wege standen.

Die Umwälzungen, die ab 1928 stattfanden, gingen weit über das rein Ökonomische hinaus. Sie betrafen die Gesellschaft als Ganzes, die Lebensweise, Normen und Werte der Menschen. Für sie hat sich deshalb die Bezeichnung «Revolution von oben» eingebürgert. Stalin und seine Männer diktierten den Untertanen, wie sie künftig zu leben hätten, und setzten dieses Diktat rücksichtslos durch. Sie führten einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung, um ihr mit Gewalt das aufzuzwingen, was sie als fortschrittlich empfanden. Zu der Revolution von oben gehörte eine «Kulturrevolution»[8] in Gestalt einer auf die Jahre 1928 bis 1931 eingrenzbaren verschärften sozialistischen Offensive, die zwei Hauptelemente umfasste: die beschleunigte Ausbildung von Fachleuten, um die «bürgerlichen Spezialisten» mittelfristig ersetzen zu können, und das Wiederaufgreifen von radikalen revolutionären Konzepten zur Umgestaltung der Lebensweise, wie sie während des Bürgerkriegs vorübergehend verfolgt worden waren. Die Zeit schien nun reif zu sein, die 1921 stecken gebliebene Revolution zu vollenden.

Den Auftakt zu einer neuen Politik gegenüber den alten Funktionseliten gab 1928 die Aufdeckung einer angeblichen konterrevolutionären Verschwörung in den Kohlebergwerken von Šachty im Donecbecken. Mit dem Šachty-Prozess begann eine Hetzjagd auf «bürgerliche» Ingenieure, Manager und Fachleute. Nach der Revolution hatte man sie umworben,

weil man ihre Kenntnisse für den Aufbau der Wirtschaft dringend benötigte, nun mussten sie als Sündenböcke für Fehlentwicklungen herhalten.[9] Die Prozesse dienten der Einschüchterung. Ersetzen konnte man die «bürgerlichen Spezialisten» vorläufig noch nicht, dafür mussten erst neue Kräfte ausgebildet werden. Zu diesem Zwecke beschloss das Zentralkomitee im Juli 1928 als Sofortmaßnahme, 1000 Kommunisten an die technischen Hochschulen zu beordern. Ausgewählt wurden die Studenten nach Gesinnung und sozialer Herkunft: 80 Prozent stammten aus Arbeiterfamilien, die meisten hatten im Bürgerkrieg gekämpft. Der Anteil von Arbeiterkindern an den Hochschulen erhöhte sich zwischen 1927/28 und 1932/33 von 25 Prozent auf über 50 Prozent bei gleichzeitigem Ansteigen der Studentenzahlen von 160 000 auf 470 000. Man baute die Hochschulen aus, verkürzte die Studiengänge, ermöglichte Arbeitern über Vorbereitungskurse den Zugang zum Studium, mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Besitzer von Ingenieurdiplomen 1928 bis 1941 von 47 000 auf 290 000 hochschnellte. Unterfüttert wurden die Ausbildungsmaßnahmen durch die Fortsetzung der schon nach der Revolution begonnenen Alphabetisierungskampagne und einen regelrechten «Kulturfeldzug». 1930 wurde die allgemeine Schulpflicht für die acht- bis elfjährigen Kinder eingeführt. Sogenannte «Kulturarmisten» zogen aufs Land, um den Bauern eine fortschrittliche Lebensweise beizubringen.[10]

Im Zusammenhang mit dieser Bildungsoffensive vollzog sich seit Ende der 1920er Jahre ein atemberaubender Aufstieg aus der Arbeiter- und Bauernschaft. Allerdings waren die neuen Fachleute nur dürftig ausgebildet und auf ihren Posten häufig überfordert. Im Oktober 1930 wurde daher die gezielte Beförderung von Arbeitern auf höhere Verwaltungsposten vorläufig eingestellt. In einer programmatischen Rede vor Wirtschaftsfachleuten, die einen deutlichen Kurswechsel markiert, sprach Stalin im Juni 1931 von «neuen Verhältnissen» nach der definitiven «Niederschmetterung» der «Schädlinge», von der Notwendigkeit größerer persönlicher Verantwortung und neuer Wertschätzung für Leistung. Stalin formulierte in dieser Rede seine «Sechs Punkte für den Wirtschaftsaufbau», deren Botschaft sinngemäß lautete: Die Partei kann sich nun auf die neue proletarische und loyale technische Intelligenz stützen. Die parteilosen bürgerlichen Spezialisten sind unschädlich gemacht worden und können wieder in die Produktion integriert werden. Man muss ihr Know-how nutzen, solange es nicht genügend neue Spezialisten gibt. Die exzessive Berufung von Arbeitern in Führungspositionen muss einer kontrollierten, auf Leistung und Treue beruhenden Rekrutierung weichen.[11]

Mit diesen integrativen Tönen beendete Stalin die Einschüchterung der

bürgerlichen Spezialisten. Um sie für den sozialistischen Aufbau zu gewinnen, wurden sie ab 1931 sogar finanziell und materiell privilegiert und durch Aufnahme in die Partei integriert.[12] In dem Maße, wie junge Kräfte ihre Ausbildung absolvierten, ersetzte man aber während der 1930er Jahre sukzessive die ältere Generation der Fachleute. Dieser Wandel spiegelte sich in der Struktur der Parteimitglieder: Bis zum Großen Terror war der Anteil der Parteimitglieder in den Intelligenzberufen minimal. Nach dem Ende des Großen Terrors wurde die nun neue sowjetische Intelligenz, hervorgegangen aus den Angehörigen alter und neuer Bildungsschichten, offiziell in die Elite des Sowjetstaates kooptiert. Später war keine Schicht so stark in der Kommunistischen Partei vertreten wie die Bildungsberufe.[13] Die neue Sowjetintelligenz war – bedingt durch den Bedarf der Fünfjahrespläne – in hohem Maße eine technisch-ökonomische. Darin zeigt sich nicht nur die Priorität der Industrialisierung und der darauf ausgerichteten Kaderausbildung, sondern auch eine ganz bestimmte Auswahl bei der Besetzung von politischen Führungspositionen: Der stalinistische Staat brauchte pragmatische Gehilfen, keine kritischen Geister.[14]

Den zweiten Bestandteil der Kulturrevolution im engeren Sinn bildete eine vorübergehende Konjunktur revolutionär-radikaler Ideen, die darauf abzielten, das Leben in der Sowjetunion als eine attraktive Alternative zum Kapitalismus zu gestalten. Eines der Felder, auf denen zwischen 1928 und 1931 grandiose Visionen entworfen wurden, war die Stadtplanung. Die Diskussionen der 1920er Jahre auf die Spitze treibend, wurden radikale Entwürfe für die Umgestaltung bestehender und den Bau neuer Städte präsentiert.[15] Auch ausländische Stadtplaner und Architekten fuhren in die Sowjetunion, als sie die Chance witterten, in großem Stil von Grund auf neu planen und Ideen verwirklichen zu können, die in Westeuropa unter den Bedingungen des Privateigentums und demokratischer Entscheidungsstrukturen nicht umsetzbar waren. Man debattierte lebhaft darüber, was das Wesen der sozialistischen Stadt im Unterschied zur kapitalistischen ausmache.[16] Konstruktivistische Architekten traten mit revolutionären Entwürfen für «Kommunehäuser» auf den Plan. Sie verbanden die Begeisterung für moderne Technik, Rationalisierung und Vereinheitlichung mit ideologischen Kategorien und dem *scientific management*. Beispielhaft seien zwei in der Zeitschrift *Sovetskaja architektura* 1929 und 1930 vorgestellte Entwürfe skizziert.[17]

Der erste sah ein aus drei Teilen bestehendes Gebäude für 1000 Erwachsene, 320 Schulkinder und 360 Vorschulkinder vor. Im Keller sollten Versorgungseinrichtungen untergebracht sein und mit Hilfe von Loren das Essen bereitstellen und die Schmutzwäsche sammeln. Im Gebäudeteil der

Erwachsenen waren die unteren vier Etagen für gemeinschaftliche Nutzung, die oberen sechs Etagen für Schlafkabinen vorgesehen. Diese Kabinen zu sechs Quadratmetern für je eine Person konnten auf Wunsch paarweise miteinander verbunden werden. Sie waren mit Dusche, Wandschrank, Tisch, einem ausklappbaren Bett und pro zwei Kabinen mit Toilette und Waschbecken ausgestattet. Einen gemeinsamen Speisesaal sollten Erwachsene und Schulkinder zu verschiedenen Zeiten benutzen. Die Essensausgabe sollte aus dem Keller mit Hilfe zweier Aufzüge erfolgen, die in horizontale Fließbänder übergingen und an den Tischen entlang liefen. Ein Lichtsignal sollte aufleuchten, wenn das Essen auf dem Fließband ankam. Der Gebäudeteil für die Vorschulkinder war nach Altersgruppen aufgeteilt, je 30 Kinder sollten als Gruppe in einem Saal schlafen. Der Gebäudeteil für die Schulkinder sah Schlafsäle für je 28 Kinder sowie nach Geschlechtern getrennte Toiletten und Waschräume vor. Der zweite Entwurf griff in das Zusammenleben von Mann und Frau noch stärker ein: 1000 Erwachsene sollten entweder zu sechst, nach Geschlechtern getrennt, in einem Raum, oder zu zweit wie «ehemals Mann und Frau» schlafen. Die Kinder sollten räumlich getrennt von den Eltern leben, Mütter und Väter zu festgesetzten Zeiten zu ihren Kindern gehen, sie stillen, sich mit ihnen unterhalten und auf diese Weise an der Kindererziehung teilnehmen.

Gebaut wurden diese Monsterkomplexe nicht. Es gab einige Realisierungen im kleinen Maßstab, aber nach kurzer Zeit begannen die Bewohner, das Haus im konventionellen Sinne umzuorganisieren. Ein großes Kommunehaus in Moskau, das bis heute steht und immer wieder als Beispiel herhalten muss, war in Wirklichkeit von diesen radikalen Entwürfen weit entfernt. Es handelt sich um das Wohnhaus für Mitarbeiter des Volkskommissariats für Finanzen, das zwischen 1928 und 1930 errichtet wurde. In diesem Haus war zwar der spätere Übergang zum kollektiven Leben eingeplant, aber es gab neben den Gemeinschaftseinrichtungen konventionelle Familienwohnungen. Fünf solcher «Übergangshäuser» entstanden in Moskau, Sverdlovsk und Saratov. Sie verkörpern das Bestreben, einen realistischen Kompromiss zwischen den gewachsenen Strukturen und der Zukunftsvision zu finden. Gleichzeitig stehen sie auch für eine politische Wende: Während der 1920er Jahre hatte sich die Partei indifferent zu den Diskussionen der Architekten und Stadtplaner verhalten. 1930/31 bezog die Parteiführung Position – und zwar gegen die radikalen Utopien. Architekten und Stadtplaner wurden zur Ordnung gerufen und aufgefordert, bei ihren Planungen auf die realen Verhältnisse und Möglichkeiten Rücksicht zu nehmen.[18] Im Mai 1930 verwarf das Zentralkomitee die radikalen Vorschläge zur Sozialisierung der Lebensweise als «völlig unbegründete, halbphantastische und daher äußerst gefährliche experimentelle Bestrebungen».[19] Eine endgültige Abfuhr erhielten die kulturrevolutionären Konzepte im Juni 1931, als Lazar' Kaganovič auf dem Plenum des Zentralkomitees im Namen des Politbüros eindeutig klarstellte, dass man heute noch gar nicht wisse, wie die endgültigen Lebensformen im Kommunismus aussehen würden, und dass man sie nur schrittweise schaffen könne. Die Befreiung der Frau von den Tätigkeiten des Kochens, des Haushalts und der Kinderbetreuung durch den Bau von Wäschereien, Kantinen und Kinderkrippen sei wünschenswert, aber in den nächsten Jahren nicht realisierbar. Dringlicher sei die Schaffung von Wohnraum und die Verbesserung der städtischen Infrastrukturen. Die Forderungen nach Kommunehäusern seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt «linke Phrasen, die Schaden anrichten».[20]

Dieses Zurückdrängen der Kulturrevolution durch die Parteiführung deutet darauf hin, dass es sich bei ihr zum guten Teil um ein Produkt spontaner Initiative von unten gehandelt hatte, im Sinne eines revolutionären Aufbegehrens gegen das Establishment und die traditionelle Kultur. Die Partei stellte dieses Aufbegehren in ihre Dienste, solange es ihr nützlich schien, um die alten Strukturen aufzubrechen, die durch die Neue Ökonomische Politik konserviert worden waren, aber letztendlich passte es nicht in das kommandowirtschaftliche System, das Stalin Anfang der 1930er Jahre installierte. Folgerichtig wurden die Kulturrevolutionäre 1931 in ihre Schranken verwiesen.

Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft

Die Ausarbeitung des Wirtschaftsplans oblag eigentlich den Experten der staatlichen Planbehörde *Gosplan*, doch agierten diese unter starkem politischen Druck, ein möglichst schnelles industrielles Wachstum zu gewährleisten. Obwohl die Wirtschaftsfachleute vor unrealistischen Planvorgaben warnten, mussten sie 1928/29 auf Druck von oben hin die Entwürfe mehrmals nach oben korrigieren. Sie legten den Plan schließlich in einer «Normal»- und einer «Optimalvariante» vor. Obwohl schon die «Normalvariante» mit einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen um 250 Prozent unrealistisch war, setzte die Parteiführung im Mai 1929 die «Optimalvariante» in Kraft. Die darin vorgesehene Erhöhung der Investitionen um 320 Prozent, in der Schwerindustrie sogar um 440 Prozent, hatte mit rationaler Wirtschaftsplanung nichts mehr zu tun, sondern verkörperte den von der politischen Führung gewollten Gewaltakt zur Modernisierung des Landes.[21]

«Wir gehen mit Volldampf den Weg der Industrialisierung – zum Sozialismus, unsere uralte ‹reußische› Rückständigkeit hinter uns lassend», ver-

kündete Stalin im November 1929. «Wir werden zu einem Lande des Metalls, einem Lande der Automobilisierung, einem Lande der Traktorisierung. Und wenn wir die UdSSR aufs Automobil und den Bauern auf den Traktor gesetzt haben – mögen dann die ehrenwerten Kapitalisten im Westen, die sich mit ihrer ‹Zivilisation› brüsten, uns einzuholen versuchen. Wir werden noch sehen, welche Länder man dann unter die rückständigen und welche unter die fortgeschrittenen wird ‹einreihen› können.»[22] Als wären die Planziele nicht schon phantastisch genug gewesen, gab man auch noch die Parole aus, den Fünfjahresplan in vier Jahren zu erfüllen. Der industrielle Aufbau geriet auf diese Weise zu einem halsbrecherischen Wettlauf, angetrieben von berauschenden Erfolgsmeldungen, die mit einem zunehmenden Realitätsverlust einhergingen, denn in Wirklichkeit wurden die Planziele gar nicht erreicht. Häufig wurde mit dem Bau von Fabriken begonnen, noch ehe die Projektierung abgeschlossen war. Die Qualität des unter unglaublichem Zeitdruck mit schlecht ausgebildetem Personal Gebauten ließ zu wünschen übrig, die Arbeitsproduktivität war niedrig und das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag katastrophal. Die nur notdürftig angelernten Arbeitskräfte kamen mit der modernen Fließbandarbeit und den importierten Maschinen nicht zurecht. Unfälle waren an der Tagesordnung, Maschinen versagten nach kurzer Zeit infolge unsachgemäßer Bedienung und die Erzeugnisse erwiesen sich vielfach wegen ihrer miserablen Qualität als unbrauchbar.[23]

Dennoch steht außer Frage, dass die Sowjetunion in diesen Jahren in technisch-ökonomischer Hinsicht einen gewaltigen Modernisierungsschub erlebte. Sie erhielt eine neue Basis bei der Energiegewinnung, in der Schwerindustrie und in der Anwendung moderner Technik. Die ersten beiden Fünfjahrespläne 1928 bis 1937 machten aus dem Agrarland ein Industrieland, mit durchaus eindrucksvollen quantitativen Erfolgen. Im Volumen der Produktion überholte die Sowjetunion die westeuropäischen Industriestaaten und belegte am Ende der 1930er Jahre hinter den USA den zweiten Platz. Ungeachtet dessen, dass man am Gegenentwurf zur kapitalistischen Gesellschaft baute, bediente man sich des Know-hows und der Technik der großen westlichen Industrieländer, die ihrerseits unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise die Großaufträge aus der Sowjetunion gerne annahmen und mit Krediten zwischenfinanzierten. Vor allem aus den USA und Deutschland wurden Industrieanlagen importiert und Ingenieure angeworben. Im Unterschied zur Industrialisierung um die Jahrhundertwende fand allerdings kein Kapitalimport statt, denn für ausländisches Eigentum an Produktionsmitteln gab es in der staatlichen Planwirtschaft keinen Platz mehr.[24]

Typisch waren gigantomanische Projekte: der Dnepr-Staudamm mit dem damals weltgrößten Wasserkraftwerk, das buchstäblich auf der leeren Steppe in der Nähe eines großen Eisenerzvorkommens errichtete Stahlwerk von Magnitogorsk im Südural, mit einer dazugehörigen, gleichnamigen und ebenfalls neu gegründeten Stadt, das Stalingrader Traktorenwerk, das größte europäische Landmaschinenkombinat in Rostov am Don, die Automobilwerke in Nižnij Novgorod und Moskau, die Moskauer Untergrundbahn. Diese Leuchttürme der ersten beiden Fünfjahrespläne standen für die schwerpunktmäßige Konzentration der Ressourcen auf herausgehobene Projekte. Sie sollten als Brückenköpfe des Fortschritts Vorbild- und Signalwirkung entfalten. Auf diese Weise entstanden isolierte Inseln industrieller und technischer Modernität. Erkauft wurde der sektorale Sprung nach vorn durch eine einseitige Ausrichtung der Volkswirtschaft auf die Schwerindustrie, während die dort konzentrierten Mittel anderswo fehlten. Hinzu kamen die enorme Verschwendung von Ressourcen und der erzwungene Konsumverzicht der Bevölkerung. Die Propaganda suggerierte den Menschen, sie müssten jetzt alle Kräfte zusammennehmen und sich für einige Jahre maximal anstrengen, damit es danach besser werde.

Integraler Bestandteil der ersten Fünfjahrespläne war der Einsatz von Zwangsarbeit. Der *GULag* (eigentlich die Abkürzung für «Staatliche Verwaltung der Lager») hatte seinen Anfang im Sommer 1918 genommen, als die Geheimpolizei unter Feliks Dzierżyński damit begann, Regimegegner in Konzentrationslager zu sperren. Ende 1920 gab es bereits 107 derartige Lager, die neben dem traditionellen System von Haftanstalten existierten.[25] Um die politischen Häftlinge von der Außenwelt zu isolieren, errichtete man 1923 auf den abgelegenen Soloveckie-Inseln im Weißen Meer in einer ehemaligen Klosteranlage den ersten großen Lagerkomplex. 1925 befanden sich dort schon 6000 Gefangene. Ab 1929 wuchs das System der Straflager zu einem riesigen «Archipel» (Solženicyn) an, dem ökonomische Aufgaben zugewiesen wurden. Zwischen 1928 und 1930 erhöhte sich die Zahl der von der Geheimpolizei festgehaltenen Gefangenen von 30 000 auf mehr als 300 000.[26] Der Arbeitseinsatz von Häftlingen konzentrierte sich auf Regionen und Tätigkeiten, für die freiwillige Arbeitskräfte nur schwer zu gewinnen waren. Der hohe Norden Russlands und unwirtliche Gegenden Sibiriens, in denen es Rohstoffvorkommen oder Holz gab, wurden regelrecht mit Arbeitslagern kolonisiert.

Das zu Beginn der 1930er Jahre größte Arbeitslager befand sich in Karelien: Bis zu 170 000 Häftlinge wurden beim Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals (*Belomorkanal*) eingesetzt. Mit primitiven Mitteln wurde eine 227 Kilometer lange Wasserstraße gebaut, die am Ende ökonomisch nutz-

los war, weil sie nur von flachen Kähnen befahren werden konnte. Mindestens 25 000 Häftlinge kamen auf der Baustelle ums Leben.[27] Die zeitgenössische Propaganda feierte den Bau hingegen als eine «Schmiede des neuen Menschen». Ein sogar in englischer Übersetzung herausgegebenes Buch glorifizierte 1934 das Unternehmen zu einem einzigartigen Umerziehungsprojekt, das aus Verbrechern ehrbare Sowjetbürger geformt habe. – Das war nicht nur Zynismus. Der Umstand, dass Maksim Gor'kij, Aleksej Tolstoj und 34 weitere Schriftsteller an diesem Buch mitwirkten, zeigt, dass hier auch Menschen am Werk waren, die an die Erziehungsfunktion von Arbeitslagern glaubten. «Die Errichtung dieses Kanals ist einer der brillantesten Siege menschlicher Energie über die wilde Natur», schrieb Gor'kij, «aber sie ist noch mehr: Sie ist der glänzend geglückte Versuch, Tausende ehemalige Feinde der Sowjetgesellschaft zu transformieren.»[28]

Eng mit der forcierten Industrialisierung verbunden war das zweite Element der radikalen Umgestaltung des Landes – die Kollektivierung der Landwirtschaft. Im Hinblick auf die längerfristigen strukturellen Entwicklungen bildet die Zwangskollektivierung die eigentliche Zäsur für das Russland außerhalb der großen Städte – mehr noch als die Oktoberrevolution. Erst jetzt wurden die historisch gewachsenen Strukturen nachhaltig zerstört. Die härtere Gangart gegenüber den Bauern hatte sich bereits 1928 abgezeichnet. «Das Leben wurde ungewollt bitter, kummervoll, zwanghaft, unfreiwillig, aussichtslos», schrieb ein Bauer 1928 nach dem Eintritt in die Kolchose in sein Tagebuch. «Der ganze häusliche Besitz ist verloren, die neuen Äcker und Heuwiesen sind verloren, alle kirchlichen Feiertage, feierlichen Messen und Vergnügungen sind verloren, für immer und unwiderruflich. Geblieben ist ausweglose Zwangsarbeit, für die es keine Ausreden gibt [...]. Die Befehlenden behandeln uns grob, doch es ist klar, dass es jenseits der Kolchose keinen anderen Weg gibt, ja sogar, dass ein Ausweg aus der Kolchose nicht existiert.»[29]

Nach dem Beschluss des Politbüros vom November 1929 über die durchgängige Kollektivierung wurden die Bauern gezwungen, sich zu Kollektivwirtschaften zusammenzuschließen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, schickte man 25 000 Arbeiter in die Dörfer, die als Leiter der Kolchosen vorgesehen waren und zusammen mit den Exekutivorganen massiven Druck auf die Bauern ausübten. Die Kollektivierungsbrigaden schüchterten die Bauern ein und trieben sie unter Anwendung von Gewalt in die Kolchosen. Die wohlhabenderen Bauern, als «Kulaken» gebrandmarkt, wurden zum Ziel eines systematischen Terrors, denn ihr Einfluss im Dorf sollte ein für allemal beseitigt werden. Ein geheimer Beschluss des Politbüros vom Januar 1930 teilte die Kulaken in drei Kategorien ein: «Konterrevolutionäre Aktivisten» sollten in Konzentrationslager gesperrt und bei Gegenwehr auf der Stelle erschossen werden. «Reiche Kulaken» sollten in den hohen Norden, den Ural, nach Kasachstan und Sibirien deportiert werden. Die Übrigen sollten enteignet und innerhalb des Dorfes oder in der Umgebung auf die schlechtesten Böden umgesiedelt werden.[30] Wer als «Kulak» zu gelten hatte und welcher Kategorie er zuzuordnen war, entschieden Dreierausschüsse, bestehend aus dem regionalen Parteisekretär, einem Vertreter des Sowjets und dem Bevollmächtigten der Geheimpolizei. Jeder, der nicht völlig arm war, musste damit rechnen, als «Kulak» deportiert zu werden. Dementsprechend groß war die Angst in den Dörfern, sodass die Kollektivierung im Winter 1929/30 schnelle Fortschritte machte.

Im Zuge der Entkulakisierung wurden fünf bis sechs Millionen Menschen enteignet und von ihren Höfen vertrieben. Am schlimmsten traf es die erste und die zweite Kategorie. 1930/31 wurden mehr als 380 000 Familien mit insgesamt 1,8 Millionen Personen in entlegene Gebiete deportiert. 1932/33 folgten in einer zweiten Welle weitere 340 000 Personen. Sie wurden zum nächsten Bahnhof gebracht und in wochenlanger Fahrt in Viehwaggons nach Sibirien und in den hohen Norden verfrachtet. In der Ankunftsregion kamen die Deportierten in ein Verteilungslager, wo sie unter Bewachung auf freiem Feld campierten. Von dort brachte man sie in die «Sondersiedlungen». Diese waren lagerähnlich organisiert und bestanden überwiegend aus Baracken, die die Ankömmlinge erst bauen mussten.[31]

Die Insassen der Sondersiedlungen mussten sich einmal im Monat bei der Miliz melden. Die Männer leisteten Schwerarbeit beim Holzfällen und in Bergwerken, den Frauen und Kindern wurden leichtere Tätigkeiten zugewiesen. 1930 bis 1932 kamen Hunderttausende ums Leben. Besonders im Winter waren die Überlebensbedingungen schwierig: Die meist abgelegenen Siedlungen waren wochenlang eingeschneit, ohne Lebensmittelversorgung und ohne Medikamente, sodass der Typhus die geschwächten Menschen reihenweise niederstreckte. Die Zahl der Toten war in manchen Siedlungen so groß, dass die Kommandanten sie gefroren im Schnee liegen ließen, weil das Aufhacken von Gräbern zu viel Arbeitszeit gekostet hätte. Im Frühjahr wurden die Leichen in einen Fluss geworfen. Im zweiten Winter war die Versorgung noch schlechter, weil es nun keine mitgebrachten Vorräte mehr gab. Die Deportierten aßen Baumrinde und Kartoffelkeime, erkrankten an Durchfall und starben dahin.

Angesichts dieser Bedingungen versuchten viele, aus den Sondersiedlungen zu entkommen. Überall im Land waren Menschen mit gefälschten Papieren unterwegs, fanden hier und da Unterschlupf und Arbeit, wurden verhaftet, in die Sondersiedlungen zurückgebracht, flüchteten abermals.

Für viele war das ein jahrelanges Leben auf der Flucht, stets mit der Angst im Nacken, denunziert und verhaftet zu werden.[32] Von der ersten Welle der Deportierten verschwanden bis zum Jahresende 1931 500 000. Sie waren entweder geflohen oder ums Leben gekommen. Zwischen 1932 und 1940 starben 390 000 und flüchteten 630 000.[33] Die Zahl der Todesopfer unter den «Kulaken» während der Deportation und in der Verbannung bis 1953 wird insgesamt auf 530 000 bis 600 000 geschätzt.[34]

Die als «Kulaken» ausgegrenzten Bauern begriffen anfangs gar nicht, warum sie plötzlich Opfer von Repressionen wurden. Im Glauben, es handle sich um Übergriffe lokaler Instanzen, wandten sich Tausende 1929 mit Beschwerden an die übergeordneten Behörden. Widerstand gegen die Kollektivierung hielt sich hingegen in engen Grenzen. Für die ersten neun Monate des Jahres 1929 sind rund 1000 Fälle dokumentiert, in denen Bauern ihre Peiniger verprügelten oder erschlugen. Im weiteren Verlauf der Kollektivierung steckten die Bauern Kolchosgebäude in Brand, plünderten Getreidelager, verübten Gewalt gegen Protagonisten der Staatsmacht. Auffällig viele Widerstandsaktionen wurden von Frauen begangen: Weil Bäuerinnen der Sowjetmacht als unmündig galten und daher normalerweise nicht von Verhaftungen und Erschießungen bedroht waren, wurden sie von den Männern vorgeschickt oder organisierten selbst einen «Weiberaufruhr» (*babij bunt*) und attackierten Funktionäre und Kolchosniki mit Sicheln, Mistgabeln und Spaten. Anfang 1930, als damit begonnen wurde, den Bauern auch die für das Überleben der Familie unentbehrliche Kuh wegzunehmen, schlug der Frauenprotest in eine Massenbewegung um, sodass ganze Regionen außer Kontrolle gerieten. Im Winter 1929/30 gab es eine Reihe von regionalen Bauernaufständen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurden.[35]

Angesichts dieser bedrohlichen Situation und der Gefährdung der Frühjahrsaussaat korrigierte Stalin den Kurs. Am 2. März 1930 schrieb er in der Parteizeitung *Pravda* unter der die Krise verklausulierenden Überschrift «Vor Erfolgen von Schwindel befallen», dass es bei den Enteignungen zu «Übertreibungen» gekommen und das Prinzip der Freiwilligkeit verletzt worden sei. Die Schuld an den Fehlern lud er den örtlichen Funktionären auf. Eine Resolution des Zentralkomitees ordnete am 10. März an, den Bauern die Kuh, das Geflügel und die Kleintiere sowie das Grundstück beim Haus zurückzugeben, die gewaltsame Kollektivierung einzustellen und die Schließung von Kirchen zu beenden.[36] Diese Reaktion zeigt, dass Stalin im Moment der akuten Krise den Bogen nicht mit weiterem Gewalteinsatz überspannte, sondern Zugeständnisse machte. Es gelang ihm auf diese Weise, den bäuerlichen Widerstand, der ohnehin zu keinen organisierten Formen gefunden hatte, wie es sie 1921/22 gegeben hatte, zu beruhigen. Die Bauern traten unter Berufung auf das Prinzip der Freiwilligkeit wieder aus den Kolchosen aus, sodass der Kollektivierungsgrad von fast 60 Prozent (März 1930) auf 20 Prozent (September) sank. Nachdem die Ernte eingebracht und die Lage stabilisiert war, kehrte das Regime aber im August 1930 wieder zu den Methoden des Vorjahres zurück und trieb die Bauern innerhalb weniger Monate fast vollständig in die Kolchosen. Diese zweite Welle der Gewalt stieß nur noch vereinzelt auf Gegenwehr. Der gegen sie angewandte Terror hatte die Widerstandskraft der Bauern gebrochen. «Ich habe schon drei Nächte nicht geschlafen und immer darauf gewartet, dass sie zu mir oder zu meinen nahen Verwandten kommen. Das Schlimmste ist, dass sie nicht wissen, wohin man sie deportiert. Jetzt sind die Leute gleichgültig, was auch mit ihnen geschieht. Früher führten zwei Milizionäre einen Arrestierten und jetzt einer mehrere Personen. Die Leute gehen ruhig mit und flüchten nicht.»[37] – Diese Äußerung eines Bauern, von der Geheimpolizei als typisch eingestuft, verweist auf eine Resignation vor dem harten Zugriff der Staatsmacht.

In der ersten Hälfte des Jahres 1931 wurden zwar in ungefähr 34 000 der fast 220 000 Kolchosen des Landes Anschläge registriert,[38] aber es gab keine Aufstände mehr. Meistens handelte es sich um Brandstiftungen, Sachbeschädigung und das Abschlachten des Nutzviehs, um der Kolchose Schaden zuzufügen. In manchen Gebieten war bereits Ende 1929 die Hälfte des Nutzviehbestandes vernichtet worden, um es dem staatlichen Zugriff zu entziehen.[39] Nicht nur deswegen war die Bilanz der Kollektivierung katastrophal. Die wirtschaftlich leistungsfähigsten Bauern waren von ihren Höfen vertrieben, die gewachsenen Strukturen im Dorf zerstört und durch neue ersetzt worden, die sich entgegen den Versprechungen nicht als effektiv erwiesen. Die Landwirtschaft wurde damit auf Jahrzehnte hinaus schwer getroffen.

Zur Einschätzung der Kollektivierung gehören aber nicht nur ökonomische Faktoren: Die Kollektivierung war die Geburtsstunde des Massenterrors. Zu Hunderttausenden wurden Menschen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer willkürlich konstruierten sozialen Kategorie deportiert und zu Tode geschunden. Die Kulakenverfolgung brach der Menschenverachtung und Skrupellosigkeit Bahn, die zum Signum des Stalinismus werden sollte. Funktionäre erklärten, man solle widerspenstige Bauern wie Katzen ersäufen, Kulaken seien Schweine oder Welpen, man solle aus ihnen Seife machen, die ganze «Kulakenbrut» erschießen.[40] Aus solchen Äußerungen sprechen die Verachtung und der Hass, den die Bolschewiki dem Dorf entgegenbrachten. Der eigentliche Feind, gegen den sie ankämpften, war das

alte Russland, die Rückständigkeit, die bäuerliche Lebensordnung, die ein für allemal beiseitegefegt werden sollte, um auf ihren Trümmern eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Die schlimmste Folge der Kollektivierung war aber die große Hungersnot von 1932 bis 1934. Die Produktivität war gesunken und die Motivation der Bauern, für die Kolchosen zu arbeiten, war gering, denn sie wussten, dass das Getreide nach der Ernte vom Staat konfisziert wurde. Der Hunger begann 1931 und nahm 1932 ein verheerendes Ausmaß an, weil das Regime den Bauern die letzten Vorräte abpresste, um die Städte und die Armee versorgen und Getreide zur Erwirtschaftung der für die Industrialisierung benötigten Devisen exportieren zu können.[41] Stalin verschärfte die Hungersnot vorsätzlich, denn sie bot die Gelegenheit, den Widerstand der Bauern endgültig zu brechen und die Ergebnisse der Kollektivierung unumkehrbar zu machen. Aus den Korrespondenzen Stalins und hoher Funktionäre wird deutlich, dass sie 1932/33 die Bauern als Feinde betrachteten, die einen Angriff gegen die Sowjetmacht führten. Am 21. November 1932 telegrafierte Stalin an die kasachische Parteiführung, angesichts der zusammenbrechenden Getreideaufbringung sei es notwendig, zu Repressionen überzugehen und «gegen die Kommunisten in den Rayons einen Schlag zu führen, die sich vollständig im Banne kleinbürgerlicher Elemente befinden und auf die Gleise der Kulaken-Sabotage abgeglitten sind».[42] Der kasachische Parteichef Gološčekin antwortete tags darauf, der «Klassenfeind» sabotiere die Getreidekampagne mit seinem «Terror».[43]

Stalin schickte im November und Dezember 1932 außerordentliche Kommissionen in die wichtigsten Getreideregionen, um systematisch Getreidevorräte aufzuspüren und abzutransportieren. Die Bauern wurden gezwungen, ihre Überlebensvorräte preiszugeben und damit dem Hungertod ausgeliefert. «Das Jahr 1933 brach an, und sie hatten uns schon alles weggenommen», erinnerte sich später ein Bauer aus dem Wolgagebiet. «Uns war nichts mehr geblieben. Wir aßen Gras und unsere Bäuche schwollen an.»[44] Im Januar 1933 ließ Stalin die Haupthungergebiete mit einem Sperrkordon abriegeln, um die Bauern daran zu hindern, anderswo ein Auskommen zu suchen, zumal der Zustrom von Hungernden die angespannte Versorgungslage in den Städten weiter verschärfte. Die Hungersnot wurde zudem verheimlicht und gegenüber dem Ausland geleugnet, damit der Bankrott der Kollektivierungspolitik nicht zutage trete. Das Ergebnis war eine humanitäre Katastrophe gigantischen Ausmaßes, die zwischen fünf und acht Millionen Todesopfer forderte. Am schlimmsten waren die Ukraine, der Nordkaukasus und Kasachstan betroffen. Dass die Politik auf

einen Genozid am ukrainischen Volk abzielte, wird außerhalb der Ukraine nur von wenigen Historikern angenommen. Dagegen spricht, dass neben der Ukraine auch mehrheitlich von Russen bewohnte Gebiete ähnlich stark betroffen waren. Dass die Ukraine und der Nordkaukasus so viele Tote zu verzeichnen hatten, lag daran, dass sie mit Abstand die wichtigsten Getreidelieferanten der Sowjetunion waren und daher von dort besonders viel Getreide für den Export requiriert wurde. Zudem hatten sich die dortigen Bauern als besonders ablehnend gegen die Kolchosen erwiesen. In Kasachstan war die Hungersnot eine Folge der Sesshaftmachung der Nomaden in Kombination mit den Getreiderequirierungen.[45]

Die Auswirkungen auf die Bauern waren einschneidend. Innerhalb weniger Monate starb in vielen Dörfern die Hälfte der Menschen an Entkräftung. Eine Frau aus dem Gebiet Saratov erinnerte sich: «Was war das Schrecklichste in meinem Leben? Das war der Hunger. Die Menschen fielen um wie die Küken im Inkubator. Mein Vater und ich kauften einmal auf dem Markt Sülze, und als wir sie zu Hause essen wollten, stellte sich heraus, dass es Menschenfleisch war, wir fanden einen Fingernagel darin. Meine Großmutter lag fast das gesamte Hungerjahr bewegungslos da. Jeden Tag warteten wir, dass sie stirbt.»[46] Die Berichte der Geheimpolizei vom Frühjahr 1933 sind voll von Nachrichten über das massenhafte Sterben in den Dörfern und die verzweifelten Versuche der Verhungernden, an Lebensmittel zu kommen. Manche aßen das Fleisch von Verstorbenen; verbreiteter waren der Verzehr von Katzen, Hunden, Ratten und verendeten Pferden sowie der Versuch, das knappe Mehl mit Gräsern und Kräutern zu strecken.[47] Die Zuflucht zu Ersatznahrungsmitteln führte in Kombination mit der Schwächung des Körpers durch den monatelangen Hunger zu Typhus und anderen schweren Erkrankungen, die häufig mit dem Tod endeten. Die Toten wurden am Höhepunkt der Hungersnot nicht mehr begraben, sondern auf den Friedhöfen oder in Scheunen zu Hunderten aufgeschlichtet.[48] «Ich war damals Komsomolze», erzählte später ein Augenzeuge. «Sie beriefen eine Versammlung ein, und es hieß: ‹Morgen karren wir die Toten auf den Friedhof›. Also haben wir sie dorthin gekarrt.»[49]

Ähnlich wie 1921/22 entstand durch die Hungersnot von 1932/33 ein Millionenheer von Waisenkindern und obdachlosen Jugendlichen. Schon während der Kulakendeportationen hatten viele Väter und Mütter ihre Kinder zurückgelassen, aus Angst, dass diese die Deportation nicht überleben würden. 1934/35 griff die Miliz fast 850 000 obdachlose Kinder auf. Ende 1934 waren rund 330 000 in Waisenhäusern Russlands, der Ukraine und Weißrusslands untergebracht. Um die mit den obdachlosen Kindern in Zusammenhang stehende Kriminalität einzudämmen, wurde das Straf-

mündigkeitsalter im April 1935 auf 12 Jahre gesenkt, mit dem Ergebnis, dass bis 1940 mehr als 100 000 Minderjährige im Alter von 12 bis 16 Jahren von Gerichten verurteilt wurden.[50]

Die Kolchosbauern

Aus der Hungersnot resultierten zwei Maßnahmen, die fortan auf Jahrzehnte hinaus das Leben der Kolchosbauern prägten. Die erste beschränkte die Freizügigkeit der ländlichen Bevölkerung. Zwischen 1930 und 1932 hatten fast zehn Millionen Menschen fluchtartig ihre Dörfer verlassen. Die Städte waren nicht in der Lage, diese unkontrollierte Zuwanderung zu verkraften. Damit nicht noch mehr Hungernde diesen Weg wählten, wurde im Dezember 1932 der sogenannte Inlandspass eingeführt. Der Besitz eines solchen Dokuments war Voraussetzung für einen Wechsel des Aufenthaltsortes. Kolchosbauern bekamen grundsätzlich keine Pässe und waren somit – wie früher die Leibeigenen – an die Scholle gebunden. Diese Form der Diskriminierung und Migrationskontrolle blieb bis 1974 in Kraft: Aus der Kolchose (legal) wegziehen durfte nur, wer dazu die Genehmigung erhielt.[51]

Die zweite Maßnahme zielte darauf ab, die Verhältnisse in den Kolchosen zu stabilisieren und die Bauern mit ihrer neuen Lage zu versöhnen. Auch wenn die Hungersnot Stalin dienlich gewesen war, so war doch klar, dass diese ruinöse und für Millionen Menschen tödliche Art des Ressourcentransfers aus der Landwirtschaft in die Industrie keine Dauerlösung sein konnte. Ohne den Anspruch auf das von der Kolchose produzierte Getreide aufzugeben, musste also ein Weg gefunden werden, den Kolchosbauern das Überleben zu sichern. Die Lösung bestand in dem Zugeständnis, dass jeder Kolchosnik auf dem maximal 0,25 Hektar großen Landstück bei seinem Wohnhaus eine Hoflandwirtschaft betreiben und über deren Produkte nach Ablieferung einer festgesetzten Quote selbst verfügen durfte. Damit hatten die Kolchosbauern eine eigene Ernährungsgrundlage und konnten Überschüsse auf dem Markt frei verkaufen. Im Ergebnis bildete sich heraus, was als «Kolchossystem» bezeichnet wird und 1935 im neuen Kolchosstatut festgeschrieben wurde:[52] Hauptkennzeichen war die Arbeitsteilung zwischen der eigentlichen Kolchose, die Getreide und Industriepflanzen für den Staat erzeugte, und dem privaten Hofland, auf dem Kartoffeln, Gemüse und Obst angebaut sowie eine Kuh und Kleintiere gehalten werden durften. Außerdem wurden für die Produktion der Kolchose feste Ablieferungsnormen eingeführt. Die Kolchosniki erhielten sofort nach dem Dreschen 10 bis 20 Prozent des Getreides als Abgeltung für ihre Arbeitsleistung, je nach der Zahl der bis dahin erbrachten Tagewerke (*trudoden'*).

Dieses System funktionierte für die nächsten Jahrzehnte, wenn auch nicht im Sinne der ursprünglichen Idee der Kollektivierung, denn die Kolchosbauern verteilten ihre Arbeitskraft sehr einseitig zugunsten des privaten Hoflandes. Für die Arbeit in der Kolchose erhielten sie nur die Getreidezuteilung, aber in der Regel kein Geld. Die Arbeitsleistung auf dem privaten Hofland hingegen lohnte sich doppelt, denn sie bestimmte das Ernährungsniveau der Familie und ermöglichte die Erwirtschaftung von Geldeinkommen durch den Verkauf der Produkte auf dem Markt. Die Wunschvorstellung, die kleinbäuerliche russische Landwirtschaft durch die Zusammenfassung zu großen kollektivierten Betrieben zu rationalisieren und effektiver zu machen, um mit dem erzielten Gewinn die Industrialisierung zu finanzieren, erfüllte sich daher nicht. Die Versorgung der Städte mit Gemüse, Fleisch und Eiern beruhte zu einem beträchtlichen Teil auf dem privaten Hofland, also genau auf jener «rückständigen» Wirtschaftsform, die man eigentlich hatte liquidieren wollen. Überhaupt stellte sich heraus, dass die Kollektivierung nicht die erwünschten Modernisierungseffekte zeitigte: Die staatliche Forderung nach maximaler Getreideproduktion zwang die Kolchosen zur Monokultur und verhinderte die Einführung verbesserter Fruchtfolgen, mit denen man höhere Erträge bei geringerer Belastung des Bodens hätte erwirtschaften können. Die Kolchose war überdies verpflichtet, die in den ländlichen Siedlungen anwesende Bevölkerung zu beschäftigen, gleichgültig ob sie sie als Arbeitskräfte überhaupt benötigte. Auf diese Weise perpetuierte sich das Problem der ländlichen Überbevölkerung. Auch die Mechanisierung der Landwirtschaft war nur ein scheinbarer Fortschritt, denn die große Zahl von Traktoren und Mähdreschern, mit denen die sowjetische Propaganda eine moderne Landwirtschaft amerikanischen Stils suggerierte, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in Wirklichkeit an Zugkraft mangelte. Der Pferdebestand war nämlich im Zuge der Kollektivierung stark dezimiert worden und die Traktorenlieferungen reichten nicht einmal aus, um diesen Verlust zu kompensieren, geschweige denn die Produktivität zu erhöhen. In den Augen der Bauern bedeutete die Kolchose ohnehin einen Rückschritt ins 19. Jahrhundert, eine Neuauflage der Gutswirtschaft mit Leibeigenschaft und unbezahlter Fronarbeit. Auf sich allein gestellt, hätten die Bauern die Kolchosen bei erstbester Gelegenheit aufgelöst und das Land unter sich verteilt, so wie sie es bei der Revolution 1917 mit dem Gutsbesitzerland gemacht hatten.[53]

Die Kolchosen bewirkten eine Umwertung der zu verrichtenden Tätigkeiten. In der Hierarchie ganz oben standen Leitungs-, Kontroll- und Verwaltungsposten, denn sie galten als erstrebenswert. Ohne sich körperlich

anstrengen zu müssen sammelte man am Schreibtisch seine Tagewerke leichter und in größerer Zahl als auf dem Feld, wo in der kalten Jahreszeit monatelang keine Arbeiten anfielen. Analog zur fortdauernden Hierarchie der Geschlechter konnten sich vor allem Männer die begehrten Schreibtischposten sichern, während die Feld- und Stallarbeiten überwiegend von Frauen, Jugendlichen und Alten verrichtet wurden. In dem Maße, wie die Kolchosniki die Spielregeln durchschauten, passten sie ihr Verhalten an. Dabei erwies sich das System der Entlohnung als ausgesprochen schädlich für die Produktionsleistung. Theoretisch sollte am Ende jedes Jahres eine Gewinnausschüttung der Kolchose stattfinden, an der jeder gemäß seiner in Tagewerken bemessenen Arbeitsleistung teilhaben sollte. Normalerweise hatte die Kolchose aber nach der Erfüllung ihrer Ablieferungspflichten keinen Gewinn mehr zu verteilen, sodass der vorläufige Lohnabschlag, den die Kolchosniki nach der Ernte in Form vom Getreide erhielten, die einzige Abgeltung der Arbeitsleistung darstellte. Die nach dem Dreschen gesammelten Tagewerke waren somit wertlos und dementsprechend hielten sich die Kolchosniki im Herbst mit dem Arbeiten zurück.

Offenen Widerstand leisteten sie nach 1932 nicht mehr. Der gegen sie angewandte Terror und der Hunger hatten sie zermürbt.[54] Sie waren mit dem täglichen Überlebenskampf beschäftigt und verlegten sich auf geeignete Alltagspraktiken, um mit dem System zurechtzukommen, nur das Nötigste für die Kolchose zu arbeiten, sich die Dinge, die sie dringend brauchten, abzuzweigen, Anforderungen, die sie für ungebührlich hielten, zu unterlaufen und Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen.[55] «Wir haben gestohlen, was geht!», erinnerte sich ein Kolchosnik. «Alles haben wir gestohlen! Kerosin haben wir gestohlen, Getreide haben wir gestohlen, Viehfutter haben wir gestohlen, ist doch klar.»[56] Um die Ablieferungsquote zu erfüllen oder zu drücken, vergrößerte man einvernehmlich das Gewicht des Getreides durch die Zugabe von Wasser, meldete falsche Zahlen über die erzielte Ernte, verheimlichte einen Teil der Anbauflächen oder hielt übermäßig viel Getreide als angebliches Saatgut zurück. Die Kolchosbauern agierten bei solchen Praktiken nicht nur als Individuen, sondern auch als Dorfgemeinschaft. Die Handlungen wurden oft von Aussagen und Gesten begleitet oder waren gegen Ziele gerichtet, die zeigten, dass es sich um Feindlichkeit gegenüber dem Regime handelte. Jugendliche, die sich der Stachanovbewegung anschlossen (der nach dem Kohlenhauer Aleksej Stachanov benannten Jagd nach individuellen Produktionsrekorden), wurden häufig ausgegrenzt, verprügelt oder gar erschlagen, weil sie mit ihrem Verhalten die Normen in die Höhe trieben und sich damit unbeliebt machten. Auf sie wurden regelrechte Hetzjagden veranstaltet, denn sie galten als

Vertreter des verhassten Regimes und waren leichter anzugreifen als die Inhaber von Ämtern.[57] Zuschriften an die Bauernzeitung (*Krest'janskaja gazeta*) dokumentieren in großer Zahl die bäuerliche Unzufriedenheit.[58] Immer wieder machten Gerüchte die Runde, dass die Kolchosen bald wieder abgeschafft würden, weil es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme zur Überwindung einer Notlage gehandelt habe. In periodischen Abständen wurde verbreitet, dass demnächst ein Krieg ausbrechen und dann das Regime der Bolschewiki ein Ende haben werde oder dass in den Fabriken gestreikt werde und sich ganze Provinzen im Aufstand befänden. Solche Gerüchte waren häufig von Äußerungen begleitet, man werde bald mit den Bolschewiki abrechnen.[59]

Die Arbeiter

Der Übergang zur forcierten Industrialisierung erzeugte einen Mangel an Arbeitskräften. Bei der nun notwendigen Erschließung der ländlichen Arbeitskräftereserven erwiesen sich die staatlichen Steuerungsmechanismen als ineffizient. Entwurzelt durch die Kollektivierung, strömte die ländliche Bevölkerung ungeregelt in die Städte. Insgesamt migrierten zwischen 1926 und 1939 nicht weniger als 23 Millionen Menschen vom Land in die Städte, der Großteil davon zwischen 1928 und 1933.[60] Das Passgesetz schob dieser unkontrollierten Wanderung zwar einen rechtlichen Riegel vor, konnte sie aber nur verringern. Wer in die Stadt ziehen oder trotz fehlender Aufenthaltsberechtigung dort bleiben wollte, fand auch weiterhin Mittel und Wege dazu.[61] Bis zum Ende der 1930er Jahre gelang es dem Regime nicht, die angestrebte Kontrolle über den Arbeitsmarkt herzustellen, da die starke Nachfrage der Industrie nach Arbeitskräften diesen zahlreiche Möglichkeiten eröffnete, die gesetzlichen Regelungen zu unterlaufen.[62]

Die Fluktuation war hoch, denn der Wechsel des Arbeitsplatzes war in einem System, das Streiks kriminalisierte und in dem die Gewerkschaften gleichgeschaltet waren, die einzige Möglichkeit, bessere Bedingungen oder höheren Lohn zu suchen. Durchschnittlich wechselte jeder sowjetische Industriearbeiter zwischen 1929 und 1932 fünfmal den Arbeitsplatz.[63] Die Fluktuation stand in direktem Zusammenhang mit der Wohnungsnot. Da die Stadtverwaltungen überfordert waren, wälzten sie die Verantwortung auf die Großbetriebe ab, die für ihre Arbeiter Barackensiedlungen errichteten. 1935 entfielen fast 70 Prozent des Wohnungsbaus auf Industriekommissariate und Unternehmen. Der durchschnittliche Wohnraum in den Baracken betrug zwei Quadratmeter pro Person. Viele mussten auf dem Boden schlafen oder sich ein Bett im Schichtbetrieb teilen. Auch sonst waren die Lebensumstände und sanitären Bedingungen meist erbärmlich. Für

1933 wird berichtet, dass Kohlenkeller, Warenlager und Treppenhäuser als Wohnraum adaptiert wurden. Mancherorts bauten sich die Zuzügler auch Erdhüttensiedlungen.[64]

Schwierig gestaltete sich auch die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs. 1928/29 mussten in Leningrad, Moskau und anderen Großstädten die Grundnahrungsmittel und einige Konsumgüter rationiert werden. Die Höhe der Rationen wurde nach einem abgestuften System festgelegt. Die Versorgungshierarchie spiegelte die Wichtigkeit von Städten und Personenkategorien für die Industrialisierung. Einem allgemeinen Zusammenbruch der Versorgung Ende des Jahres 1930 folgte 1931 die Einführung «geschlossener Verteiler» mit einem System von Bezugsscheinen für Lebensmittel und Konsumgüter.[65] Von 1928 bis 1932 sank in den Moskauer Arbeiterfamilien der Verbrauch von Fleisch um 60 Prozent, von Milchprodukten um 50 Prozent.[66] Moskau war zwar von der großen Hungersnot 1932/33 nicht annähernd so stark betroffen wie die Ukraine und der Nordkaukasus, aber durch die Straßen zogen Scharen von Bettlern.[67] Ein amerikanischer Kommunist, der im Moskauer Elektrowerk arbeitete, berichtete, dass 1932 täglich Arbeiter an der Werkbank vor Entkräftung ohnmächtig zusammenbrachen.[68]

Im Winter 1932/33 ließ Stalin kommerzielle Geschäfte einrichten, in denen man die anderswo nicht mehr erhältlichen Lebensmittel zum zehnfachen Preis kaufen konnte. Davon profitierten vor allem technische Spezialisten und Angestellte, die keinen geschlossenen Verteiler hatten und genug verdienten, um die hohen Preise bezahlen zu können. 1932 bis 1935 gab es außerdem sogenannte *Torgsin*-Läden (russ. *magazin dlja torgovli s inostrancami* – «Geschäft für den Handel mit Ausländern»), in denen man nur mit Edelmetallen oder Devisen einkaufen konnte.[69] Daneben existierte ein System geschlossener Geschäfte für Funktionäre, wichtige Ingenieure, Schriftsteller und andere Privilegierte. Sie waren bewacht und durften nur mit einem Berechtigungsausweis betreten werden. Der gewöhnliche Arbeiter konnte weder dort noch im *Torgsin*, noch in den kommerziellen Läden einkaufen. Ihm blieb neben den Kooperativläden daher nur die Möglichkeit, zu hohen Preisen auf den Märkten Lebensmittel aufzutreiben.[70] 1932 gab es in Moskau 43 Märkte, auf die 15 Prozent der Kartoffel- und 60 Prozent der Milch- und Eierversorgung entfielen. Daneben bestand während der gesamten 1930er Jahre ein Schwarzmarkt mit Lebensmitteln, die aus den Kolchosen gestohlen wurden.[71] Erst 1933/34 stabilisierte sich die Lebensmittelversorgung. Eine gewisse Entlastung kam dadurch zustande, dass viele Stadtbewohner nun mit Kleingärten ausgestattet wurden, aus denen sie sich selbst mit Kartoffeln und Gemüse versorgen konnten. In den

«drei guten Jahren», 1934 bis 1936, stieg der Lebensstandard vorübergehend an, erreichte aber bis zum Zweiten Weltkrieg nicht das Niveau der späten 1920er Jahre.[72]

Trotz der schlechten Lebensbedingungen gelang es dem Regime, die Millionen Zuzügler vom Land in die Städte zu integrieren, ohne dass es zu einer sozialen Explosion kam. Dazu trugen mehrere Faktoren bei: Gerade durch die massive Zuwanderung zerfiel die sowjetische Arbeiterschaft der 1930er Jahre in Gruppen, die aufgrund ihrer je unterschiedlichen Erfahrungen auf die Verhältnisse und die Identifikationsangebote des Regimes unterschiedlich reagierten. Die Arbeiterschaft war somit zersplittert und zu gemeinsamem Handeln nicht in der Lage.[73] An organisierten Widerstand war in Anbetracht des Machtapparates ohnehin nicht zu denken. Stalin hatte gegenüber den Bauern eindrücklich vorgeführt, wie er mit Widersetzlichkeiten umging. Ein großer Teil der neuen Arbeiter hatte den Kollektivierungsterror in den Dörfern noch gut in Erinnerung. Unter ihnen waren untergetauchte «Kulaken», die in ständiger Angst lebten, «entlarvt» zu werden, und sich schon allein deshalb bemühten, möglichst unauffällig zu bleiben und sich konform zu verhalten.[74] Der Übergang zum städtischen Leben wurde dadurch erleichtert, dass in den Außenbezirken der Städte weiterhin eine Übergangszone mit wenig urbanem Charakter bestand, in der sich ein hohes Maß an Nonkonformität in Form von aus dem Dorf mitgebrachten Gewohnheiten ausleben ließ und der Zugriff des Regimes schwach blieb.[75]

Auch am Arbeitsplatz taten sich Freiräume auf, die von den Arbeitern in ähnlicher Weise genutzt wurden, wie das in den Kolchosen der Fall war, und die eine Ventilfunktion erfüllten: Nach außen hin spielten die Arbeiter die Rollen, die von ihnen erwartet wurden,[76] entwickelten aber gleichzeitig effektive Techniken, um die Arbeitsanforderungen zu reduzieren: Dazu gehörten das häufige Wechseln des Arbeitsplatzes, Blaumachen, langsames Arbeiten, Rauchen, Plaudern, Zeitunglesen oder Werkzeugholen. Wenn diese Verhaltensweisen auch für die Betriebsleitungen und das Regime unangenehm waren, so wirkten sie dennoch indirekt systemstabilisierend, indem sie das Protestpotenzial in eine für das Regime verhältnismäßig harmlose Richtung ableiteten. Eine ähnliche Ventilfunktion erfüllten die Möglichkeiten, auf legale Weise Kritik an Missständen und Vorgesetzten zu üben und sich zu beschweren. Das geschickt institutionalisierte Ritual von «Kritik und Selbstkritik» half dem Regime, die Unzufriedenheit auf Sündenböcke zu projizieren und auf diese Weise strukturelle Schwächen zu verschleiern.[77]

Eine wichtige Funktion bei der Integration kam den Betrieben zu, denn

unter den Bedingungen der ersten Fünfjahrespläne kümmerten sich große Fabriken um alle Lebensbereiche der Arbeiter: von der Unterbringung und Kantinenverpflegung über Erholungsheime, Kinderlager, Kinderkrippen und Kindergärten, Theater- und Kinokarten bis hin zu Schachklubs und Fußballmannschaften. All das konnte den Bedarf kaum decken, trug aber zum Entstehen eines Gemeinschaftsgefühls bei. Die Arbeiter einer Fabrik und ihre Familien fühlten sich als «wir», Außenstehende waren Fremde. Lohndifferenzierung und Ausbildungsmaßnahmen bewirkten, dass die ursprünglich die Belegschaften gliedernden Trennlinien nach Herkunft allmählich an Bedeutung verloren und durch eine neue Gliederung nach Lohnstufen und Qualifikationen ersetzt wurden, innerhalb derer man durch individuelles Verhalten auf- und absteigen konnte.[78]

Aufbruch in die sozialistische Moderne?

Die Integrations- und Motivationskraft des Aufbruchs in den Sozialismus, die vielfach das Bild von der Sowjetunion während der ersten Fünfjahrespläne geprägt hat, erfordert eine differenzierte Betrachtung. Die sowjetische Propaganda und spätere Darstellungen suggerierten eine Aufbruchsstimmung im ganzen Land. Die Menschen hätten sich enthusiastisch an den Aufbau des Sozialismus gemacht und bereitwillig Entbehrungen erduldet, in der Überzeugung, am historischen Durchbruch in eine bessere Welt teilzunehmen. Erinnerungen von Zeitgenossen legen davon Zeugnis ab, dass die damalige Lebenswirklichkeit mit Terror, Hunger und Wohnungsnot nicht zur Gänze abgebildet ist, sondern sich ins Gedächtnis auch ganz andere, positive, Eindrücke eingeschrieben haben: «Das Jahr 1932 lebt in meiner Erinnerung im Glanz freudiger Gefühle, selbstbewußter Jugend und zahlloser Hoffnungen. Dort im Ausland wütete die Wirtschaftskrise. In Deutschland gab es sieben Millionen Arbeitslose. In den USA waren es noch viel mehr. [...] Tagtäglich berichteten unsere Zeitungen von Streiks in den kapitalistischen Ländern, von Hunger und Elend [...]. Wie anders sah es dagegen bei uns aus! Die Zeitungen veröffentlichten Telegramme und Artikel über unsere neuen Fabriken, Hochöfen und Maschinen-Traktoren-Stationen, von immer neuen und noch größeren Erfolgen und Errungenschaften, von immer grandioseren Plänen. [...] Als das Traktorenwerk Stalingrad begann, täglich 120 Schlepper fertigzustellen, durchpulste mich Freude.»[79] – Als Lev Kopelev 1978 diese Zeilen schrieb, war er schon lange auf Distanz zum sowjetischen Regime gegangen. Als junger Agitator in Char'kov hatte er jedoch 1932 voller Überzeugung an den der Hungersnot vorausgehenden Getreidebeschaffungskampagnen teilgenommen. Obwohl Kopelev mit eigenen Augen die Hungerkatastrophe sah, änderte das damals nichts an seiner positiven Einstellung zur Kommunistischen Partei. Er glaubte nach eigenem Eingeständnis blind der Propaganda, die die Schuld für die Hungersnot den «Kulaken» zuschob.

Marschall Georgij Žukov beschreibt in seinen 1970 publizierten Memoiren für die Jahre vor dem Krieg einen «unwiederholbaren, eigentümlichen Stimmungsaufschwung, einen Optimismus, eine Art Begeisterung und gleichzeitig Tatkraft, Bescheidenheit und Einfachheit im Umgang der Leute. Gut, sehr gut hatten wir zu leben begonnen», resümierte er rückblickend.[80] Bei Kopelev spiegeln sich die berauschenden Erfolge der Industrialisierung, die Suggestion von der Sowjetunion als dem einzigen Land, in dem es aufwärts geht, während die kapitalistischen Länder in der Weltwirtschaftskrise versinken, sowie die Gewissheit, an einer Gemeinschaft teilzuhaben, die im Besitz der allein selig machenden Ideologie mit historischer Gesetzmäßigkeit siegen würde. Aus Žukovs Sätzen sprechen Optimismus, Begeisterung und die Zufriedenheit über einen beginnenden Wohlstand.

Die Frage, inwieweit in der stalinistischen Diktatur der 1930er Jahre neben den repressiven auch solche integrativen Faktoren wirksam waren, erfordert ein sorgfältiges Abwägen widersprüchlicher Quellen. Hinzu kommt, dass auch für die Sowjetunion gilt, was für das nationalsozialistische Deutschland schon länger gezeigt wurde: Zwischen den Polen «Enthusiasmus» und «Widerstand» gab es ein breites Kontinuum von abgestuften Einstellungen und Verhaltensweisen.[81] Partielle Zustimmung und partielle Ablehnung konnten durchaus in einer Person vereint sein.[82] Sich über die Misswirtschaft der örtlichen Parteizelle zu ärgern schloss die Möglichkeit nicht aus, dennoch an den Aufbau des Sozialismus zu glauben. Umgekehrt ließen sich auch Personen, die nicht dem Kommunismus anhingen, von der Faszination eines Massenfestes anstecken oder bejubelten die Inbetriebnahme eines großen Werkes als Sieg. Wie auch in anderen Diktaturen entfalteten in der Sowjetunion Feste, Feiertage und die Unterhaltungskultur eine integrative Wirkung. Sie setzten keine Zustimmung zum System voraus, sondern boten eine erbauliche Ablenkung vom Alltag und den zeitweiligen Rückzug auf eine Insel der Normalität an. Die Zeitgenossen lebten in einem mehrschichtigen Kontinuum zwischen Ablehnung und Integration, in dem auf mehreren Ebenen beide Phänomene jeweils partiell zum Tragen kamen.

Die Integrationskraft des «sozialistischen Aufbaus» darf nicht an den inszenierten Massenkundgebungen und den hohen Tönen der damaligen Publizistik gemessen werden. Der zur Schau gestellte «Enthusiasmus» traf höchstens auf Teile der städtischen Bevölkerung und nur auf eine kurze

Zeitspanne zu. Zu Beginn des ersten Fünfjahresplans scheint unter den Arbeitern tatsächlich eine Aufbruchsstimmung vorhanden gewesen zu sein.[83] Die Vision von der raschen Industrialisierung und Überwindung der Rückständigkeit und von einem baldigen Leben in Wohlstand entfaltete eine Ausstrahlungskraft, die aber möglicherweise maßlos überschätzt wurde.[84] Die in den Quellen erwähnten «Enthusiasten» entpuppen sich jedenfalls bei näherem Hinsehen als Komsomolzen und andere Aktivisten, die nicht als repräsentativ für die Mehrheit der Arbeiter gelten können.[85] Die Alltagspraxis des «sozialistischen Wettbewerbs», der Stachanovbewegung und anderer aktionistischer Arbeitsformen, die immer wieder als Indiz für den Enthusiasmus der Massen herhalten mussten, war hingegen ernüchternd.[86]

Die Aufbruchsstimmung – so es sie überhaupt in nennenswertem Umfang gab – hielt nicht lange an. Bereits ab 1930/31 machte sich Enttäuschung über die Verschlechterung der Lebensbedingungen breit. Die Geheimpolizei fand Flugblätter, die zum Aufstand aufriefen, in einer Reihe von Städten gingen Frauen auf die Straße und Arbeiter boykottierten die obligatorischen Versammlungen.[87] Der deutsche Botschafter berichtete im Sommer 1931 aus Moskau, es komme täglich zu Zwischenfällen vor den Lebensmittelläden. Die wartende und schimpfende Menge müsse von Milizionären in Schach gehalten werden.[88] Ein deutscher Ingenieur, der in einer Fabrik in Char'kov tätig war, vermerkte 1931 in seinem Tagebuch eine außerordentliche Unzufriedenheit und Unruhe der Arbeiter sowie Arbeitsniederlegungen wegen verspäteter Lohnzahlungen und Versorgungsengpässen.[89] Eine englische Kommunistin, die zehn Jahre in der Sowjetunion lebte, datierte den Einbruch auf das Jahr 1932: Bis dahin habe die Regierung auf die Begeisterung eines Teils der Arbeiterschaft zählen können. Nach 1932 habe die Mehrheit erschöpft und unzufrieden den Glauben verloren.[90] Der Moskau-Korrespondent der *United Press* beurteilte das genauso: Die Propaganda habe die Menschen mit der Perspektive motiviert, dass man fünf Jahre lang hart arbeiten und Entbehrungen auf sich nehmen müsse, dann aber die Früchte des Aufbaus genießen könne. Nun seien die Arbeiter enttäuscht und selbst Funktionäre sprächen im privaten Kreis verbittert von Planlosigkeit und Vergeudung der Ressourcen.[91]

Im April 1932 traten in der Stadt Vičuga im Gebiet Ivanovo 17 500 Textilarbeiter in den Streik und stürmten die Gebäude der Geheimpolizei und der Partei, weil sie den Fünfjahresplan als Verrat an der Oktoberrevolution betrachteten.[92] Die Katastrophe der Kollektivierung blieb auch für die Stimmung in den Städten nicht folgenlos, denn die Millionen bäuerlicher Migranten, die in jenen Jahren in die Städte zogen, kannten die Misere, die

das Regime in den Dörfern angerichtet hatte. Aber auch viele ältere Arbeiter fragten sich, wofür sie eigentlich im Bürgerkrieg gekämpft hatten. Dass die Arbeiter dennoch politisch ruhig blieben und sich nach 1933 keine nennenswerten Streiks mehr ereigneten, lag an der Aussichtslosigkeit eines solchen Unterfangens und dem Wunsch, endlich normal leben zu können und in Ruhe gelassen zu werden. Im Vordergrund standen die Sorge um das tägliche Brot und das Streben nach Glück und Wohlergehen für sich und die Angehörigen.[93]

Mit der vorübergehenden Besserung der Versorgung ab 1934 trat eine gewisse Entspannung ein. 1935 konnte die Brotrationierung aufgehoben werden und wenn Stalin verkündete «Das Leben ist besser, das Leben ist froher geworden», dann stimmte das im Vergleich zum Vorangegangenen sogar.[94] Die Berichte der Geheimpolizei und der Partei deuten darauf hin, dass ab 1936/37 die Unzufriedenheit wieder stieg. Die Arbeitsmoral sank 1937 auf ein katastrophales Niveau, sodass die Regierung im Dezember 1938 drakonische Strafen für Verletzungen der Arbeitsdisziplin einführte.[95] Mit Kriegsbeginn 1939 verschlechterte sich die Versorgungslage, weil die Transportkapazitäten für militärische Zwecke benötigt wurden.[96] Im Juni und Juli 1940 verschärfte die Regierung die Arbeitsgesetze nochmals und erhöhte die tägliche Arbeitszeit. Hunderttausende Arbeiter landeten wegen geringfügiger Verletzungen der Arbeitsdisziplin im Straflager. Die Monate zwischen den Arbeitsdekreten vom Sommer 1940 und dem deutschen Überfall 1941 waren von ungewöhnlichen Meldungen über politischen Protest gekennzeichnet: Es gab offene politische Reden, Arbeiter riefen zum Streik auf. Man fand Flugblätter mit Inhalten wie «Nieder mit der Regierung der Unterdrückung, der Armut und der Gefängnisse».[97]

Vor diesem Hintergrund relativiert sich das Bild von den Bevölkerungsmassen voller Optimismus stark, sowohl zeitlich als auch quantitativ. Es bezieht sich auf eine kleine, aber mutige, gut organisierte und schlagkräftige Minderheit, die den Rest der Bevölkerung vor sich her trieb. Für das Funktionieren des Systems genügte es, diese Minderheit zu motivieren. Als «Transmissionsriemen» sorgten die Aktivisten in ihrem engeren Umfeld dafür, dass ein gewisses Minimum an Kooperation und Leistung erbracht und allzu deviante Verhaltensweisen sanktioniert wurden.[98] Das Netz der Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsorganisationen war so dicht gestrickt, dass auf diese Weise ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung erreichbar war.

Eine gewisse Ausstrahlungskraft entfalteten die prestigeträchtigen Großprojekte und technischen Errungenschaften. Technikeuphorie und Faszination des Fortschritts waren in der Sowjetunion der 1930er Jahre zweifellos

präsent, und die Propaganda tat alles, um technologische Großprojekte massenwirksam in Szene zu setzen.[99] Die Bürger der Sowjetunion sollten stolz sein auf Leistungen der Superlative, und man kann davon ausgehen, dass nicht wenige diese Identifikationsangebote annahmen. Ausländische Beobachter maßen der Technikbegeisterung jedenfalls eine große Bedeutung bei.[100]

Die Vision einer gerechteren Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus und selbst die Versprechung, die kapitalistischen Länder zu überholen, waren in den 1930er Jahren ebenfalls lebendig.[101] Nur wenige Bürger der Sowjetunion kannten die Verhältnisse in den westlichen Ländern aus eigener Anschauung. Die große Mehrheit hatte das eigene Land nie verlassen und war unter den Bedingungen der zunehmenden Abschottung gegenüber Informationen aus dem Ausland auf das angewiesen, was die sowjetische Propaganda verbreitete. Diese nutzte die Weltwirtschaftskrise aus, um ein Bild des totalen Niedergangs und Elends in den kapitalistischen Ländern zu zeichnen – die ideale Kontrastfolie für das eigene Aufbauprogramm. Ein russischer Emigrant, der im Sommer 1931 fünf Wochen lang die Sowjetunion bereiste, um sich einen Eindruck von den Stimmungen in der Bevölkerung zu verschaffen, hörte die Menschen in der Provinz davon sprechen, dass in Deutschland eine Hungersnot herrsche und in Amerika ein Massensterben unter den Bauern im Gange sei. Er beobachtete, dass die Menschen das eigene Erleben von Engpässen und Not mit dem Hinweis auf die noch viel schlimmere Lage im Ausland relativierten.[102]

Das Regime förderte die positive Sicht auf die seit 1917 eingetretenen Veränderungen, indem es bei jeder Gelegenheit Vergleiche mit der Zeit vor der Revolution anstellte und die damaligen Verhältnisse in den düstersten Farben malte. Wer keine eigene Erinnerung mehr an die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg hatte, konnte diesen suggestiven Bildern erliegen. 1931 begann man damit, die sozialistische Aufbauleistung mit einem Geschichtsprojekt zu begleiten. In dem auf Anregung des Schriftstellers Maksim Gor'kij im Oktober 1931 von der Parteiführung beschlossenen Projekt «Geschichte der Fabriken und Werke» dokumentierten Historiker und Literaten gemeinsam mit Tausenden von Arbeitern die Industrialisierung der Sowjetunion. Das Unternehmen sollte dazu beitragen, den Arbeitern bewusst zu machen, welcher Fortschritt seit 1917 erzielt worden sei. Die Geschichte des Industrieaufbaus wurde dabei aufs engste mit den Lebensgeschichten der Arbeiter verknüpft. Angeleitet von den Schriftstellern erzählten die Beteiligten ihren persönlichen Aufstieg vom rückständigen Analphabeten zum qualifizierten und selbstbewussten Facharbeiter und koppelten diese Erfolgsgeschichte an die Errungenschaften der Revolution. Auf diese Weise ergab sich eine doppelte Sinnstiftung: Der eigene Aufstieg erschien als Teil des sozialistischen Aufbaus und der Überwindung von Rückständigkeit, als aktiver Beitrag zu einem Vorgang von historischer Bedeutung, denn als solchen begriffen die Beteiligten das, was um sie herum vorging.[103]

Auch diejenigen, die unter dem Eindruck der verschlechterten Lebensbedingungen den Versprechungen vom «Einholen und Überholen» nicht mehr glaubten, standen dennoch vielfach den sozialen Veränderungen, die als Errungenschaften der Revolution galten, positiv gegenüber. Das *Harvard Interview Project*, das in den 1950er Jahren mit ehemaligen Sowjetbürgern durchgeführt wurde, die nach dem Zweiten Weltkrieg als «Displaced Persons» nicht mehr in die Sowjetunion zurückgekehrt waren, förderte eine bemerkenswert hohe Zustimmung zu den zentralen Anliegen des sozialistischen Projekts zutage – trotz der Tatsache, dass die Befragten nicht mehr unter stalinistischer Herrschaft leben wollten.[104] Die Menschen lebten in einer doppelten Realität: der selbst erfahrenen und der höheren, vom offiziellen Diskurs definierten Wahrheit. Je länger sie dem offiziellen Diskurs ausgesetzt waren, desto stärker machten sie sich dessen Sprache und Denkkategorien zu eigen. In den Kategorien der virtuellen Realität zu denken, konnte den Problemen des täglichen Lebens einen höheren Sinn verleihen und somit bei ihrer mentalen Bewältigung helfen.[105] Wie weit die Übernahme des bolschewistischen Diskurses («speaking bolshevik») in die Gesellschaft reichte und über ein nach außen hin Konformität zur Schau stellendes Rollenspiel hinausging, ist in Ermangelung repräsentativer Quellen kaum zu ermitteln. Von einzelnen Personen ist eindrucksvoll in Tagebüchern dokumentiert, wie sie «an sich arbeiteten», um sich dem Ideal des «neuen Menschen» anzuverwandeln,[106] große Teile der Bevölkerung übernahmen den Diskurs in den 1930er Jahren jedoch nicht oder verwendeten ihn nur zu taktischen Zwecken. Jedenfalls sind konkurrierende Diskurse und abweichende Sinnstiftungen (religiöse, nationalistische, antisemitische) in den Dossiers der Geheimpolizei dokumentiert.[107] Viele Arbeiter zogen eine Grenze zwischen «denen da oben» und «uns hier unten» und fühlten sich weiterhin als Unterdrückte und Betrogene, anstatt sich mit dem Regime zu identifizieren.[108]

Mobilisierung und Kriegszustand

Der Stalinismus war eine Mobilisierungsdiktatur. Die Mobilisierung erforderte einen harten Kern von Aktivisten, die bereit waren, sich zu exponieren, Opfer auf sich zu nehmen und sich ganz in den Dienst des sozialistischen Aufbaus zu stellen. Dieser harte Kern fand sich unter den Parteimitgliedern und Komsomolzen. Hunderttausende Komsomolzen

wurden im Laufe der ersten Fünfjahrespläne zur Arbeit an Brennpunkten «mobilisiert». Sie organisierten den «sozialistischen Wettbewerb», überwachten die Leistung und das Verhalten der anderen Arbeiter und sorgten über verschiedene Arten der Druckausübung dafür, dass diese nicht zurückblieben.[109] Die Komsomolzen pauschal als «Enthusiasten» zu charakterisieren, wäre zu einfach, denn viele betrachteten die Zugehörigkeit zum Kommunistischen Jugendverband als Mittel zum Aufstieg. Am Beispiel des Baus der Moskauer Untergrundbahn, der zum Inbegriff des selbstlosen Engagements der enthusiastischen Jugend erhoben wurde, lässt sich zeigen, wie differenziert die Rolle der Komsomolzen zu sehen ist:[110] Von den in den Jahren 1933 und 1934 «mobilisierten» 20 000 Komsomolzen arbeiteten im Juni 1934 nur rund 9000 auf den Baustellen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen hatte sich der Mobilisierung widersetzt oder war nach wenigen Tagen wieder davongelaufen. Die schließlich auf dem Bau blieben, waren auch nicht alle «Enthusiasten», sondern von unterschiedlichen Motiven getrieben: Wollten manche tatsächlich mit eigenen Händen beim Aufbau des Sozialismus mithelfen, so meldeten sich viele gar nicht auf eigenen Wunsch, sondern weil sie dazu verpflichtet wurden und ihnen der Ausschluss aus dem Verband drohte. Andere machten mit, weil sie nicht vor ihren Freunden als Schwächlinge dastehen wollten oder weil sie den Einsatz auf einer gefährlichen Baustelle als Bewährungsprobe betrachteten und ein Kampf- und Kriegserlebnis suchten als Ersatz für die versäumte Teilnahme an Revolution und Bürgerkrieg.

Die Komsomolzen stilisierten sich gerne als Krieger und Kämpfer, mit dem Presslufthammer im Anschlag, dem wie ein Gewehr geschulterten Werkzeug oder dem Spaten bei Fuß. Sie arbeiteten nicht, sondern waren «im Einsatz». Dieser Einsatz-Aktionismus ist Teil eines Habitus und einer Autosuggestion, die über die Komsomolzen hinaus für das Verständnis dessen, was sich in der Sowjetunion zwischen 1917 und 1953, besonders aber in den 1930er Jahren ereignete, von zentraler Bedeutung ist: Das ganze Land befand sich in einem künstlich herbeigeführten inneren Kriegszustand.[111] Allerorten wurde gekämpft, gestürmt, wurden Fronten eröffnet, Feinde ausgemacht und besiegt, Feldzüge unternommen, Schlachten geschlagen. Die Propaganda der 1930er Jahre war in Sprache und Inhalt Kriegsberichterstattung, mit spezifischen Konsequenzen: Wenn um die Errichtung von Hochöfen oder die Kollektivierung der Landwirtschaft Schlachten geschlagen wurden und die daran Beteiligten folgerichtig als Helden kämpften, dann war mangelnde Arbeitsdisziplin gleichbedeutend mit Verrat oder Desertion, mutierten Fehler zu Sabotageakten und ihre Urheber zu Feinden und Diversanten. Die Wiederbelebung des Kämpferischen Ende der 1920er Jahre stieß im Komsomol auf große Resonanz. Viele Jugendliche, die Revolution und Bürgerkrieg nur als Kinder miterlebt hatten, sehnten sich nach eigenen Heldentaten, um nicht hinter der Vätergeneration zurückzustehen.[112]

Die Tatsache, dass die ersten Fünfjahrespläne im Stil eines militärischen Feldzugs abliefen, war Ausdruck einer tiefer liegenden Mentalität. Wer in der Begrifflichkeit des Krieges sprach, dachte auch so und nahm seine Welt in den Kategorien des Krieges und des Kampfes gegen Feinde wahr. Die Quellen geben zuhauf Zeugnis von einem spezifischen Arsenal an Wahrnehmungsweisen der Realität und Verhaltensweisen, die eher in einen Krieg als in einen zivilen Alltag passen. Der aktivistische Kern der Gesellschaft befand sich mental im Krieg und handelte in der Suggestion, sich an der «Front» zu befinden und gegen Feinde kämpfen zu müssen. Diese Suggestion war geeignet, mit den Zumutungen des Alltags fertig zu werden. Wenn man sich vorstellte, an der Front zu sein, dann gehörte eben dazu, in äußerst beengten und hygienisch primitiven Verhältnissen zu wohnen, in jeder Hinsicht Entbehrungen auf sich zu nehmen und sich unter Extrembedingungen ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit für die gemeinsame Sache zu opfern.

Dieser mentale Kriegszustand hatte zwei Bezugspunkte. Einerseits bildete der Bürgerkrieg den Referenzrahmen für das Denken und Handeln der Aktivisten in den 1930er Jahren. Immer wieder wird auf ihn rekurriert, werden die damaligen Heldentaten als Vorbilder beschworen. Der zweite Bezugspunkt lag in der Zukunft und spiegelte den ersten: Die Bolschewiki lebten seit Ende der 1920er Jahre in der Erwartung eines bevorstehenden Krieges der vereinigten Imperialisten gegen die Sowjetunion. Lev Kopelev hat in seinen Memoiren dieses sehr reale Gefühl eines unausweichlichen finalen Krieges beschrieben, auf den er und seine damaligen Gesinnungsgenossen schon seit Jahren warteten und der ihnen Kraft und Motivation verlieh. Über eine Probemobilmachung, die er im Sommer 1932 miterlebte, schrieb er rückblickend: «In jenen Stunden spürte ich fieberhaft eine alarmierende und zugleich freudige Erregung, ähnlich wie neun Jahre später am 22. Juni 1941. Endlich Krieg. Jener unausweichliche Krieg, auf den wir seit langem gewartet hatten. Er wird schrecklich sein, es wird Unglück und Not geben. Aber dafür ist alles klar: wofür man kämpft, wofür man lebt und stirbt, wer Feind, wer Freund ist… Und dann natürlich: wir werden siegen! Die lustvolle freudige Neugier war stärker als alle Furcht. Vier Tage später ging die Probe-Mobilmachung zu Ende. Die Einberufenen kehrten in die Werkhallen zurück. Aber der Krieg schien dennoch unausweichlich bevorzustehen.»[113]

Kopelevs Beschreibung macht deutlich, welche Funktion die Suggestion des Kriegszustandes neben den Effekten der Kräftemobilisierung, Legitimierung, Motivierung und Disziplinierung noch haben konnte: Sie definierte Gut und Böse und sorgte durch die scharfe Trennung zwischen Freund und Feind für klare Verhältnisse. In einer Gesellschaft, deren Machthaber seit 1917 die traditionellen Werte und die Religion als moralische und sinnstiftende Autorität diffamiert hatten und in der gerade zu Beginn der 1930er Jahre Millionen Menschen infolge des totalen Umsturzes der Wirtschafts- und Sozialverfassung entwurzelt waren und nach neuer Orientierung suchten, war dieses Identifikationsangebot mit seiner Eindeutigkeit ein Faktor von großer Attraktivität. Die während der 1930er Jahre in der sowjetischen Presse durchgängig beschworene Kriegsgefahr war für die gesamte Gesellschaft identitätsbildend. Die Wahrnehmung einer existentiellen äußeren Bedrohung in Gestalt der Kapitalisten, der Japaner und der Faschisten – verdichtet seit 1936/37 infolge des Spanischen Bürgerkriegs und der japanischen Invasion in China – gab dem ab Mitte der 1930er Jahre propagierten Sowjetpatriotismus den nötigen Rückhalt.[114]

Die Fortwirkung des Bürgerkriegs lässt sich auch biographisch fassen.[115] Viele Parteifunktionäre der 1930er Jahre hatten im Bürgerkrieg ihre entscheidende Sozialisierung erfahren. Damals waren sie durch den Krieg aufgestiegen, hatten ihre Schlüsselqualifikationen im Krieg erworben, hatten gelernt, die Welt in Freunde und Feinde einzuteilen und die Feinde erbarmungslos zu bekämpfen. In den 1930er Jahren griffen sie auf dieses Wahrnehmungs- und Handlungsschema zurück, denn der allgegenwärtige Diskurs von den versteckten Feinden, die nur auf die Gelegenheit warteten, das sozialistische Aufbauwerk zu zerstören, entsprach ihren Erfahrungen. Wenn diese Männer in späteren Jahren mit ihrer meist nur notdürftig nachgeholten Ausbildung auf mittleren und hohen Posten bei der Leitung von Behörden oder Wirtschaftsorganisationen fachlich überfordert waren, und die Dinge aufgrund ihrer eigenen Unfähigkeit und derjenigen des ganzen Systems nicht so liefen, wie sie es sich vorgestellt hatten, griffen sie auf das im Bürgerkrieg eingeübte Erfolgsrezept zurück: Sie suchten nach «Feinden» und «Saboteuren», die angeblich den Aufbau hintertrieben, und bekämpften sie. Diese Art der Wahrnehmung und des Handelns war mit ein Grund für die Gewaltbereitschaft und Skrupellosigkeit der Träger des stalinistischen Systems und ihre Geringschätzung von Menschenleben. Die Vorstellung, sich im Krieg zu befinden, veränderte das Wertegefüge und die Handlungsmuster und senkte die Hemmschwelle bei der Gewaltanwendung. Man hatte es schließlich nicht mit Mitmenschen zu tun, sondern mit «Feinden».

Entscheidend für diese mentale Haltung war die Gewissheit des Sieges. Diese Siegesgewissheit beruhte auf der kommunistischen Ideologie, die mit wissenschaftlichem Anspruch die Suggestion einer unabwendbaren historischen Gesetzmäßigkeit erzeugte und damit dem aktivistischen harten Kern der Kommunisten und Komsomolzen die Kraft und den manchmal geradezu frappierenden Mut verlieh, als kleine Minderheiten gegen widersetzliche Mehrheiten anzutreten. Sei es im kleinen Maßstab in der Brigade oder im großen Maßstab beim Kollektivierungskrieg gegen das Dorf – immer wieder traten einzelne Aktivisten oder kleine Gruppen mit Energie und Unverfrorenheit auf, rissen die Initiative an sich und trieben die Mehrheit der Bevölkerung vor sich her.

Räume der Beschleunigung und Verdichtung

Damit das wohlgeordnete, moderne und fröhliche Leben im Sozialismus nicht nur eine abstrakte Utopie blieb, schufen die Bolschewiki abgegrenzte Räume, in denen die zu durchlaufende Entwicklung beschleunigt und verdichtet vorgeführt wurde. Auf diese Weise entstanden zeitlich oder räumlich abgegrenzte Kostproben des künftigen Lebens im Sozialismus.

Die einfachste und von Anfang an praktizierte Möglichkeit, solche Räume zu schaffen, war die Festlegung von sozialistischen Feiertagen und ihre Zelebrierung als öffentliches Massenspektakel. Die sozialistischen Feste traten an die Stelle der kirchlichen Feiertage, drückten wie diese dem öffentlichen Raum visuell und akustisch ihren Stempel auf, waren Teil der Erziehung zum «neuen Menschen» und boten Gelegenheiten zur Einbeziehung der Bürger in das sozialistische Gemeinwesen. Das Regime überließ daher die Gestaltung von Festen und die in ihrem Rahmen präsentierten Partizipationsangebote nicht dem Zufall, sondern unterzog sie einer sorgfältigen Planung und Inszenierung.[116]

Die Feste waren weit mehr als nur Zerstreuung und Ablenkung der Bevölkerung vom tristen Alltag. Sie stellten Legitimität durch emotionale Mobilisierung her und waren für das Regime Gelegenheiten, den Menschen ihre Botschaften über alle Sinneswahrnehmungen nahezubringen. Die großen Feiern zum Ersten Mai und zum Jahrestag der Oktoberrevolution hatten schon bald im Kalender der Menschen einen festen Platz. Freilich zeigte sich auch hier, was in vielen Bereichen zu beobachten war: Die Menschen fanden neben den offiziellen Paraden, Aufmärschen und den übrigen, von oben durchgeplanten Massenveranstaltungen durchaus auch ihre eigenen Formen, die sozialistischen Feste zu begehen. Letztere nahmen einen hybriden Charakter an, denn auf den offiziellen Teil folgte die volkstümliche Adaptierung mit Formen des Feierns, die nicht immer dem Ideal des «neuen

Menschen» entsprachen, sondern auf Althergebrachtes verwiesen: ausgiebiger Alkoholkonsum, Verwandtenbesuche, Beisammensitzen im kleinen, nicht öffentlichen Kreis. Orthodoxe religiöse Praktiken bestanden in den 1930er Jahren fort, vor allem auf dem Land. Das Bemühen des Regimes, die Macht der religiösen Feiern durch Gegenveranstaltungen zu brechen, mündete in eine synkretistische Mischung aus traditionellen und sowjetischen Mustern, wenn etwa das Osterfest mit den Maifeiern verschmolz oder Stalin 1935 den «Neujahrsbaum» einführte.

Kennzeichnend für die 1930er Jahre waren die Militarisierung und Standardisierung der Feste und ihre Gestaltung als nach einem festen Schema organisierte Massenveranstaltungen. Die Teilnahme wurde nicht der individuellen Entscheidung überlassen, sondern man sorgte für den nötigen Gruppendruck, indem die Belegschaften der Betriebe, Schulklassen und Organisationen geschlossen aufzumarschieren hatten. Das Ergebnis bestand nicht nur im Zwang zur Konformität, sondern auch in einem ästhetisch-emotionalen Erlebnis mit Musik, zur Schau gestellter Geschlossenheit und geschmückten Straßen. Zu sowjetischen Feiertagen gehörte auch eine vorübergehend bessere Versorgung: In den Geschäften tauchten plötzlich Waren auf, die es sonst nicht oder nur in unzureichender Menge gab, bis hin zu Sekt und Kaviar. Die Choreographie der Aufmärsche setzte den «neuen Menschen», eingebettet in eine Rangordnung, in Szene: Die Propagandabilder zeigen Menschen mit vor Kraft und Gesundheit strotzenden, athletischen Körpern und frohen, entschlossenen Gesichtern, die in sauberer, uniformähnlicher Kleidung exakte Marschblöcke bilden und dabei eine Hierarchie verkörpern: an der Spitze die Stoßarbeiter und Stachanovisten, dahinter die Werksabteilungen in der Reihenfolge ihrer Leistung – die höheren Funktionäre und Parteiführer aber nicht im Marschblock, sondern auf der Tribüne.

1928 wurde in Moskau der «Zentrale Kultur- und Erholungspark» (seit 1932: «Gor'kij-Park») eröffnet.[117] Er stellte den ersten Versuch einer räumlichen Manifestation des Sozialismus dar und wurde zum Vorbild vieler ähnlicher Einrichtungen in sowjetischen Großstädten. Im Kultur- und Erholungspark vereinigten sich der Erziehungsanspruch des Stalinismus, die sozialistische Stadtplanung sowie das Bemühen, eine den sozialistischen Ansprüchen genügende Freizeitkultur zu schaffen. Mit seiner den Regeln des sozialistischen Realismus folgenden Ästhetik und funktionierenden Infrastruktur bildete der Park, der täglich von 30 000 Besuchern frequentiert wurde, einen Mikrokosmos inmitten von Moskau. Ursprünglich nach dem Muster des Berliner Lunaparks als Erholungs- und Vergnügungsanlage gedacht, wie sie seit dem 19. Jahrhundert in vielen westlichen

Großstädten existierten, wurde der Park um 1930 ideologisch aufgeladen. Er sollte Kultiviertheit (*kul'turnost'*) vermitteln. *Kul'turnost'* war damals in aller Munde. Man meinte damit die Überwindung der als rückständig gebrandmarkten dörflichen Lebensweise, die Millionen von Migranten in die Großstädte mitgebracht hatten. *Kul'turnyj* zu sein, hieß, sich zivilisiert zu benehmen, auf Hygiene zu achten, sich durch Sport gesund und leistungsfähig zu halten, sich ordentlich zu kleiden, über eine gewisse Allgemeinbildung zu verfügen, die wichtigsten Werke der Literatur, Musik und Malerei zu kennen, ein angepasstes und leistungsbereites Glied der Gesellschaft zu sein. Für all dies stellte der Kultur- und Erholungspark Angebote bereit: Man konnte Sport treiben, vom Fallschirmturm springen, ins Kino gehen, Theateraufführungen beiwohnen, Attraktionen bewundern, sich in Restaurants und Cafés versorgen lassen, aber eben auch Bücher ausleihen, Vorträge, Konsultationen und Kurse zu verschiedenen Themen besuchen, an Diskussionsrunden teilnehmen, sich über die politische Lage im Ausland informieren oder nach dem Duschbad beim Friseur sein Äußeres in Ordnung bringen lassen und einen Tanzkurs absolvieren. Dabei war durchaus nicht alles banal und seicht: Neben halbgebildeten Instruktoren, die den Spanischen Bürgerkrieg schlecht und recht erklärten, neben Stars der sowjetischen Unterhaltungsmusik traten im Kulturpark auch Künstler von internationalem Rang wie David Ojstrach oder Artur Rubinštejn auf.

Der Kulturpark war kein Ort der Flucht aus der Realität, sondern Bestandteil des stalinistischen Herrschaftssystems: Er verkörperte Ordnung, er diente der Indoktrination und er erzeugte einen sozialen Druck, sich gemäß den Erwartungen zu verhalten. Kollektivität und Massenerlebnis waren das Ziel, nicht individuelle Vergnügung. Allerdings zeigte sich auch hier, dass sich die Besucher nicht immer den vorgegebenen Normen unterwarfen, sondern sich den Park auf ihre Weise aneigneten. Klagen über «Hooligans» und übermäßigen Alkoholkonsum legen davon Zeugnis ab. Die für ihren treffenden Humor bekannten zeitgenössischen Satiriker Il'f und Petrov vermittelten 1932 in einem – in der Parteizeitung *Pravda* publizierten – Feuilleton das Bild eines armseligen, plump-bürokratisch ideologisierten und an den Bedürfnissen der Besucher völlig vorbeigehenden Angebots.[118] In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre wurden die erzieherischen Ansprüche zunehmend von einer konsumorientierten Massenunterhaltung verdrängt. Die Angebote des Parks sanken zur standardisierten Routine ab und nach dem Zweiten Weltkrieg fungierte er überwiegend nur noch als Ort der Erholung und des inhaltslosen Amüsements.

Im Sinne eines Schaufensters der sozialistischen Zukunft kam der Stadt Moskau insgesamt eine besondere Bedeutung zu, denn sie war der Ort,

den nicht nur die Sowjetbürger, sondern auch die meisten ausländischen Besucher der Sowjetunion zu Gesicht bekamen. 1930/31 war die Parteiführung zu der Überzeugung gelangt, dass in Bezug auf Moskau dringender Handlungsbedarf bestehe, denn die Zustände im Hinblick auf Wohnraum, Verkehr, Bebauung und kommunale Infrastrukturen waren unerträglich geworden. Man löste die Stadt aus dem Gebiet heraus, gab ihr eine eigene Verwaltung und ein eigenes Parteikomitee und setzte als dessen Leiter das Politbüromitglied Lazar' Kaganovič ein.[119] Kaganovič trieb unverzüglich die Ausarbeitung eines Aktionsprogramms voran, um Moskau zur sozialistischen Musterstadt zu machen. Das Programm wurde im Juni 1931 als Resolution des Zentralkomitees verabschiedet, was auf seine hohe Priorität und grundsätzliche Bedeutung für das gesamte Land verweist.[120] Es formulierte Leitlinien für die künftige Entwicklung der Kommunalpolitik in der Sowjetunion und umriss ein Maßnahmenpaket für die Stadt Moskau. Die zentralen Bestandteile dieses Maßnahmenpakets waren die Ausarbeitung eines Bebauungsplanes für Moskau und der Bau einer Untergrundbahn.

Der «Generalplan für die Rekonstruktion Moskaus» hatte wegweisende Funktion für den Städtebau der Sowjetunion.[121] Seine Ausarbeitung begann im November 1931 mit dem Auftrag an sieben Architektenbrigaden, Vorentwürfe zu erstellen. Neben führenden sowjetischen waren auch drei prominente deutsche Architekten vertreten: der ehemalige Stadtbaurat von Frankfurt, Ernst May, der 1930 wegen kommunistischer Betätigung entlassene Direktor des Dessauer Bauhauses, Hannes Meyer, und der ehemalige Stadtbaumeister von Köln, Kurt Meyer, ebenfalls ein KPD-Mitglied.[122] Die von den Brigaden vorgelegten Entwürfe liefen auf eine radikale Neugestaltung Moskaus hinaus. Sie waren zum Zeitpunkt ihrer öffentlichen Präsentation in sowjetischen Zeitschriften eigentlich schon hinfällig, denn Kaganovič bekräftigte 1932 seine Ablehnung kulturrevolutionärer Ansätze und beauftragte 1933 zehn andere Projektwerkstätten mit der Erstellung neuer Entwürfe, die von den historisch gewachsenen Gegebenheiten auszugehen hatten. Nach wiederholten Interventionen des Politbüros wurde der Generalplan für die Rekonstruktion Moskaus schließlich im Juli 1935 verabschiedet.[123]

Der Generalplan behielt die radial-konzentrische Struktur Moskaus bei und veränderte die Stadt nicht grundsätzlich, sondern teilte sie in Zonen ein, in denen jeweils unterschiedliche Nutzungen dominieren sollten. Trotz der Absage an eine komplette Neugründung der Stadt sollte der Plan das Gesicht Moskaus gründlich verändern. Die zeitgenössische Propaganda bezeichnete ihn als «Angriff auf das alte Moskau» und auch Kaganovič

apostrophierte ihn als «Kriegsplan».[124] Dabei sollten die vorgesehenen Eingriffe im historischen Stadtzentrum in erster Linie eine visuelle Umcodierung auf die Hierarchie des Sowjetstaates bewirken: Die verfallenen Geschäftsfassaden der Hauptstraßen rund um den Kreml sollten eindrucksvollen Regierungsgebäuden weichen. Neue Magistralen sollten angelegt, ganze Viertel abgerissen und über die Stadt verteilt große Monumentalbauten errichtet werden, allen voran der Palast der Sowjets, ein gigantisches Bauwerk, den man an die Stelle der 1931 gesprengten Christerlöserkathedrale setzen und mit ihm alle Wolkenkratzer der Welt in den Schatten stellen wollte.[125]

Der Plan wurde allerdings nur mit Abstrichen verwirklicht. Die bekannten Hochhäuser im stalinistischen «Zuckerbäckerstil», die heute das Stadtbild prägen und gerne mit dem Generalplan in Verbindung gebracht werden, sind ein Werk der Nachkriegszeit und waren ursprünglich so nicht vorgesehen. Sie ersetzten vielmehr den grandiosen Palast der Sowjets, der nicht über die Baugrube hinauskam. (Man machte schließlich ein Freiluftschwimmbad daraus, und nach dem Ende der Sowjetunion wurde die Christerlöserkathedrale wieder rekonstruiert.) Dem Roten Platz blieben der Abriss des berühmten, 1893 errichteten Warenhauses GUM und der Bau eines gigantischen Gebäudes für das Volkskommissariat für Schwerindustrie erspart. Nur wenige der geplanten Schneisen wurden geschlagen. Die wichtigste davon war die auf den Roten Platz zulaufende Tverskaja-Straße (1933–1991: Gor'kij-Straße), die auf 60 Meter verbreitert wurde und einen völlig neuen Charakter erhielt.[126]

Zweifellos veränderte sich in diesen Jahren das Gesicht Moskaus: Die enge, verwinkelte Innenstadt wich großzügigen Plätzen und Straßen. Die imperiale Architektur demonstrierte, dass an die Stelle der alten, von Kaufleuten geprägten Stadt etwas Neues, Autoritäres getreten war. Verkehrssystem und Infrastruktur wurden modernisiert, am Stadtrand entstanden große neue Wohnkomplexe. Die vorgesehene Raumordnung wurde jedoch nicht eingehalten. Man baute weiterhin Fabriken, wo sie laut Bebauungsplan nicht errichtet werden durften. Weder die städtische Wirtschaftsplanungsbehörde noch die zentralen Branchenministerien hielten sich an den Generalplan.[127]

Der Generalplan gilt als der Inbegriff stalinistischen Städtebaus, enthält aber bei näherem Hinsehen zentrale Elemente frühneuzeitlicher Hauptstadtarchitektur und bürgerlicher Stadterneuerung des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts. Die optische Verstärkung des radialkonzentrischen Straßennetzes mit symmetrisch auf den Sitz des Herrschers zulaufenden Achsen steht in der Tradition der Symbolisierung von absolu-

tistischer Macht. Das Abreißen von engen und verwinkelten Stadtvierteln und die großzügige Neustrukturierung des Raumes erinnern an die Planungen von Baron Haussmann für Paris, Otto Wagners Generalplan für Wien (1911) oder die Planungen von Daniel Burnham und Edward Bennett für Chicago (1909). Anleihen nahm man auch bei der Hauptstadtsemantik von Washington, beim deutschen Städtebau der 1920er Jahre und beim 1931 verabschiedeten Generalplan für Rom. Aus den sowjetischen Diskussionen über die sozialistische Stadt übernahm der Generalplan die Bedeutung des Stadtgrüns, einer modernen Verkehrsplanung und der großzügigen Ausstattung mit Einrichtungen der sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Infrastruktur.[128]

Die Vision von der sozialistischen Stadt stand auch bei den Generalplänen für neue Industriestädte Pate, die während der ersten beiden Fünfjahrespläne errichtet wurden. Auch hier versuchten sich die ausländischen Architekten einzubringen. Ernst May war 1930 an den Planungen für die Stadt Magnitogorsk im Ural beteiligt und seine Ideen von der sozialistischen Stadt flossen 1933 auch in die Entwürfe für Groß-Prokop'evsk im westsibirischen Kohlerevier (Kuznecker Becken) ein.[129] In beiden Fällen hatte das, was am Ende herauskam, wenig zu tun mit den Utopien der Planer. Die Realität in den neuen Industriestädten war vielmehr von Improvisation und Unvermögen gekennzeichnet. «Das Ergebnis [...] ist geradezu niederschmetternd», schrieb der Architekt Walter Schwagenscheidt 1932 nach einer Besichtigung von Magnitogorsk. «Ohne Wasserleitung, ohne Kanalisation, [...] Klosetts vor dem Haus und auf der ‹Straße›, letztere ist selbstverständlich nicht da, sondern nur furchtbar zertrampelter und zerfahrener Matsch bei Regen und bei Trockenheit Staub.»[130] Erst ab Mitte der 1930er Jahre verbesserten sich die katastrophalen Verhältnisse durch die Errichtung von Wasserleitungen, Kanalisation und zusätzlichem Wohnraum, doch von sozialistischen Musterstädten konnte weiterhin nicht die Rede sein.

Eine reale Kostprobe der sozialistischen Stadt brachte man nur in Moskau und unter äußerster Konzentration aller Kräfte zustande: Die 1935 eröffnete Moskauer Metro wurde als Aufbruch in den Sozialismus überhöht. «Wir bauen die beste Metro der Welt», lautete die Parole. In ihrer Eigenschaft als schnelles und modernes Fortbewegungsmittel war die Untergrundbahn ein Symbol für das Sich-Zubewegen des Landes in Richtung auf den Sozialismus. Der Metrobau stand für Tempo, Zielstrebigkeit, Disziplin, Enthusiasmus und die Bewältigung modernster Technik. In Wirklichkeit war der Bau von allerlei Pannen und Friktionen gekennzeichnet gewesen, aber das tat der Propaganda keinen Abbruch.[131] Die Eröffnung

der ersten beiden Linien war ein sorgfältig ausgedachtes Spektakel, das sich über vier Monate hinzog, um maximale Wirkung auf die Menschen zu zeitigen. Noch bevor die ersten Strecken offiziell dem Verkehr übergeben wurden, wurden ausgewählte Gruppen der Bevölkerung zu Probefahrten eingeladen. Die ersten waren eine Gruppe von Bauarbeitern, gefolgt von den Delegierten des 7. Sowjetkongresses im Februar 1935. Einige Tage später durften die Delegierten des in Moskau tagenden Kolchoskongresses fahren. Die Zeitungen berichteten, wie die aus der gesamten Sowjetunion versammelten Kolchosbauern das Wunderwerk bestaunten. Im April 1935 durften 500 000 Stoßarbeiter als Belohnung für ihre Leistung mit ihren Familien Besichtigungsfahrten mit der Metro unternehmen. Zwischendurch waren ausländische Diplomaten eingeladen, fuhr Stalin mit seinen engsten Gefolgsleuten, unternahmen Schulen Exkursionen in die Metro.

Die offizielle Inbetriebnahme erfolgte am 15. Mai 1935 im Rahmen eines dreitägigen Volksfestes. Lazar' Kaganovič bezeichnete in seiner mehrfach von stürmischem Beifall unterbrochenen Rede die Untergrundbahn als «Sieg des Sozialismus» und Beweis für die neue Kultur des «neuen Menschen», den die Bolschewiki inzwischen hervorgebracht hätten. Die Sowjetunion habe nun schon damit begonnen, den kapitalistischen Westen zu übertreffen. Moskau habe sich von der «alten, schwerfälligen Kaufmannsstadt» in eine dynamische sozialistische Industriestadt verwandelt, konnte man in den zur Eröffnung gedruckten Broschüren lesen. 350 000 Menschen fuhren am ersten Betriebstag mit der Metro. Viele waren in Festtagskleidung und mit ihrer Familie gekommen. Das Bauwerk wurde der Bevölkerung als unterirdischer Gegenentwurf zur noch rückständigen oberirdischen Welt präsentiert, als Schaufenster für das, was bald im ganzen Land geschaffen werde: ein wohlgeordnetes Gemeinwesen, auf dem neuesten Stand der Technik, hell, sauber, effektiv und dabei gleichzeitig ein ästhetischer Genuss, denn bei der Architektur der Stationen und Eingangsvestibüle hatte man Wert auf Pracht und Repräsentation gelegt. Zeitungsreportagen suggerierten dem Leser, dass in diesem Mikrokosmos «Metro» nun das sozialistische Zeitalter begonnen habe: «Hier zeigen sich schon solche Ordnung und kristallisieren sich solche Verhaltensnormen heraus, die völlig frei sind von groben Sitten, die in unserem oberirdischen Leben noch lange nicht abgelegt sind», schrieb die Zeitung *Rabočaja Moskva*, und die *Komsomol'skaja pravda* zitierte einen Passagier mit den Worten: «Hier rauchst du dir keine an, hier spuckst du nicht aus».[132]

Kaganovič resümierte in seiner Eröffnungsrede 1935 den Unterschied zu den Ingenieursbauten des Kapitalismus: «Die Untergrundbahnen in kapitalistischen Städten werden dunkel, einförmig, trostlos gebaut. Der

Mensch kommt müde von der Arbeit, steigt hinunter in das Düster der Gruft, setzt sich in den unterirdischen Zug und spürt keine Erholung, sondern wird noch müder. Wir haben eine andere Gesellschaft. [...] Der sozialistische Staat kann sich ein Bauwerk für das Volk erlauben, das mehr kostet, aber dafür Bequemlichkeit gibt, besseres Befinden, künstlerischen Genuss für die Bevölkerung. Wir wollen, dass dieses Bauwerk, das größer ist als irgendein anderer Palast, ein Theater, Millionen Menschen bedient, dass dieses Bauwerk den Geist des Menschen beflügelt, sein Leben erleichtert, ihm Erholung und Vergnügen verschafft. Unser Arbeiter, der in der Metro fährt, soll sich in diesem Bauwerk munter und froh fühlen [...]. Darum, Genossen, haben wir solch eine Untergrundbahn gebaut, wo der Mensch, der sich in die Station begibt, sich wie in einem Palast fühlt.»[133]

Der «neue Mensch» hatte sich ein würdiges Bauwerk geschaffen, und das Bauen an diesem Werk hatte wiederum «neue Menschen» hervorgebracht. Die Arbeit an der Metro war nämlich regelrecht zur «Schmiede des neuen Menschen» hochstilisiert worden. Sie war der Ort, wo dieser Typus nicht Wunschvorstellung blieb, sondern bereits im Hier und Jetzt Gestalt annahm: «Während ich bei der Metro arbeitete, vergaß ich nicht eine Minute mein kulturelles Wachstum. Die Schicht arbeitete ich im Schacht, dann ging ich in die Arbeiterfakultät studieren. [...] Die Arbeiterfakultät habe ich noch nicht abgeschlossen, aber dafür habe ich die große Universität Metrostroj [Metrobau] durchlaufen, die mich viel gelehrt hat. Ich kann jetzt unter beliebigen Bedingungen arbeiten.»[134] So schrieb ein Arbeiter im Mai 1935 unter der Überschrift «Bei der Metro bin ich gewachsen» in der Betriebszeitung seiner Baustelle, und derartige Äußerungen wurden damals in großer Zahl zu Papier gebracht.[135]

Hinter diesem Diskurs von der Transformation standen durchaus praktische Maßnahmen, mit denen man versuchte, auf die Arbeiter im Sinne einer Umerziehung und Verhaltensmodifikation einzuwirken. Diese Maßnahmen reichten vom «sozialistischen Wettbewerb» über die «politische Massenarbeit», die Erziehung zu kultiviertem Leben bis hin zu Alphabetisierungskursen und Freizeitangeboten, um die Arbeiter vom Trinken, Raufen und Kartenspielen abzuhalten. Auch bei diesen Einwirkungsversuchen kam den Mitgliedern von Partei und Komsomol eine wichtige Rolle zu, denn von ihnen wurde erwartet, ihre Arbeitskollegen am Arbeitsplatz und in den Baracken zu beobachten, zu beeinflussen und unter Druck zu setzen. Die praktische Umsetzung all dessen war eher kläglich, aber der Anspruch wurde nichtsdestoweniger aufrechterhalten. Das Reden und Schreiben von der Transformation zum «neuen Menschen» war

ohnehin eine Projektion stereotyper Idealvorstellungen und erscheint vor dem Hintergrund der Probleme des realen Lebens als ein Mittel der Krisenbewältigung.

Traditionalistische Wende

Das offizielle Leitbild der persönlichen Lebensführung war Mitte der 1930er Jahre einem Wandel unterworfen. Nicht mehr der hemdsärmelig-proletenhafte Habitus, wie ihn die Bolschewiki der 1920er Jahre gepflegt hatten, war angesagt, sondern ein gepflegtes Äußeres und Kultiviertheit in einem geradezu bürgerlichen Sinn. Ein guter Kommunist lief nun nicht mehr in der geflickten Bauernbluse mit dem Revolver am Gürtel herum, sondern in Anzug und Krawatte, selbstverständlich glatt rasiert und mit ordentlicher Frisur. Das neue Ideal galt gleichermaßen für Männer wie Frauen. Das weibliche Geschlecht sollte wieder attraktiv sein, adrette Kleidung tragen, Parfüm und Schminke benutzen. Diese Veränderung war Teil eines kulturellen Wandels, der mit dem 17. Parteitag im Februar 1934 einsetzte. Stalin verkündete nun, dass mit dem Abschluss des ersten Fünfjahresplans und der Kollektivierung der Kapitalismus endgültig beseitigt und die Grundlagen für die sozialistische Wirtschaft geschaffen seien. Er leitete damit eine Phase der Konsolidierung und Stabilisierung ein, die eine gewisse Rückkehr zur Normalität brachte.[136] Die Kulturrevolution gehörte nun endgültig der Vergangenheit an. Früher als «bürgerlich» diffamierte Werte kamen wieder zu Ehren. Der Wandel hing zusammen mit dem Aufkommen einer neuen, schnell ausgebildeten und häufig aus einfachsten Verhältnissen stammenden Schicht von Funktionären und Fachleuten, die sich bei ihrem sozialen Aufstieg am bürgerlichen Lebensstil der älteren Generation von Spezialisten orientierten.

Indem die Planwirtschaft und die Sowjetbürokratie ein riesiges und stetig anwachsendes Heer von Mitarbeitern erzeugten, formierte sich die Gesellschaft in einer neuen Hierarchie, die mit großen Einkommensunterschieden und einem abgestuften System materieller Privilegien einherging. Den Kern der Gesellschaft bildete eine neue Mittelschicht aus Funktionären, Fachleuten, Akademikern, hohen Militärs und gut bezahlten Bestarbeitern. Diese neue Mittelschicht hatte einen anderen Charakter als die Revolutionäre von 1917. Ihre Angehörigen wollten die Früchte ihrer Ausbildung und Arbeit ernten, ihren Familien einen gewissen Lebensstandard bieten, in ordentlichen Verhältnissen wohnen, als kultivierte Menschen auftreten. In politischer Hinsicht waren die neuen Bürokraten und Fachleute absolut loyal, sie zweifelten nicht an den Verheißungen des Kommunismus. In kultureller Hinsicht waren sie konservativ und auf materiellen Wohlstand ausgerichtet.

Die kulturellen Veränderungen lassen sich einerseits als Manifestation dieses neuen Funktionärstyps verstehen, der auf allen Ebenen Einzug hielt, andererseits als ein Entgegenkommen des Regimes, um die Zufriedenheit und dauerhafte Loyalität eben dieser Schicht zu befördern. Als «Big Deal» des Regimes mit den Mittelschichten und als «Großer Rückzug» ist diese Politik charakterisiert worden.[137] Teil des Entgegenkommens waren die im zweiten Fünfjahresplan (1933–1937) vorgesehenen höheren Investitionen in der Konsumgüterindustrie. Die Schaufenster der Geschäfte füllten sich mit Waren, die es jahrelang nicht gegeben hatte. Neben erschwinglichen Produkten für die Mittelschicht tauchten nun auch wieder Luxusgüter für Angehörige der Elite auf, denn wer gut verdiente, erwartete, dafür auch etwas kaufen zu können. Im Oktober 1934 wurde auf der Moskauer Gor'kij-Straße im ehemaligen Eliseev-Palast ein prachtvoller Feinkostladen (das «Gastronom Nr. 1») eröffnet und in einer aufwändigen Kampagne beworben. Zeitschriften informierten die Sowjetbürger über Mode und Wohnungsausstattung. Tanzschulen – viele Jahre als Ausfluss einer dekadenten Bürgerlichkeit verfemt – wurden nun allerorten eröffnet. Diese neue sowjetische Konsumkultur – besser gesagt: die Inszenierung einer solchen, denn es herrschte nach wie vor Mangelwirtschaft – unterschied sich von dem spartanischen Lebensstil, den die Bolschewiki nach der Revolution gepredigt hatten. «Sozialismus bedeutet nicht Elend und Entbehrungen, sondern die Beseitigung von Elend und Entbehrungen, die Organisierung eines kulturvollen Lebens im Wohlstand für alle Mitglieder der Gesellschaft», erklärte Stalin 1934. «Der Mensch ist ein Mensch. Er möchte etwas für sich haben», sagte er 1935 auf einer Kolchoskonferenz und wandte sich gegen die Vorstellung, das Streben nach Privateigentum sei etwas Verbrecherisches. Es werde noch lange dauern, die Psyche der Menschen so umzugestalten, dass sie diese natürlichen Instinkte überwänden und sich dem kollektiven Leben zuwendeten.[138]

Das Entstehen der neuen Mittelschicht ging einher mit einer Veränderung in der Familienpolitik. Sie spiegelte die Werthaltungen der neuen Funktionärselite, war Ausdruck des Scheiterns der in den 1920er Jahren propagierten Utopien von neuen kollektiven Lebensformen, aber auch schlichtweg eine Antwort der Führung auf die demographische Krise, die als Folge der Stalinschen Revolution von oben eingetreten war: Millionen Menschen waren verhungert oder Opfer des Terrors geworden. Um die Geburtenrate zu erhöhen, propagierte die Parteiführung nun Mutterschaft als zentralen Lebensinhalt und änderte die Ehe- und Familiengesetzgebung zugunsten von mehr Stabilität der Beziehungen. 1936 wurde die Ehescheidung erschwert, die Abtreibung verboten und das Kindergeld erhöht.

Eine bloße Rückkehr zu traditionellen Vorstellungen von Familie und weiblicher Mutterrolle war das allerdings nicht. Von den Frauen wurde neben der Mutterschaft auch Berufstätigkeit erwartet, und die Familie sollte nicht der Hort eines von der Gesellschaft abgesonderten Privatlebens und der individuellen Selbstverwirklichung sein, sondern Pflichten gegenüber der sozialistischen Gesellschaft erfüllen: Von der Familie wurde erwartet, dass sie dem Staat körperlich und moralisch gesunde Kinder schenkte und sie im sozialistischen Geiste zu guten Bürgern der Sowjetunion erzog.[139] Grundsätzlich sollte das Verhalten des Individuums der Kontrolle durch die Gesellschaft unterliegen, aber man gestand den Menschen eine familiäre Sphäre zu. Zeichen dieses Wandels war der Bau von Privatwohnungen. Diese waren allerdings für den Normalbürger noch unerreichbar und stellten ein Privileg für Funktionäre und Angehörige der neuen Mittelschicht dar. Die wichtigen Ministerien errichteten in Moskau Wohnanlagen mit Einzelwohnungen für ihre leitenden Mitarbeiter. Die Masse der städtischen Bevölkerung musste weiterhin mit Baracke oder Kommunalka vorlieb nehmen.

Leitbild war nicht mehr die Aktivistin, die wegen der ständigen Versammlungen ihre Familie vernachlässigte, sondern die Arbeiterin, die ihren Beitrag zur Volkswirtschaft mit der Mutterrolle vereinbarte. Stalin selbst besuchte unter großer propagandistischer Aufmachung im Oktober 1935 seine alte Mutter in Tiflis. Mit dieser Aufwertung von Familie und Elternschaft korrespondierte die Selbstdarstellung des Regimes mit Familienmetaphern, wobei man an ältere russische Traditionen anknüpfen konnte: Stalin als «Vater des Sowjetvolks» war eine Neuauflage des «Väterchen Zar». Die Stärkung der Familie war auch eine Stärkung der traditionellen Autoritäten. Während noch vor kurzem der gegen seine rückständigen Eltern rebellierende revolutionäre Jugendliche propagiert wurde, hieß es ab 1935, dass die Kinder und Jugendlichen ihren Eltern Respekt erweisen sollten.[140] In den Schulen waren schon ab 1931 die Experimente der 1920er Jahre beendet und die Prinzipien Autorität, Hierarchie und Wissensvermittlung wieder eingeführt worden.[141]

Die traditionalistische Wende wirkte sich zwangsläufig auf die Kulturpolitik aus. Diese wurde rigider, würgte die avantgardistischen und kulturrevolutionären Strömungen seit Anfang der 1930er Jahre ab und zielte auf eine Normierung und Kontrolle des Kulturbetriebs. Nicht mehr kreative Vielfalt, sondern Gleichschaltung war angesagt. Futuristische Experimente waren nicht mehr erwünscht; Literatur, bildende Kunst, Musik und Film sollten von nun an volksnah und für die breiten Massen verständlich sein und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft durch eine positive Grund-

stimmung, Parteilichkeit und vorbildliche Helden unterstützen. «Sozialistischer Realismus» hieß die Formel, die 1932 für die Kulturschaffenden zur verbindlichen Norm erklärt wurde. Der «sozialistische Realismus» integrierte unterschiedliche kulturelle Strömungen, kann aber insgesamt als antimodern charakterisiert werden.[142] Er forderte, wie das ZK-Mitglied Andrej Ždanov 1934 auf dem Gründungskongress des sowjetischen Schriftstellerverbandes ausführte, dass der Künstler «Wahrhaftigkeit und historische Konkretheit» mit der «ideologischen Umformung und Erziehung der Werktätigen im Geiste des Sozialismus» verbinden müsse.[143] Das hieß gerade nicht, dass die Künstler ein realistisches Abbild der Wirklichkeit produzierten, wie der Terminus «Realismus» suggerieren könnte, sondern dass sie eine idealisierte Wirklichkeit zeigen sollten. In der Praxis lief das auf die harmonisierende Beschreibung eines Soll-Zustandes von Glück, Zufriedenheit und sozialistischem Einklang hinaus.[144]

Um die Konformität der Künstler zu gewährleisten, wurden einheitliche Kulturverbände gegründet, beginnend 1934 mit dem Schriftstellerverband. Diese Verbände wurden zwar erst ab 1946 zu bürokratischen Apparaten ausgebaut, die eine wirksame Kontrolle über den gesamten Kulturbetrieb ausüben konnten, aber in den 1930er Jahren war das Regime dennoch schon in der Lage, die Kulturschaffenden zu lenken und einen erstickenden Konformitätszwang zu erzeugen. Instrumente der Lenkung waren die Zensur und die Abhängigkeit der Künstler von öffentlichen Aufträgen, Publikations- und Aufführungsmöglichkeiten.[145] Intellektuelle und Künstler wurden von der Geheimpolizei intensiv überwacht. Die oberste Führung war daran interessiert, was auf Treffen gesprochen wurde, und mischte sich selbst in Kleinigkeiten ein: Das Politbüro befasste sich etwa mit der Teilnahme sowjetischer Geiger an einem Wettbewerb in Brüssel, dem Spielplan einzelner Bühnen oder der Entfernung moderner Malerei aus der Tret'jakov-Galerie.[146] Konformität war allerdings nicht nur das Ergebnis von Überwachung und Gängelung. Viele Kulturschaffende dienten sich dem Regime an. Maksim Gor'kij, Il'ja Ėrenburg, Aleksej Tolstoj, um nur die prominentesten Schriftsteller zu nennen, überschlugen sich geradezu in Lobpreisungen der neuen Rolle, die der Kunst im Sozialismus zukomme.[147] Andere bedeutende Künstler hingegen wurden ausgegrenzt. Michail Bulgakov konnte nicht mehr publizieren, Anna Achmatova wurde durch die Verhaftung ihres Sohnes und ihres Ehemannes eingeschüchtert, Osip Mandel'štam wurde verhaftet und starb 1938 im Arbeitslager, Dmitrij Šostakovič geriet wegen der angeblich «formalistischen» und «chaotischen» Musik seiner (vor dem Publikum erfolgreichen) Oper «Lady Macbeth von Mzensk» 1936 unter Beschuss, nachdem Stalin eine Aufführung

angewidert verlassen hatte. Šostakovič passte sich allerdings in weiterer Folge an und wurde 1937 wieder in den offiziellen Kulturbetrieb integriert.

Neben der Hochkultur richtete die Politik ihr Augenmerk auch auf die Populärkultur. Diese konnte ab Mitte der 1930er Jahre mit größerem Erfolg als davor in den Dienst des sozialistischen Aufbaus gestellt werden. Ein Markstein war der Film «Die fröhlichen Jungs» aus dem Jahre 1934, für den Isaak Dunaevskij ein Lied komponierte, das zum Prototyp des sowjetischen Massenliedes werden sollte: den «Marsch der fröhlichen Jungs». Dieses überaus populäre Lied entsprach den Erfordernissen des «sozialistischen Realismus» und war ein wichtiger Beitrag zur sowjetischen Identitätsstiftung: Massenhaft gespielt und gesungen, transportierte es Optimismus, Freude und Durchhaltevermögen. Dunaevskijs Musik spielte einen wichtigen Part in der Verkündung märchenhafter gesellschaftlicher Idealzustände. Sie vermochte zu begeistern, Glauben und Zuversicht zu vermitteln und war im Grunde eine Variation von Stalins berühmt-berüchtigtem Diktum «Das Leben ist besser, das Leben ist froher geworden.» Das Massenlied neuen Typs schaffte es zwar nicht, die als dekadent verpönten sentimentalen Zigeunerromanzen, Tangos und Foxtrotts völlig zu verdrängen, aber es war unzweifelhaft erfolgreich und ist zusammen mit anderen Kompositionen Dunaevskijs bis heute in Russland populär.[148]

Sowjetpatriotismus

In den Kontext des kulturellen Wandels und der Rückbesinnung auf Traditionen gehören auch eine Wiederbelebung von Patriotismus und Geschichtsbewusstsein sowie eine Umwertung des Verhältnisses zwischen Russen und den anderen Nationalitäten. In den 1920er Jahren hatten die Bolschewiki Wert darauf gelegt, dass ihr Auftreten in der Peripherie nicht den Anschein von Russifizierung erweckte. In den 1930er Jahren verschob sich die Wertung: Als Problem wurde nun weniger der «großrussische Chauvinismus» als vielmehr der partikulare Nationalismus der anderen empfunden. Im Sommer 1934 begann die Propaganda damit, den sogenannten Sowjetpatriotismus zu verkünden, der den partikularen Nationalismus der Völker der UdSSR überwölben sollte. War der Sowjetpatriotismus anfangs auf das «internationalistische Vaterland» und die Liebe zur gesamtsowjetischen Heimat zugeschnitten, so kam ab 1937 eine russisch-nationale Komponente hinzu. Das russische Volk war nun in der Propaganda das «große» russische Volk, das «erste unter gleichen», dem die anderen Freundschaft, Liebe und Dankbarkeit entgegenbrachten, weil es den «zurückgebliebenen Nationen» beim Aufbau des Sozialismus half.[149]

Eine Kommission des Politbüros stellte 1934 fest, dass der Geschichts-

unterricht in den Schulen zu sehr auf die sozialen Verhältnisse ausgerichtet sei, und forderte eine stärkere Berücksichtigung der politischen Ereignisse. In den 1937 fertiggestellten neuen Schulbüchern kamen die großen Figuren der russischen Geschichte, die man zwischendurch an den Rand gedrängt hatte, wieder zu Ehren. 1937/38 befürwortete das Politbüro die Produktion von Spielfilmen über Peter den Großen und über den russischen Nationalhelden Aleksandr Nevskij, der 1242 die deutschen Ordensritter geschlagen hatte, sowie über Minin und Požarskij, die 1612 die Polen aus Moskau vertrieben hatten. Stalin würdigte 1937 sogar die Zaren dafür, dass sie das Reich zusammengehalten hatten.[150] Im selben Jahr wurde der 100. Todestag von Aleksandr Puškin mit aufwändigen offiziellen Feiern begangen. Puškin wurde zu einem Protagonisten der Freiheit und der Revolution stilisiert, aber es ging auch darum, ihn als russischen Nationaldichter für die Sowjetunion zu vereinnahmen.[151]

Die Rückbesinnung auf die Russen als tragendes Staatsvolk war die Konsequenz aus negativen Erfahrungen mit der Indigenisierungspolitik. Spätestens um 1930 war den Bolschewiki klar geworden, dass diese Politik nicht die erwarteten Erfolge gezeitigt, sondern sich in mancher Hinsicht sogar als kontraproduktiv erwiesen hatte: Die nationalen Eliten beteiligten sich nicht im erhofften Ausmaß am Aufbau der sowjetischen Strukturen, religiöse Bindungen waren weiterhin wirksam, und die Etablierung der Sowjetmacht hatte in den Peripherien oft nur den Charakter einer Fassade, hinter der traditionelle Strukturen fortbestanden. Außerdem argwöhnte die Moskauer Führung, dass die Förderung der jeweiligen Nationalkultur mit separatistischen und «konterrevolutionären» Bestrebungen der nationalen Intelligenz einhergehe. Die Geheimpolizei lieferte dafür schon Mitte der 1920er Jahre aus etlichen Republiken besorgniserregende Hinweise. In der Ukraine, in Weißrussland und auf der Krim gingen die Bolschewiki daher um 1930 dazu über, die nationale Intelligenz durch Repressionen einzuschüchtern und wieder die russische Sprache zu fördern. Das war in diesen Regionen nicht schwierig, weil ohnehin fast alle das Russische verstanden und viele Ukrainer und Weißrussen es auch im Alltag gebrauchten.[152]

Auch in Zentralasien und in Transkaukasien fürchtete Stalin nationale Sezessionsbestrebungen. Eine Russifizierung erschien dort allerdings aussichtslos, weil die Titularnationen eine erdrückende Mehrheit bildeten und keine sprachliche Affinität zum Russischen bestand. In diesen Republiken hielt man daher notgedrungen an der Indigenisierung fest und konzentrierte sich darauf, über die Heranziehung einheimischer Funktionäre eine Zivilisierung im Sinne der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu bewirken und die traditionelle Lebensweise und muslimische Kultur zu bekämpfen. Damit versuchte man dem entgegenzusteuern, was in den 1920er Jahren unbeabsichtigterweise eingetreten war. Die Indigenisierungspolitik hatte nämlich bei den islamischen Völkern im Kaukasus dazu geführt, dass ein in der traditionellen muslimischen Kultur wurzelnder Nationalismus entstand, der zudem im Falle der Aserbaidschaner ein pantürkisches Element beinhaltete. In Bezug auf die transkaukasischen Muslime zogen die Bolschewiki bereits 1928 die Schlussfolgerung, dass eine gewaltsame Intervention notwendig sei, um die «rückständige» Lebensweise der Einheimischen an die Erfordernisse der sozialistischen Gesellschaft anzupassen.[153]

Selbst unter den zahlenmäßig kleinen Streuminderheiten in der RSFSR erbrachte eine 1930 durchgeführte Revision ein katastrophales Bild: In den Dörfern hatten wie vor der Revolution die lokalen Oberschichten (im bolschewistischen Sprachgebrauch: die «Kulaken») und die Geistlichen das Sagen, während die Präsenz der Sowjetmacht ausgesprochen dürftig war und die Behörden einen hilflosen Eindruck machten. Sie beschrieben in ihren Berichten eine Misere, ohne ihrer Herr werden zu können, ja ohne überhaupt ein Konzept zu haben.[154] Die Heranziehung örtlicher Kader war vielerorts ein Misserfolg. Die wenigen Parteimitglieder in den Dörfern waren häufig Zugezogene oder aus der Zentrale Abgeordnete. Partei und Komsomol hatten größte Schwierigkeiten, unter den Minderheiten Fuß zu fassen. Funktionärsposten konnten häufig nicht mit Ortsansässigen besetzt werden, weil sich niemand dazu bereit fand. Die kommunistischen Organisationen mussten mit religiösen konkurrieren. In manchen deutschen Dörfern Sibiriens etwa hatte zum großen Ärgernis des Komsomol der baptistische Jugendverband «Bapsomol» großen Zulauf.[155]

Als die Bolschewiki um 1930 dazu übergingen, durch Kollektivierung und Kulturrevolution massiver in die sozioökonomischen und kulturellen Verhältnisse einzugreifen, stießen sie in den Peripherien auf besonders starke Gegenwehr. Der Kulturkampf gegen die muslimischen Traditionen, die Kampagnen zur Entschleierung der Frauen, die Vernichtung der nomadischen Lebensweise der Kasachen – all das traf auf hartnäckigen Widerstand der betroffenen Bevölkerung. In Zentralasien, im Nordkaukasus, in Transkaukasien nahmen die Bolschewiki diesen Widerstand als einen von Nationalitäten wahr.[156] Den Widerstand von Ukrainern, Weißrussen, Polen und Deutschen gegen die Kollektivierung erklärten sie sich zusätzlich als das Ergebnis der Aufstachelung durch Agenten aus Deutschland und Polen.[157] Solche Interpretationen leisteten der Einschätzung Vorschub, dass bestimmte Nationalitäten, die besonders negativ auffielen und geradezu als gefährlich erschienen, bekämpft werden müssten. Die Folge waren Säuberungen unter den nichtrussischen Eliten, die Liquidierung von nationalen

Rayons und Dorfsowjets der Streuminderheiten und ein festerer Zugriff der Moskauer Zentrale auf die Partei- und Sowjetorgane der Unionsrepubliken.[158]

Gefolgschaft und Terror

Im Mittelpunkt des stalinistischen Systems stand Stalin selbst. Lange Zeit sind die Beziehungen zwischen dem Generalsekretär der Partei und den Politbüromitgliedern unter dem Primat des Politischen und der mit Ämtern verbundenen Machtstrukturen analysiert worden. Damit ist das Wesen der stalinistischen Herrschaft aber nicht adäquat erfasst, denn Letztere zeichnete sich gerade dadurch aus, dass neben den Institutionen des Sowjetstaates und der Parteiorganisation persönliche Nahbeziehungen eine wichtige Rolle spielten. Wenn Stalin von seinen engsten Mitstreitern anlässlich seines 50. Geburtstags 1929 zum «Führer» (*vožd'*) ausgerufen wurde, dann war das mehr als eine propagandistische Floskel, denn die Beziehungen an der Spitze der Partei stellten sich tatsächlich zunehmend als die zwischen einem Führer und seiner Gefolgschaft dar.

Führer und Gefolgschaft verweisen auf Patron-Klient-Beziehungen, persönliche Loyalität, Treue und Freundschaft, also auf Grundprinzipien vormoderner Herrschaft. Die Herrschaft der Bolschewiki beruhte in hohem Maße auf personalen Netzwerken und Vertrauensverhältnissen. Das war schon seit der Machtergreifung 1917 so, verstärkte sich aber in den 1930er Jahren in dem Maße, in dem Stalin seine Stellung als «Führer» ausbaute. Formal war weiterhin das Politbüro die höchste Instanz der Partei und damit auch im Staat.[159] De facto kam es jedoch im Verlauf der 1930er Jahre zu einer Ent-Institutionalisierung und Personalisierung der Macht. Das Politbüro als Institution verlor sukzessive an Bedeutung, als seine Mitglieder zu einer Gefolgschaft Stalins wurden, deren Zusammenhalt auf persönlicher Treue beruhte. Die Entscheidungen wurden zunehmend zwischen den Sitzungen des Politbüros getroffen, entweder von Stalin allein oder in Absprache mit einzelnen Politbüromitgliedern.[160]

Zu Beginn der 1930er Jahre war das noch anders gewesen. Damals hatte das Politbüro als kollektives Führungsorgan agiert und Stalin war auf die Unterstützung der anderen Mitglieder angewiesen gewesen. Seine Gefolgsleute konnten wichtige Themen im Politbüro zur Sprache bringen, ohne Stalin vorher um Erlaubnis zu fragen, und die Resolutionen herbeiführen, die sie zur Verfolgung ihrer Interessen brauchten. Stalin musste noch zu langen Erklärungen und Ultimaten Zuflucht nehmen, wenn er etwas durchsetzen wollte.[161] Er hatte gerade erst nach langwieriger Auseinandersetzung seine Konkurrenten an den Rand gedrängt und verfügte noch

nicht über ausreichende Macht, um alleinherrlich über alles zu bestimmen. Außerdem stand noch keineswegs fest, dass der «große Umbruch» erfolgreich verlaufen würde, sodass Stalin seinerseits ein Interesse daran hatte, die Verantwortung mit anderen zu teilen, um nicht am Ende als Alleinschuldiger für ein etwaiges Desaster dazustehen.

1930 bis 1935 fungierten zuerst Molotov und dann Kaganovič als Stellvertreter Stalins in der Partei. Häufig entschied einer der beiden wichtige Fragen zu zweit mit Stalin. Nach Molotovs Wechsel vom Zentralkomitee in den Rat der Volkskommissare nahm Kaganovič formal seinen Platz ein. Molotov blieb allerdings weiterhin der Stalin persönlich am nächsten stehende Politiker.[162] Mitte der 1930er Jahre wurde das Politbüro reorganisiert. Stalin sorgte durch die Kooptation von Andreev, Ežov und Ždanov dafür, dass Molotov und Kaganovič nicht zu mächtig wurden. Der Posten des Zweiten Sekretärs und Stellvertreters von Stalin, den Kaganovič innehatte, wurde abgeschafft, seine Befugnisse gingen auf mehrere Personen über. Kaganovič war weiterhin eine wichtige Figur, aber es fällt auf, dass er demonstrativ alle Entscheidungen mit Stalin abstimmte und in seinen Briefen geradezu unterwürfig wurde. Darin spiegelte sich der Verlust an Selbständigkeit, den das Politbüro seit der zweiten Hälfte der 1930er Jahre erlitt.[163] In den 1920er Jahren hatte Stalin seine Gefolgsleute ermuntert, sich in ihrem Zuständigkeitsbereich eine Klientel aufzubauen. Ab Mitte der 1930er Jahre, als seine Autorität gefestigt war, machte er diese Hausmachten stärker von seiner Gnade abhängig, indem er solche intermediären Patronagestrukturen selektiv zerschlug.[164]

Zur Festigung seiner Macht griff Stalin in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gegenüber hohen Funktionären der Partei zu terroristischen Methoden. Den großen Schauprozessen der Jahre 1936 bis 1938 fielen so prominente Parteiführer wie Kamenev, Zinov'ev, Pjatakov, Radek, Bucharin und Rykov zum Opfer. Die Vorwürfe gegen sie waren absurd: Bildung terroristischer Organisationen, Sabotage im Auftrag kapitalistischer Mächte, verräterische Beziehungen zu Deutschland und Japan, Mordkomplotte gegen Stalin und höchste Würdenträger.[165] Skrupellos und kaltblütig ließ Stalin diejenigen umbringen, die unmittelbar nach der Revolution gleichrangig mit ihm in Lenins Politbüro gesessen hatten, nämlich Kamenev, Zinov'ev, Bucharin und 1940 sogar den längst ins Exil vertriebenen Trockij, sowie diejenigen älteren Bolschewiki, die seinen Aufstieg miterlebt und in den Fraktionskämpfen der 1920er Jahre vorübergehend seine Rivalen unterstützt hatten. Von den zwölf Männern, die Lenins Politbüro angehört hatten, starben nur drei eines natürlichen Todes: Stalin selbst, Molotov und Kalinin.[166] Von einem Tag auf den anderen wurden Spitzenpolitiker zu

Volksfeinden erklärt – und niemand von den einst mächtigen Männern half ihnen, denn sie lebten inzwischen alle in Furcht vor Stalin. Dieser versetzte sie in Angst und Schrecken und demonstrierte an Exempeln, was mit jemandem geschah, der es wagte zu widersprechen.[167]

Um sich der bedingungslosen Treue seiner Gefolgsleute zu versichern, stellte Stalin sie auf die Probe, indem er ihre Ehefrauen und Brüder verhaften oder erschießen ließ. Wenn sie in dieser Situation wankelmütig geworden wären, hätte er sich auch ihrer entledigt. Betroffen waren Personen, die sich als Stalins engste Freunde fühlten: Ordžonikidzes Bruder wurde 1937 erschossen, seine Klientel im Volkskommissariat für Schwerindustrie wurde dezimiert; Kaganovič wurde von Stalin persönlich verhört, seine Klientel im Volkskommissariat für Verkehrswesen durch Verhaftungen eingeschüchtert; einer seiner Brüder wurde als Volksfeind diffamiert und entging nur durch Selbstmord der Verhaftung.[168] Molotovs selbstbewusstes Auftreten als sein ältester Freund war Stalin ein Dorn im Auge und er verwies auch ihn in die Schranken, indem er Molotovs Klientel bedrohte, seine Ehefrau unter Spionageverdacht stellte und ihn zwang, sich von ihr scheiden zu lassen.[169] Die Ehefrau des nominellen Staatsoberhauptes Kalinin ließ Stalin ebenso verhaften wie zwei von Mikojans Söhnen und eine Schwiegertochter Chruščevs. Die Ehefrau seines Privatsekretärs Poskrebyšev ließ er erschießen.[170] Die Gefolgsleute wehrten sich nicht gegen diese Ungeheuerlichkeiten, sondern unterwarfen sich bedingungslos. Sie hatten begriffen, dass die Gunst des Führers nur dem erhalten blieb, der unbedingte Treue und Verlässlichkeit über das Mitgefühl mit Angehörigen stellte. Der Einzige, der versuchte, seine Klientel vor Repressalien zu schützen, war Sergo Ordžonikidze, aber auch er kämpfte nicht ernsthaft gegen Stalin, sondern versuchte nur, ihn umzustimmen, und beging Selbstmord, als er die Aussichtslosigkeit der Lage erkannte. Von den anderen Politbüromitgliedern erhielt er keinerlei Unterstützung.

Das brutale Handeln markiert den Wandel Stalins vom Primus inter Pares zum unumschränkten Diktator. Er brauchte nun keine Kompromisse mehr einzugehen, um Entscheidungen durchzusetzen.[171] Das skrupellose Vorgehen gegen Gefolgsleute, zu denen er jahrelang enge freundschaftliche Beziehungen unterhalten hatte, kann zugleich als ein Element zynischer Herrschaftstechnik wie mangelnden Vertrauens erklärt werden. Stalin brachte jedem, auch wenn das Verhältnis noch so freundschaftlich schien, Misstrauen entgegen. Ein unbewiesener Verdacht reichte aus, um den Betreffenden zum Feind mutieren zu lassen. Diese ständige Furcht vor Verrat war bei Stalin krankhaft ausgeprägt, aber grundsätzlich ein gemeinsames Merkmal der Alt-Bolschewiki. Sie resultierte aus den Erfahrungen in der

Illegalität vor 1917, als sie in permanenter Bedrohung und in ständigem Misstrauen vor einer Unterwanderung durch feindliche Agenten gelebt hatten. In Kombination mit der absoluten Priorität der Gruppe vor dem Individuum erklärt dieses Misstrauen, wie schnell und konsequent jemand zum Feind deklariert werden konnte. Für Männer wie Bucharin, Kaganovič oder Molotov stand die Partei über allem Persönlichen. Das Leben von Individuen, eingeschlossen das eigene, hatte für sie keine hohe Priorität.[172]

Terror und Repressionen waren konstitutive Merkmale der Herrschaft Stalins. Dabei stellt der Terror innerhalb der Parteiführung nur die Spitze des Eisbergs dar. Quantitativ viel bedeutender waren die Repressionen gegen andere Gruppen der Bevölkerung, die 1937 mit dem Massenterror den absoluten Kulminationspunkt erreichten. Den Auftakt für die Phase des Terrors gab im Dezember 1934 der Mord am Leningrader Parteichef Sergej Kirov. Die Umstände sind bis heute nicht völlig geklärt. Der Mörder wurde als angeblicher Anhänger Trockijs identifiziert und zum Tode verurteilt. Damit war die Angelegenheit aber nicht beendet, denn Stalin benutzte den Mordanschlag als Vorwand für eine Säuberung der Partei und eine immer weitere Kreise ziehende Suche nach Terroristen, Saboteuren und «Schädlingen», die sich angeblich überall versteckt hielten. Zwischen 1936 und 1938 wurden in einem fort fiktive Verschwörungen «aufgedeckt», gewöhnliche Bürger ohne erkennbaren Grund verhaftet, irrwitzige Geständnisse erpresst und Schauprozesse veranstaltet, in denen man der Bevölkerung die bisherigen politischen Vorbilder und gefeierten Helden der Revolution als gewissenlose Volksfeinde und Verräter präsentierte.

Dieser Terror war grundsätzlich unberechenbar. Niemand konnte sicher sein, nicht verhaftet und erschossen zu werden. Selbst der linientreueste Kommunist konnte von einem auf den anderen Tag zum «Volksfeind» mutieren. Diese Unkalkulierbarkeit war Teil der Herrschaftstechnik, denn sie versetzte alle, bis hinauf zu den Politbüromitgliedern, in Angst. Neben dieser Unberechenbarkeit fokussierte der Terror aber auch auf bestimmte Gruppen, die in den einzelnen Phasen des Terrors jeweils vorrangig betroffen waren. Dabei handelte es sich erstens um Angehörige der Funktionseliten (Funktionäre in Partei und Administration, Verantwortliche in der Wirtschaft und in den Behörden, Kommandeure der Roten Armee). Sie wurden in großer Zahl verhaftet und erschossen und durch neues Personal ersetzt. Innerhalb weniger Monate wurde auf diese Weise der größte Elitentausch in der russischen Geschichte vollzogen. Stalin nahm dabei Qualitätseinbußen in Kauf, denn Vorrang hatte die Sicherstellung absoluter Loyalität. «Jetzt haben wir Führungskräfte, die jeden Befehl, den ihnen Genosse Stalin aufträgt, akzeptieren werden», resümierte Kaganovič im

März 1939 den kompletten Austausch des leitenden Personals in der Schwerindustrie.[173] Zweitens zielte der Terror auf soziale und ethnische Gruppen, die als potenziell gefährlich eingestuft und daher durch partielle Vernichtung unschädlich gemacht wurden. Diese Vernichtungsoperationen des NKVD (*Volkskommissariat des Inneren*) machten den Massenterror der Jahre 1937 und 1938 aus.

Eingeleitet wurde der Massenterror mit dem Politbürobeschluss vom 2. Juli 1937, der die Parteisekretäre in den Republiken und Gebieten aufforderte, mit Hilfe des NKVD die aus der Verbannung zurückgekehrten ehemaligen «Kulaken» und Kriminellen zu registrieren und nach dem Grad ihrer Gefährlichkeit in die Kategorien «Erschießen» und «Verbannen» einzuordnen. Im Zuge der Ausführung dieser Anordnung kam die Leitung des NKVD zu dem Schluss, dass der Kreis der feindlichen Elemente weiter zu ziehen sei, und erstellte einen 15 Seiten langen Befehl «Über die Operation zur Repression ehemaliger Kulaken, Krimineller und anderer antisowjetischer Elemente». Dieser Befehl wurde am 31. Juli 1937 vom Politbüro gebilligt und als Nr. 00447 unter strenger Geheimhaltung in Kraft gesetzt.[174] Er zählte systematisch diejenigen Gruppen auf, die bekämpft werden müssten: ehemalige «Kulaken», die aus ihren Verbannungsorten in ihre früheren Wohnorte zurückgekehrt oder in den Städten untergetaucht seien und zu terroristischen Verbrechen gegen die Sowjetmacht anstiften würden, ehemalige Sozialrevolutionäre, Soldaten der «weißen Armeen» des Bürgerkriegs, ehemalige zarische Gendarmen und Beamten, ehemalige Mitglieder nationaler Unabhängigkeitsbewegungen der kaukasischen und mittelasiatischen Republiken, Priester und Kirchenmitglieder, Angehörige von Sekten, kriminelle Rückfalltäter, Obdachlose und Personen, die keiner gesellschaftlich nützlichen Tätigkeit nachgingen. Der Befehl gab, aufgeschlüsselt nach Regionen, genaue Planziffern vor, die aber im Verlauf der Aktion übertroffen wurden, weil die Zuständigen in den Republiken und Gebieten von der Möglichkeit, die Erhöhung der Erschießungskontingente zu beantragen, regen Gebrauch machten, um nicht in den Verdacht mangelhafter Wachsamkeit zu geraten.[175]

Die aufgezählten Kategorien lassen drei Zielrichtungen erkennen: «Kulaken», «Ehemalige» und soziale Randgruppen. Es ging demnach nicht nur um politische Loyalität, sondern auch um die Reinigung der Gesellschaft von kriminellen und marginalisierten Existenzen, die als nicht integrierbar eingeschätzt wurden. Der Massenterror war somit zu einem erheblichen Teil auch ein Instrument des *social engineering*. Er griff damit einen Ansatz auf, der schon im Winter 1932/33 im Zusammenhang mit der Einführung des Inlandspasses verfolgt worden war. Schon damals hatte die

Führung beschlossen, die Städte von «kulakischen», «parasitären» und «sozial gefährlichen Elementen» zu säubern. «Kulaken», die in den Städten Unterschlupf gefunden hatten, waren damals zusammen mit Bettlern, Landstreichern, Straßenkindern, Kleinkriminellen, Gewohnheitsverbrechern und «Ehemaligen» nach Westsibirien und Kasachstan abtransportiert und in Sondersiedlungen untergebracht worden. Dort sollten sie einen nützlichen Beitrag zur Volkswirtschaft leisten.[176] Dieselben Gruppen waren 1937 wieder betroffen, mit dem Unterschied, dass es jetzt nicht mehr um ihre ökonomische Nutzbarmachung, sondern um ihre Vernichtung ging.

Eine ähnliche Größenordnung wie die «Operation gegen Kulaken und Kriminelle» erreichten die ebenfalls 1937 durchgeführten «nationalen Operationen» des NKVD. Seit den ausgehenden 1920er Jahren hatte sich in der bolschewistischen Führung und in der Geheimpolizei die Einschätzung verfestigt, dass einzelne Nationalitäten ein Bedrohungspotenzial in sich bargen. Es handelte sich dabei vor allem um Diasporanationalitäten, die in den Grenzgebieten siedelten oder ein Mutterland jenseits der Grenzen hatten. Ihnen unterstellte man Illoyalität und «Vergiftung» von außen. Die Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933, der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen 1934, das Vordringen der Japaner in China und der Antikominternpakt 1936 ließen diese nationalen Minderheiten als Teil der äußeren Bedrohung der Sowjetunion und somit als «Feinde» erscheinen.[177] Daher deportierte man Angehörige von Diasporanationalitäten aus den Grenzgebieten ins Landesinnere, um sie von ihren Konationalen abzuschneiden und aus den militärisch sensiblen Regionen zu entfernen. Diese Deportationen erfolgten 1935/36 und erfassten schätzungsweise 260 000 Personen. Der größte Anteil entfiel auf Koreaner (172 000). Die übrigen 88 000 verteilten sich auf Polen, Finnen, Deutsche, Chinesen, Kurden, Iraner und Armenier.[178]

Im Zuge der «nationalen Operationen» des Jahres 1937 wurden diese Nationalitäten abermals massiven Repressionen unterworfen. Bei einem Anteil von 1,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung stellten sie etwa ein Drittel aller Sowjetbürger, die damals deportiert, verhaftet oder erschossen wurden. Die meisten Erschossenen entfielen auf Polen (112 000) und Deutsche (56 000).[179] Betroffen von den Repressionen waren nun aber auch bestimmte indigene Nationalitäten ohne Verbindung ins Ausland, denen man unerwünschte Charaktereigenschaften zuschrieb. Das betraf nordkaukasische Nationalitäten wie Tschetschenen und Inguschen, die als geborene Widerständler und Banditen galten, aber auch Roma, die bei der «Säuberung» der Städte von Kriminellen, «Parasiten», Prostituierten und

anderen «sozial fremden Elementen» bevorzugte Ziele des Zugriffs darstellten. Stalinistische Massendeportationen und Verhaftungen waren in dieser Hinsicht kategorisierend und prophylaktisch. Die Zugehörigkeit zu einer stigmatisierten Gruppe erhöhte das Risiko, verhaftet oder gar erschossen zu werden, beträchtlich.[180]

Was sich 1937/38 in der Sowjetunion abspielte, lässt sich kaum adäquat beschreiben. Die Massaker erreichten eine Größenordnung, die das Beseitigen der Leichen und die Geheimhaltung zum Problem werden ließ. Zehntausende wurden über das sogenannte «Albumverfahren» liquidiert, das heißt, der örtliche NKVD stellte ein Album zusammen, mit einer Kurzcharakteristik von Personen, die kollektiv verurteilt und erschossen wurden.[181] Die Exekutionen erfolgten in Wäldern und in Erschießungsanlagen außerhalb der Städte, wo man die Leichen an Ort und Stelle in Massengräbern entsorgen konnte. Fast anderthalb Jahre lang dauerte diese Form des Terrors an, bis Stalin im November 1938 die Massenarreste und Erschießungen abrupt einstellen ließ. So wie er die Gewalt entfesselt hatte, gebot er dem Treiben nun Einhalt, da es die Gesellschaft und die Wirtschaft zu paralysieren drohte – ähnlich wie 1930, als er die Kollektivierung zwischenzeitlich gestoppt hatte, um die Lage wieder zu stabilisieren. Der Terror war eine Herrschaftsmethode, aber er musste unter Kontrolle gehalten werden, um nicht kontraproduktiv zu werden. Die letzte Säuberungswelle traf daher nicht zufällig die Geheimpolizei samt ihrem Chef: Nikolaj Ežov – ein exzessiver Alkoholiker und perverser Sadist – wurde im Dezember 1938 seines Amtes enthoben, einige Monate später verhaftet und im Februar 1940 erschossen. Sein Nachfolger Lavrentij Berija ließ das Volkskommissariat des Inneren von den Vertrauten Ežovs säubern.[182]

Große Teile der Bevölkerung lebten 1937/38 in Angst. Wenn es nachts an der Tür klingelte, dann schien der Augenblick gekommen, dass man abgeholt werde.[183] «Ich wache morgens auf und denke mechanisch: Gott sei Dank, heute nacht haben sie mich nicht verhaftet, tagsüber verhaften sie nicht, und was in der kommenden Nacht sein wird, weiß man nicht», schrieb die Malerin Ljubov' Šaporina am 22. November 1937 in ihr Tagebuch. «Wie bei Lafontaines Lamm gibt es bei jedermann alle Gründe für eine Verhaftung und Deportation mit unbekanntem Ziel. Wie gut, daß ich absolut ruhig und gleichgültig gegenüber alledem bleibe. Aber die meisten Menschen leben in wahnsinniger Angst.»[184] Der Verhaftung von Nachbarn, Freunden und Verwandten standen die Menschen hilflos gegenüber. Es war sinnlos, irgendetwas zu unternehmen, man musste froh sein, nicht selbst als nächster an der Reihe zu sein, und rätselte über die Gründe der

Verhaftungen. In der Petrovka-Straße Nr. 38, dem Sitz der Moskauer Kriminalabteilung, standen die Menschen Schlange, um sich über den Verbleib von Angehörigen zu erkundigen. «Jeden Tag kommen mehr als 1000 Menschen zum mühseligen Schlangestehen. Die Hälfte von ihnen geht abends ergebnislos fort, weil sie es nicht bis zum Auskunftsfenster geschafft haben», heißt es in einem Tagebucheintrag vom 19. Dezember 1937. «Die andere Hälfte erfährt zwar den Aufenthaltsort des betreffenden Menschen, kann ihm aber in keiner Weise helfen [...]. Natürlich wird viel diskutiert, weshalb die Leute sitzen [...] viele wissen aber überhaupt nicht, weshalb. ‹Sie haben ihn abgeholt, und jetzt sitzt er – wieso, weiß ich nicht.› Vielleicht weiß es der, der sitzt, und wenn er es nicht weiß, dann muß es der wissen, der seinen Fall leitet oder den Haftbefehl unterschrieben hat. [...] In einem alten Sprichwort heißt es: ‹Wir alle sind in Gottes Hand.› Heute hat man das Sprichwort abgewandelt: ‹Wir alle sind in des NKWD Hand.› Ach du mein unglückliches Leben, wie wenig Erfolg hast du mir beschert! Wann haben diese Qualen nur ein Ende?»[185]

Die Kampagnen zur Entlarvung von «Volksfeinden» und «Spionen» erzeugten ein Klima der gegenseitigen Verdächtigungen und trugen die Vorstellung, dass sich überall Saboteure und Verräter versteckt hielten, sogar in Familien, die selbst vom Terror betroffen waren.[186] «Ich glaube nicht, dass er ein Volksfeind war», erinnerte sich später eine Frau an die Verhaftung ihres Vaters. «Natürlich hielt ich ihn für unschuldig. Doch gleichzeitig hatte ich keinen Zweifel daran, dass es Volksfeinde gab. Ich war absolut überzeugt davon, dass gute Menschen wie mein Vater durch deren Schädlingsarbeit zu Unrecht ins Gefängnis kamen. Die Existenz dieser Feinde lag für mich auf der Hand. [...] Ich las in der Presse über sie und stand in meinem Hass niemandem nach. Mit dem Komsomol nahm ich an Demonstrationen teil, um gegen die Volksfeinde zu protestieren. Wir riefen: ‹Tod den Feinden des Volkes!› Solche Parolen lieferten uns die Zeitungen. Der Kopf schwirrte uns von den Schauprozessen. Wir lasen die fürchterlichen Geständnisse von Bucharin und anderen Parteiführern und waren entsetzt. Wenn solche Leute Spione waren, dann mussten die Feinde überall sein.»[187]

Die Reaktionen der Menschen waren sehr unterschiedlich. Manche reimten sich Erklärungen zusammen, um dem Unfassbaren einen Sinn zu verleihen. Sie übernahmen die offiziellen Schuldzuweisungen im Glauben, dass sie nicht erfunden sein konnten, oder redeten sich ein, dass die Verhaftung des nahen Freundes ein Missverständnis sein müsse. Nicht wenige wandten sich in dieser naiven Vorstellung mit Bittgesuchen an Stalin, damit er diese «Versehen» aufkläre. Manche versteckten von der Verhaftung

Bedrohte und riskierten dabei selbst ihr Leben. Verbreiteter war jedoch das Bestreben, den Kontakt mit Leuten, die unter Verdacht geraten waren oder in deren Familie jemand verhaftet worden war, zu meiden. Man sprach nicht mehr mit ihnen, ließ sie als Freunde und Verwandte fallen, beteiligte sich auf Versammlungen an der Ausgrenzung von «Entlarvten», um sich selbst und die eigene Familie zu schützen. Wieder andere gingen sogar offensiv mit den Möglichkeiten um, die der Terror eröffnete: Den Mitbewohner einer Kommunalka zu denunzieren bot die Chance, nach seiner Verhaftung in den Genuss eines zusätzlichen Zimmers zu kommen.[188]

Den Schauprozessen gegen führende Bolschewiki begegneten viele mit Gleichgültigkeit, weil sie darin einen Familienstreit unter den neuen Herren sahen. Die Verhaftung von Funktionären, die sich bei der Kollektivierung hervorgetan hatten, wurde oft mit Genugtuung aufgenommen. Ein Nebeneffekt des Terrors bestand durchaus darin, die Unzufriedenheit über Missstände auf angeblich «Schuldige» abzuleiten.[189] Aleksandr Solženicyn beschrieb im «Archipel Gulag» seine eigene Haltung so: «Ein Vierteljahrhundert später könnte man meinen: Na ja, ihr habt begriffen, was an Verhaftungen um euch brodelt, was an Torturen in den Gefängnissen praktiziert wird, in welchen Sumpf man euch zerren will. Nein!! Die Gefängniswagen, die Schwarzen Raben, die fuhren doch bei Nacht, und wir gehörten zu der bei Tageslicht fahnenschwenkenden Schar. Woher hätten wir über die Verhaftungen wissen und warum darüber nachdenken sollen? Daß alle Honoratioren des Gebietes abgesetzt, abgelöst wurden – es war uns entschieden gleichgültig. Daß zwei, drei Professoren eingesperrt wurden, na und?! Sind wir mit ihnen tanzen gegangen? Die Prüfungen würden nur noch leichter werden. Wir, die Zwanzigjährigen, marschierten in der Kolonne der Oktobergeborenen, und als Oktobergeborene erwartete uns die allerlichteste Zukunft.»[190]

Die Stimmungsberichte der Geheimpolizei deuten darauf hin, dass gewöhnliche Kolchosniki und Arbeiter den Terror von 1937/38 als weniger einschneidend wahrnahmen als die Hungersnot von 1932/33 und die Verschärfung der Arbeitsgesetze 1940.[191] Der Massenterror betraf Millionen, aber nicht alle, und er fokussierte auf die im Befehl Nr. 00447 und in den nationalen Operationen definierten Zielgruppen. Die übrige Bevölkerung konnte sich zwar nicht in Sicherheit wiegen, verdrängte aber häufig die Bedrohung, zumal sich das Leben auch 1937 nicht auf die Repressionen beschränkte und das, was hinter den Mauern des NKVD und in den Lagern geschah, sorgfältig geheim gehalten wurde. Die Menschen lebten in zwei Wirklichkeiten: Die eine waren die nächtlichen Verhaftungen, Erschießungen, die Gefängnisse und Lager. Die andere waren die Preissenkungen, die

Feiern zum 100. Todestag von Puškin, die spektakuläre Nordpolexpedition, der erste Polflug nach Amerika, die feierliche Eröffnung des Moskva-Volga-Kanals. Im Juli 1938 wurde im Gor'kij-Park der 4. Moskauer Karneval eröffnet: 100 000 Menschen nahmen teil, tanzten, sangen, amüsierten sich bei Operettenmusik und Zirkusdarbietungen. Die Versorgung war besser als zu Beginn der 1930er Jahre, man wurde satt, es gab keine Lebensmittelkarten mehr.[192]

Die Dimensionen des stalinistischen Terrors konnten die Zeitgenossen nur erahnen. Erst Jahrzehnte später gaben die Archive Zahlen preis. Allein in den Jahren 1937 und 1938, auf dem Höhepunkt des Massenterrors, ließ Stalin mehr als 3,14 Millionen Menschen verhaften, davon 1,57 Millionen wegen angeblicher politischer Verbrechen. Mehr als 1,34 Millionen wurden aus politischen Gründen verurteilt, davon rund 682 000 zum Tode und rund 663 000 zu Lager- oder Gefängnishaft oder Verbannung.[193] Auf den höheren Ebenen erreichte die absolute Zahl der Getöteten nicht solche Größenordnungen, aber die anteiligen Verluste waren immens: 98 von 139 Mitgliedern des Zentralkomitees fielen dem Terror zum Opfer, 1108 von 1966 Delegierten des 17. Parteitags (1934), fünf Mitglieder und Kandidaten des Politbüros.[194] Mehr als ein Drittel der Volkskommissare wurde erschossen sowie etwa die Hälfte ihrer Stellvertreter und Abteilungsleiter.[195] Das höhere Führungspersonal der Roten Armee wurde fast komplett liquidiert.[196] Dass eine Regierung ihrer eigenen Bevölkerung in Friedenszeiten ohne Notwendigkeit so viel Leid auferlegte und die eigentlich dringend benötigten Funktionseliten dermaßen dezimierte, war bis dahin in der Geschichte ohne Präzedens.

Der stalinistische Terror entzieht sich einer monokausalen Erklärung. In ihm das alleinige Werk Stalins zu sehen, griffe zu kurz. Damit die von Stalin befohlene Jagd auf «Volksfeinde» stattfinden konnte, bedurfte es Personen, die sie in die Praxis umsetzten, die den Terror in den entlegensten Provinzen ausführten, ja sogar verschärften. Es ist davon auszugehen, dass bei den Vollstreckern des Terrors mentale Dispositionen vorlagen, die sie empfänglich machten für die Suggestion, versteckte Feinde aufspüren und vernichten zu müssen. Es handelte sich bei ihnen um die Generation, die als Jugendliche und junge Erwachsene von der Gewalterfahrung des Bürgerkriegs geprägt worden waren und damals gelernt hatten, die Welt in Freunde und Feinde einzuteilen. Im Krieg antrainierte Verhaltensweisen werden zwar üblicherweise nach dem Ende des Krieges schnell wieder abgelegt, weil die Menschen in eine geordnete Existenz zurückfinden, die auf zivilen Normen basiert. In der frühen Sowjetunion funktionierte diese Domestizierung jedoch nur eingeschränkt, denn das Normensystem befand sich im Umbruch,

der zivile Rechtsstaat war außer Kraft gesetzt und die Bolschewiki perpetuierten den Kriegszustand. Die Propaganda hielt das Bild von den allgegenwärtigen Feinden lebendig und entmenschlichte Letztere systematisch. Die Zerrbilder von abscheulichen Bestien und von Parasiten, mit denen die Zeitungen 1937/38 die Schauprozesse illustrierten, konnten auf Motive von Plakaten aus der Bürgerkriegszeit zurückgreifen. Wenn der Gegner aber kein Mensch mehr war, sondern ein wildes Tier oder Ungeziefer, dann war auch die Hemmschwelle zu töten niedriger. Die hassgeladenen Plädoyers von Staatsanwalt Andrej Vyšinskij, die aus den Angeklagten der Schauprozesse «tollwütige Hunde», «verfluchtes Gewürm» und «Typhusläuse» machten, spiegeln dieses Denken wider.

Die notwendige Berücksichtigung der Dispositionen in der sowjetischen Gesellschaft soll allerdings nicht den Blick auf den entscheidenden Akteur verstellen: Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Stalin persönlich die Hauptverantwortung für die Eskalation des Terrors trug. Er ordnete ihn an und er beendete ihn auch wieder. Erzeugung von Angst durch angedrohte und vollzogene tödliche Gewalt war ein wesentlicher Bestandteil seiner Herrschaftstechnik. Der Terror bildete eine Maßnahme zur Durchsetzung von Macht, zur Sicherstellung von persönlicher Treue und Unterwerfung sowie zur Eliminierung potenzieller Gegner, die Stalin als latente Gefahr betrachtete. Stalin setzte den Terror funktional ein, wo er ihm zweckmäßig schien. Neben dem zynischen Einsatz des Terrors mit dem Zweck, Angst zu erzeugen, und der bei der «Operation gegen Kulaken und Kriminelle» deutlich gewordenen sozialpolitischen Zielsetzung spielten auch Bedrohungsszenarien eine Rolle, die sich 1937/38 verdichteten: Das eine bestand in der immer akuter werdenden Erwartung, dass ein großer Krieg unmittelbar bevorstehe.[197] In dem Bewusstsein, bald einen Existenzkampf gegen äußere Feinde führen zu müssen, hatte es eine gewisse Logik, sich im Vorfeld der inneren Feinde zu entledigen und alle Personengruppen, die potenziell ein Risiko darstellten, unschädlich zu machen. Das andere Bedrohungsszenario entstand im Zusammenhang mit der 1936 verabschiedeten neuen Verfassung der Sowjetunion. Im Einklang mit ihr sollten im Dezember 1937 erstmals unionsweit geheime und allgemeine Wahlen stattfinden. Eine Neuverteilung der Macht stand zwar nicht zur Debatte, weil es gar keine Wahl zwischen verschiedenen Kandidaten gab, aber die Nachrichten, die 1936/37 in Moskau eintrafen, waren beunruhigend: Unter Berufung auf die neue Verfassung baten Gläubige um die Wiedereröffnung von Kirchen, forderten zurückgekehrte Kulaken die Rückgabe ihres enteigneten Besitzes. Aus Bittbriefen wurde deutlich, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Ansichten vertrat, die als gefährlich

eingeschätzt wurden, zumal man befürchten musste, dass solche Ansichten während der Wahlkampagne offen geäußert werden könnten. Hinzu kamen alarmierende Informationen über Bandenbildungen und die erschreckenden Ergebnisse der im Januar 1937 durchgeführten Volkszählung, die unter anderem zeigten, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin religiös eingestellt war. Angesichts dieser Umstände zum Mittel der Gewalt zu greifen, um die Herrschaft zu sichern, entbehrt nicht jeglicher Rationalität.[198] Molotov sprach noch in den 1970er Jahren achselzuckend und ohne innerliche Distanzierung von der Notwendigkeit, damals, am Vorabend des Krieges gegen die inneren Feinde erbarmungslos durchzugreifen: «Das Jahr 1937 war nötig [...]. Wir verdanken dem Jahr 1937, dass es bei uns während des Krieges keine Fünfte Kolonne gab.»[199] Selbst Bucharin, der auf der Grundlage absurder Anklagepunkte zum Tode verurteilt worden war, dachte in diesen Kategorien. Sein verzweifelter Brief an Stalin vom 10. Dezember 1937, geschrieben aus dem Gefängnis in Erwartung der bevorstehenden Exekution, legt Zeugnis ab von seiner prinzipiellen Zustimmung zur Durchführung von Säuberungen im Zusammenhang mit dem «Übergang zur Demokratie» und in Erwartung des nahenden großen Krieges.[200]

«Kollektive Sicherheit» und Krieg

Das Schreckgespenst eines existenzbedrohenden Krieges gegen eine übermächtige Koalition von Feinden bestimmte auch die Außenpolitik der Sowjetunion in den 1930er Jahren. Noch vor der Machtergreifung Hitlers in Deutschland war die sowjetische Außenpolitik in eine Phase der Umorientierung getreten, weil sie auf die fortschreitende Westausrichtung Deutschlands und das durch den Umbruch im Inneren verstärkte Sicherheitsbedürfnis reagieren musste. Der Ausgleich Deutschlands mit den Westmächten drohte dem bisherigen Konzept, die Gegensätze zwischen Siegern und Verlierern des Ersten Weltkriegs auszunutzen, den Boden zu entziehen.[201] Außenkommissar Maksim Litvinov verfolgte seit 1929 zielstrebig eine Neuorientierung in Richtung auf eine Annäherung an die Westmächte. Dazu musste die Sowjetunion erst einmal Vertrauen schaffen, indem sie Friedenswillen demonstrierte: Seit 1927 nahm sie an den Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes teil und exponierte sich dort sogar mit dem Vorschlag einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Im Sommer 1928 folgte der Beitritt zum Briand-Kellogg-Pakt, der den Krieg als Mittel zur Lösung von Streitfragen verurteilte. Um ihren guten Willen zu beweisen, drängte die Sowjetunion ihre Nachbarstaaten sogar, den Pakt vorzeitig in Kraft zu setzen («Litvinov-Protokoll» vom 9. Februar 1929), und schloss

beziehungsweise erweiterte Nichtangriffspakte mit der Türkei, Afghanistan, Litauen und Persien, 1931/32 auch mit Finnland, Lettland, Estland, Polen und Frankreich, 1933 mit Italien. Im November 1933 konnten auch endlich diplomatische Beziehungen mit den USA aufgenommen werden.

Die Ernennung Hitlers zum deutschen Reichskanzler spielte für diese Umorientierung zunächst eine untergeordnete Rolle. Die sowjetische Außenpolitik war schon Jahre vorher durch eine Zweigleisigkeit gekennzeichnet. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion am 29. November 1932 (paraphiert bereits am 10. August 1931) deutete die Kursänderung an. Wenngleich Moskau bestrebt war, diesen Vertrag nicht als Spitze gegen Deutschland zu interpretieren, so war dennoch einem künftigen Bündnis mit Frankreich der Boden bereitet. Trotzdem verfolgte Moskau auch nach der Machtergreifung Hitlers 1933 einen Kurs der freien Hand. Der Berliner Vertrag von 1926 wurde verlängert, im Mai 1933 sogar vom inzwischen nationalsozialistisch dominierten Deutschen Reichstag ratifiziert. Die Sowjetführung wollte nicht voreilig mit Deutschland brechen. Der Erfolg Hitlers hatte sie überrascht, die KPD hatte im Auftrag der Komintern seit 1928 in erster Linie die Sozialdemokraten und nicht die Nationalsozialisten bekämpft – sicherlich nicht in der Absicht, Hitler an die Macht zu bringen, aber offensichtlich in Unterschätzung der Gefahr, die durch das nationalsozialistische Deutschland entstand.[202] Zunächst unterlag die sowjetische Führung sogar der Vorstellung, die Regierung Hitlers sei eine letzte Verkrampfung des Kapitalismus, auf die bald der Klassenkampf, sprich die sozialistische Revolution folgen werde.[203] Stalin sah jedenfalls Anfang 1933 keine Veranlassung, den bisherigen Kurs gegenüber Deutschland aufzugeben. Litvinov meinte am 23. März 1933 in einem Gespräch mit dem polnischen Gesandten Łukasiewicz, die Beziehungen mit Deutschland blieben ungeachtet der Zeitungspolemiken wohl die alten, obwohl man die ideologischen Positionen der neuen deutschen Führung nicht beiseiteschieben könne. «Auf jeden Fall stören unsere Beziehungen zu Deutschland in keiner Weise die weitere Annäherung an Frankreich und Polen.»[204]

Polen wurde dann in einem anderen Kontext zum Katalysator der sowjetischen Außenpolitik. Als Hitler-Deutschland und Polen im Januar 1934 überraschend einen Nichtangriffspakt schlossen, waren die sowjetisch-französischen Pläne, Deutschland in ein System der kollektiven Sicherheit einzubinden, ebenso gescheitert wie die Rapallo-Politik. Eine deutsch-polnische Verständigung war aus sowjetischer Sicht etwas Bedrohliches. Die Sowjets wechselten nun endgültig den Partner und setzten auf ein Zusammengehen mit Frankreich und England gegen Deutschland. Das hatte zur

Folge, dass die Sowjetunion ab Ende 1933 nicht mehr wie früher gegen das Versailler System, sondern für die Erhaltung des Status quo in Europa eintrat. Symbolischer Akt dieser Neubewertung der Nachkriegsordnung war im September 1934 der Beitritt zum Völkerbund, den die Sowjetunion bis dahin als Produkt des Versailler Systems abgelehnt hatte.[205]

Als neue Strategie entwickelte die sowjetische Führung ein Konzept der «kollektiven Sicherheit». Es lief darauf hinaus, multilaterale Beistandspakte abzuschließen, um den Status quo zu sichern. Dieses Konzept prägte die sowjetische Außenpolitik bis 1939.[206] Der Beschluss des Zentralkomitees vom 12. Dezember 1933 verkündete das Prinzip der «Unteilbarkeit des Friedens» und seiner «kollektiven Verteidigung». Die Sowjetunion erklärte sich einverstanden, dem Völkerbund beizutreten, und sprach sich für die Schaffung eines Regionalpaktes in Osteuropa aus, an dem auch Frankreich teilnehmen sollte. Die betroffenen Staaten sollten einander im Falle eines Angriffes Beistand leisten.[207] Bereits im Oktober 1933, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, hatte Frankreich der Sowjetunion zusätzlich zum Nichtangriffspakt von 1932 einen Beistandspakt vorgeschlagen. Am 28. Dezember 1933 übergab der sowjetische Vertreter in Paris Außenminister Paul-Boncour den Entwurf für einen Regionalpakt. Teilnehmen sollten die Sowjetunion, Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland. Paul-Boncour äußerte sich positiv dazu, die Verhandlungen wurden aber erst am 20. April 1934 aufgenommen. Der neue französische Außenminister Barthou schlug vor, Deutschland in den Pakt einzubeziehen, um dem deutschen Argument der Einkreisung zu entgehen. Er arbeitete einen neuen Entwurf aus: Am sogenannten Ostpakt sollten die Sowjetunion, Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Länder teilnehmen. Zusätzlich sollten Frankreich und die Sowjetunion einen Beistandspakt unterzeichnen. Der Ostpakt (ein Nichtangriffs- und Beistandspakt) sollte eine Art «Ost-Locarno» darstellen und den Status quo in Ostmitteleuropa garantieren. In den darauffolgenden Verhandlungen stellte sich heraus, dass Deutschland den Ostpakt ablehnte und bilaterale Verträge nach dem Muster des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrages vorzog. Polen machte seine Teilnahme am Ostpakt von derjenigen Deutschlands abhängig. Interesse an dem Pakt zeigte die Tschechoslowakei. Ab Herbst 1934 war klar, dass der Ostpakt ohne die Teilnahme Deutschlands und Polens auskommen musste.

Angesichts des Scheiterns der Ostpaktpläne belebten Frankreich und die Sowjetunion 1935 wieder den ursprünglichen Gedanken, zumindest untereinander einen Beistandspakt zu schließen. Dieser konnte am 2. Mai 1935

unterzeichnet werden. Litvinov betrachtete ihn aber nur als Notlösung, deren Bedeutung in erster Linie eine politische war. Die Sowjetunion trat durch diesen Vertrag zwar endgültig aus ihrer Isolation heraus, aber in Bezug auf militärische Hilfe im Kriegsfall maß Litvinov dem Beistandspakt keinen großen Wert bei.[208] Die Tschechoslowakei, ebenfalls und mit Recht misstrauisch gegenüber der deutsch-polnischen Verständigung, zeigte Interesse an einem gleichlautenden Pakt mit der Sowjetunion. Zwei Wochen später, am 16. Mai 1935, wurde der tschechoslowakisch-sowjetische Beistandspakt unterzeichnet. Er entsprach dem Beistandspakt mit Frankreich, enthielt allerdings die Klausel, dass nur dann Beistand geleistet werden sollte, wenn auch Frankreich dem jeweiligen Opfer eines Angriffes militärisch zu Hilfe komme.[209] Die sowjetische Seite wollte vermeiden, auf sich allein gestellt Krieg gegen Deutschland führen zu müssen. Es ist auch zweifelhaft, ob Stalin überhaupt jemals ernsthaft daran dachte, die Tschechoslowakei im Kriegsfall militärisch zu unterstützen. In der sowjetischen Presseberichterstattung während der Sudetenkrise im Sommer 1938 wurde jedenfalls die Beistandsverpflichtung nicht erwähnt, und der deutsche Botschafter berichtete aus Moskau, dass eine militärische Intervention der Sowjetunion nicht auf der Tagesordnung stehe.[210]

Diese Zurückhaltung, in Verbindung mit dem Bemühen der sowjetischen Diplomatie, die angestrebten multilateralen Beistandspakte mit Bündnisautomatismen auszustatten, welche die Paktteilnehmer verpflichtet hätten, bei Vorliegen bestimmter Kriterien einer Aggression militärisch tätig zu werden, sorgte schon bei Zeitgenossen für ein gewisses Misstrauen hinsichtlich der wirklichen Absichten der sowjetischen Außenpolitik. Bündnisautomatismen, die bei ihrer Aktivierung auf einen Krieg hinausliefen, passten immerhin zu Lenins Diktum, dass man die kapitalistischen Mächte gegeneinander hetzen müsse, um sicher vor ihnen zu sein. Wenn man Stalins Aussage von 1925 ernst nahm, die Sowjetunion werde im Falle eines Krieges als Letzte auftreten und den Ausschlag geben,[211] dann ließen sich die vorgeschlagenen multilateralen Verpflichtungen sogar als Strategie mit letztlich expansiven Zielen interpretieren.

Dennoch spricht nach heutigem Wissensstand vieles dafür, die sowjetische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit zumindest in ihrem kurzfristigen Horizont als eher defensiv zu interpretieren. Die Sowjetunion befand sich in einer Umbruchsphase und war in hohem Maße verwundbar. Einem Krieg gegen eine Großmacht wäre sie Mitte der 1930er Jahre nicht gewachsen gewesen. Das bedrohlichste Szenario für die Sowjetunion war die Vorstellung, einer geschlossenen Front kapitalistischer Staaten gegenüberzustehen. Oberstes Ziel der Politik musste also sein, eine solche Konstellation zu verhindern. Ausgehend von dieser Prämisse lässt sich die Politik der kollektiven Sicherheit sinngemäß als eine Fortsetzung der Politik der 1920er Jahre, nur mit umgekehrten Vorzeichen, interpretieren. Hatten die Sowjets in dieser Dekade mit Deutschland kooperiert, um seine Einbindung in eine antisowjetische Allianz zu verhindern, so suchten sie nun, da das nationalsozialistische Deutschland als der gefährlichste Akteur eingeschätzt wurde, die Kooperation mit den Westmächten. Für den Fall, dass Hitler einen Krieg herbeiführte, musste aber eine Konstellation geschaffen werden, in der es nicht zu einem Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion, sondern zwischen Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern käme. In jedem Fall musste verhindert werden, dass die Westmächte sich mit Hitler verständigten und sich gemeinsam gegen die Sowjetunion wandten.[212]

Dieses strategische Denkmuster verleiht der abrupten Wende der sowjetischen Außenpolitik vom Sommer 1939 Sinn, als Stalin mit Hitler einen Nichtangriffspakt schloss und sich mit ihm im geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Polens und die Abgrenzung von Interessensphären in Osteuropa einigte. Zwischenzeitlich war nämlich genau die Situation eingetreten, die es zu vermeiden galt: In der Sudetenkrise vom Sommer und Herbst 1938 hatten sich die Westmächte mit Hitler vertraglich geeinigt, und die Sowjetunion war trotz ihrer Beistandspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei nicht in die Verhandlungen mit einbezogen worden. In dieser Situation war es sinnvoll, sich direkt mit Hitler zu verständigen und darauf zu spekulieren, dass Deutschland mit seinem Angriff auf Polen zunächst einmal in einen Krieg mit Polens Garantiemächten England und Frankreich verwickelt würde, der ihn daran hindern würde, die Sowjetunion anzugreifen. Nebenbei ergab sich sogar die Gelegenheit zur Annexion Ostpolens, der baltischen Länder und Bessarabiens. Chruščev beschreibt in seinen Memoiren, dass Stalin nach der Vertragsunterzeichnung den Politbüromitgliedern in bester Laune mitteilte, dass er Hitler überlistet habe: Die Sowjetunion habe territoriale Gewinne erzielt, während sich Deutschland mit dem Angriff auf Polen Krieg mit England und Frankreich einhandeln werde.[213]

In einer Rede vor dem 18. Parteitag kritisierte Stalin am 10. März 1939 sowohl die aggressive Politik Deutschlands als auch die Haltung Englands und Frankreichs. Letztere bezeichnete er als «die Kriegsprovokateure, die gewohnt sind, den Brand mit fremden Händen zu legen». Die Rede wurde im Westen als die «Kastanienrede» bekannt, da der Übersetzer die Formulierung «die Kastanien aus dem Feuer holen» benutzte.[214] Schon im Januar 1939 hatte das Politbüro einen Beschluss gefasst, mit Deutschland Ver-

handlungen über eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen aufzunehmen, nachdem deutsche Diplomaten seit Juli 1938 erste Sondierungen in diese Richtung unternommen hatten. Deutschland war in der Phase der Aufrüstung an Rohstoffimporten interessiert, die Sowjetunion benötigte Industrieausrüstungen. Im Februar 1939 übermittelten die Sowjets den Deutschen ihre Listen mit Bestellwünschen. Von sowjetischer Seite hatte es schon 1934 bis 1936 Bemühungen gegeben, mit Deutschland ein Wirtschaftsabkommen zu schließen. Stalin hatte den sowjetischen Handelsvertreter in Berlin, Kandelaki, mit Sondierungen beauftragt, denen das Politbüro neben dem vordergründigen ökonomischen Zweck auch einen hohen politischen Stellenwert beimaß. Die Gespräche mündeten in bescheidene Wirtschaftsabkommen. Auf politische Gespräche ließen sich die Deutschen nicht ein.

Im Frühjahr 1939 war das anders. Hitler verstand Stalins Rede vom März als Signal und zeigte ernsthaftes Interesse an den wirtschaftlichen und politischen Gesprächen, die in den Folgemonaten geführt wurden. Die Anstöße zum Abschluss eines politischen Vertrags kamen sogar überwiegend von der deutschen Seite, während Stalin eher vorsichtig agierte und eine Zeitlang parallel mit den Westmächten verhandelte. Er setzte aber im Mai 1939 ein weiteres Signal, indem er Litvinov von seinem Posten als Außenkommissar entband und Molotov zu seinem Nachfolger ernannte. Litvinov eignete sich als Jude und Protagonist der Eindämmung Deutschlands durch Sicherheitspakte nicht für eine Politik der Annäherung an Hitler.

Der in der Nacht vom 23. auf den 24. August 1939 in Moskau vom deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop und dem sowjetischen Außenkommissar Vjačeslav Molotov unterzeichnete Nichtangriffspakt gab Hitler freie Hand für den Krieg gegen Polen und eröffnete Stalin im geheimen Zusatzprotokoll[215] die Aussicht auf bedeutende Gebietsgewinne, ohne dass er einen Krieg gegen eine Großmacht riskieren musste. Stalin wartete zunächst ab, bis Hitler seinen Angriff begonnen hatte und im Gegenzug die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs erfolgt waren. In der zweiten Septemberhälfte, als sich bereits die Niederlage Polens abzeichnete, ließ Stalin die Rote Armee in Polen einmarschieren und die östlichen Landesteile okkupieren. Entsprechend der mit Hitler im geheimen Zusatzprotokoll vereinbarten Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären nutzte Stalin den von Hitler angezettelten Krieg zu eigenen Annexionen. Die besetzten ostpolnischen Territorien wurden Anfang November 1939 der Sowjetunion einverleibt. Mit der Okkupation wurde auch das Herrschaftssystem nach Polen getragen. Die besetzten Gebiete wurden mit Terror überzogen, es fanden Erschießungen und Deportationen statt. Die Mittel, mit denen die Bolschewiki gegen die Polen vorgingen, ähnelten denen der Nationalsozialisten. Beide hatten es darauf abgesehen, die polnischen Eliten zu dezimieren, um den polnischen Staat nachhaltig auszulöschen.[216] Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen wurden Ende September/Anfang Oktober 1939 gezwungen, der Roten Armee militärische Stützpunkte zu gewähren, im Juli 1940 in Sowjetrepubliken umgewandelt und im August 1940 der Sowjetunion angegliedert.

Finnland widersetzte sich den sowjetischen Forderungen und wurde daraufhin ab Ende November 1939 das Opfer eines sowjetischen Angriffskriegs. Während die Besetzung Ostpolens ohne größere Kampfhandlungen vonstattengegangen war, befand sich die Sowjetunion nun im regulären Krieg. Der Winterkrieg gegen Finnland verlief aufgrund der überraschend effektiven Gegenwehr der Finnen für die Sowjetunion blamabel und verlustreich. Er kostete etwa 127 000 Rotarmisten das Leben, während die Finnen 23 000 Gefallene zu verzeichnen hatten. Im März 1940 wurde der Krieg mit einem Kompromissfrieden beendet. Der Krieg gegen Finnland erwies sich rückblickend trotz des glimpflichen Ausgangs für die Sowjetunion insofern als verhängnisvoll, als das Fiasko der Roten Armee gegenüber dem kleinen Finnland Hitler und die deutschen Generäle in ihrem Glauben bestärkte, die Sowjetunion sei militärisch so schwach, dass man sie in einem Blitzfeldzug niederwerfen könne.

Im Juni 1940 forderte Stalin von Rumänien in einem Ultimatum die Abtretung Bessarabiens und der Nordbukowina. Da die rumänische Regierung nicht darauf einging, marschierte die Rote Armee in beiden Gebieten ein, nachdem sich Stalin vorher der Billigung Hitlers versichert hatte. Damit hatte Stalin die ihm laut dem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt zustehende Interessensphäre in Besitz genommen und gleichzeitig die Grenzen seines Herrschaftsbereichs so weit nach Westen verschoben, dass er beinahe dem territorialen Bestand des Zarenreiches vor dem Ersten Weltkrieg entsprach. Über die abgegrenzten Interessensphären hinausgehende Wünsche Stalins in Richtung auf Bulgarien und die Türkei, die sein Außenkommissar Molotov im November 1940 bei einem Besuch in Berlin anmeldete, wurden von Hitler abgewiesen. Auch diese Wünsche entsprachen alten hegemonialen Bestrebungen russischer Außenpolitik. Stalin respektierte jedoch die ablehnende Haltung Hitlers und vermied in den Folgemonaten bis zum Juni 1941 alles, was geeignet gewesen wäre, die deutsche Seite herauszufordern. Ihn plagten keine Skrupel, wenn es um Annexionen oder um die Druckausübung auf andere Länder ging, aber er riskierte – im Gegensatz zu Hitler – dafür

keinen großen Krieg. Dass dieser große Krieg dann schließlich doch eintrat, geschah nicht deswegen, weil Stalin ihn mit seinen Annexionen provoziert hätte, sondern weil Hitler ihn zielstrebig herbeiführte.

8. Existenzkampf 1941–1945

Der deutsche Überfall und sein Scheitern

Die Frage, ob Stalin im Frühjahr 1941 einen Präventivkrieg vorbereitete, wurde in der Forschung heftig und kontrovers diskutiert. Was auch immer er im Schilde führte – der Angriff Hitlers im Juni 1941 überraschte ihn. Möglicherweise hatte Stalin darauf spekuliert, dass sich Deutschland, England und Frankreich gegenseitig so schwächen würden, dass die Sowjetunion irgendwann später mit geringem Risiko in den Krieg eintreten könne, um sich Beute zu holen. Einiges spricht sogar dafür, dass Stalin mit einer Beilegung des Krieges ohne weitere Eskalation rechnete. Die Verhandlungen Molotovs in Berlin im November 1940 deuten jedenfalls darauf hin, dass Stalin den Eindruck gewonnen hatte, Hitler habe mit der Zerschlagung Polens und den daraus resultierenden Annexionen seine Ziele in Osteuropa erreicht und man könne sich nun dauerhaft mit ihm arrangieren.

Die Forderungen, die Molotov in Berlin präsentierte, liefen darauf hinaus, dass die Sowjetunion die seit Katharina II. verfolgten alten Ziele der russischen Außenpolitik wieder aufgriff und die Kontrolle der Meerengen und die Herstellung einer sowjetischen Einflusssphäre in Südosteuropa anstrebte.[1] Eine diesbezügliche Einigung mit Hitler hätte die Sowjetunion in eine stärkere Position gebracht, als sie das Russländische Reich jemals gehabt hatte – und das alles ohne einen verlustreichen Krieg führen zu müssen. Auch nachdem Hitler die sowjetischen Wünsche in Bezug auf Südosteuropa zurückgewiesen hatte, schloss Stalin die Möglichkeit einer Verständigung weiterhin nicht aus. Noch im Mai 1941, nach der deutschen Niederwerfung Jugoslawiens, strebte Stalin eine Vertragsregelung mit Deutschland an und vermied penibel alles, was die Deutschen hätte provozieren können.[2] Dass er im Juni 1941 drauf und dran war, gegen Deutschland loszuschlagen, ist unwahrscheinlich. Der Generalstab der Roten Armee unter der Führung der Generäle Žukov und Timošenko drängte zwar angesichts der richtig erkannten Angriffsabsichten Deutschlands auf einen Präventivkrieg, aber selbst wenn Stalin einschlägige Vorbereitungen treffen ließ, wofür es gewisse, allerdings nicht eindeutige Indizien gibt, dann rechnete er mit großer Wahrscheinlichkeit mit einem

weiteren Zeithorizont und nicht mit einem Krieg im Sommer 1941.[3] So ist zu erklären, dass die Rote Armee am 22. Juni 1941 von der angreifenden Wehrmacht überrascht wurde und trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit und massiven Dislozierung in den westlichen Grenzgebieten in den ersten Monaten des Krieges katastrophale Niederlagen hinnehmen musste.

Die deutsche Kriegsplanung war von einem schnellen Sieg bis zum Wintereinbruch ausgegangen. Innerhalb der ersten Woche stießen die deutschen Truppen bereits 500 Kilometer weit vor. Der deutsche Generalstabschef Halder notierte am 3. Juli 1941 in sein Kriegstagebuch, dass der Feldzug in 14 Tagen gewonnen worden sei. Auch die sowjetische Führung zweifelte im Sommer 1941 an ihrer Widerstandskraft. Molotov hatte zwar die Parole ausgegeben «Unsere Sache ist gerecht. Der Sieg wird unser sein», aber Stalin sprach Ende Juni nach der Einnahme von Minsk davon, dass die Sowjetunion verloren sei. Anfang Oktober 1941, als die Einnahme Moskaus bevorzustehen schien, ließ er über den bulgarischen Botschafter die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Deutschland sondieren. Auch die Engländer und Amerikaner beurteilten die Lage ähnlich und gaben der Sowjetunion nur noch wenige Monate bis zur Kapitulation. In Wirklichkeit hatte der Krieg erst begonnen. Die Rote Armee erlitt zwar in den ersten Monaten gigantische Verluste und musste weiträumig zurückweichen, während die Wehrmacht bis vor die Tore Leningrads und Moskaus vordrang und die gesamte Ukraine eroberte. Die eigentliche Feldzugsplanung, das Blitzkriegskonzept, scheiterte aber, weil die Rote Armee nicht zerschlagen werden konnte, sondern im Gegenteil im Winter 1941 mit aus Sibirien nach Westen verlegten frischen Divisionen zum Gegenangriff ansetzte.

Danach arbeitete die Zeit für die Sowjetunion: Die deutsche Wehrmacht hatte lange Versorgungswege und eine überdehnte Front, die Ressourcen erschöpften sich zunehmend. Die Rote Armee konnte sich konsolidieren, die sowjetische Rüstungsproduktion steigerte sich nach der erfolgreichen Evakuierung vieler Betriebe hinter den Ural, zudem erhielt die Sowjetunion massive Hilfe aus den USA. Den endgültigen Wendepunkt markierte der sowjetische Sieg bei Stalingrad im Winter 1942/43. Er war vor allem psychologisch wichtig, denn die Rote Armee hatte nun bewiesen, dass sie in der Lage war, der Wehrmacht empfindliche Niederlagen beizubringen. Die Initiative ging jetzt auf die sowjetische Seite über – vollends nach der gescheiterten deutschen Offensive bei Kursk im Sommer 1943. In großen Umfassungsschlachten – der von den Deutschen gelernten Strategie – drängte die Rote Armee die Wehrmacht bis Herbst 1944 aus dem Land, im Süden schneller als im Norden. Leningrad blieb bis Anfang 1944 belagert, dann mussten die Deutschen auch hier zurückweichen. Ende Januar 1945